

Preussische Allgemeine



Nr. 43 · 29. Oktober 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Geld in Gefahr

Die steigende Inflation und die Zukunft der Euro-Zone
Seiten 3, 8 und 24



Bautzen Streit um die geplante Wiederkehr eines Bismarck-Denkmal Seite 11



Geschichte Zehn Jahre nach dem Ende des NSU sind viele Fragen offen Seite 12

AUFGEFALLEN

Die Seelen der Studenten streicheln

Dass der Irrsinn auch die deutschen Hochschulen erreicht hat, zeigt eine Ausarbeitung des Gleichstellungsbüros der Universität Bonn. Dozenten und Professoren werden darin angehalten, „sensible, beunruhigende oder verstörend wirkende Inhalte im Lehrmaterial“ vorab mit Hinweisen zu versehen und „die Studierenden auf diese potentiell belastenden“ Themen vorzubereiten. Es solle ihnen ermöglicht werden, „eine bewusste und eigenverantwortliche Entscheidung darüber zu treffen, wie sie die Inhalte nutzen wollen und ob sie im Zweifelsfall einer bestimmten Seminarsitzung lieber fernbleiben“.

Als relevante Bereiche benennt das Gleichstellungsbüro unter anderem „Sexismus und Frauenfeindlichkeit“, „Polizeigewalt“, „Körperhass und Fettpheobie“, „Tod oder Sterben“, „Schwangerschaft/Kindergeburt“, „Blut“, oder „Hass auf religiöse Gruppen (z.B. Islamophobie, Antisemitismus)“. Ein Seminar solle als „Safe Space“ wahrgenommen werden. Mit „Inhaltshinweisen“ gebe es eine größere Chance, „heikle Themen auf respekt- und rücksichtsvolle Weise diskutieren zu können“, etwa „die Verwendung des N-Wortes in einer Originalquelle“ im Fach Geschichte. Auch Formulierungsvorschläge für Hochschullehrer hält die Ausarbeitung bereit wie: „Ich werde auf besonders herausfordernde oder intensive Inhalte hinweisen, die Rassismus erörtern und darstellen.“

bleibt die Frage: Was wird aus Studenten, die eine derartige „Ausbildung“ durchlaufen? Erik Lommatzsch

ENERGIEWENDE

Das Märchen vom „grünen Wirtschaftswunder“

Die Grünen versprechen, dass ihre Klimapolitik auch wirtschaftlich ein Erfolg werde. Doch bei der Solarförderung ist das schon einmal schiefgelaufen

VON HANS HECKEL

Zwar dringt nur sehr wenig nach außen von den Gesprächen zwischen SPD, Grünen und FDP zur Bildung einer „Ampel“-Koalition. Alle drei sind jedoch sichtlich bemüht, zumindest bei ihrem Zentralthema soweit die Oberhand zu gewinnen, dass ihr Profil in der jeweiligen Wählerschaft sichtbar bleibt. Bei der SPD handelt es sich hier um das, was die Sozialdemokraten unter „sozialer Gerechtigkeit“ verstehen, bei den Freidemokraten ist es die Steuer- und Haushaltspolitik und bei den Grünen der „Klimaschutz“.

Dabei sind die Grünen erheblich darum bemüht, den Deutschen die Sorge um ihren Wohlstand und die wirtschaftliche Zukunft des Landes zu nehmen, wenn die klimapolitisch gewollten Lasten immer schwerer drücken. Daher beteuerte Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock bereits im Wahlkampf: „Klimaschutz sichert Arbeitsplätze, unseren Industriestandort und damit den sozialen Wohlstand.“

Soll heißen: Die grüne Klimapolitik belastet die deutsche Wirtschaft nicht nur keineswegs, sie bietet den heimischen Unternehmen sogar ungeahnte Gewinnchancen, von denen dann alle im Land profitieren werden.

Aber stimmt diese Behauptung? Vor zwei Jahrzehnten traten grüne Politiker wie der damalige Umweltminister Jürgen

Trittin mit dem gleichen Versprechen auf. Damals hieß es, durch die massive Förderung der Solarenergie könne Deutschland zum Weltmarktführer bei der Fertigung von Solarzellen und -modulen aufsteigen, was gewaltige Profite und viele gut bezahlte Arbeitsplätze nach sich ziehe. Zahlen mussten die Förderung bekanntlich die Endkunden über die EEG-Umlage.

In Wahrheit aber kam es ganz anders. Schnell bemerkten vor allem chinesische Firmen, wie leicht sich in Deutschland Geld mit Solartechnik machen lässt. Die Förderung galt nämlich nicht nur deutschen Anbietern, sondern allen.

Diesmal ist der ganze Standort dran

Nach wenigen Jahren hatten die Chinesen ihre deutschen Konkurrenten von deren eigenem Heimatmarkt weitestgehend verdrängt, vom Weltmarkt sowieso. Ende 2020 waren sieben der zehn weltgrößten Solarmodulhersteller chinesisch, einer US-amerikanisch, einer koreanisch und schließlich einer kanadisch, der aber größtenteils wiederum in China produziert. Als die schwarz-gelbe Bundesregierung die Solarförderung zurückfuhr, waren die meisten deutschen Hersteller bereits pleite oder an den Rand gedrängt.

Doch nicht nur wirtschaftlich war das „grüne Wirtschaftswunder“ ein Schlag ins Wasser, sondern auch ökologisch: Laut einer US-Studie aus dem Jahr 2014 war seinerzeit der ökologische Fußab-

druck der chinesischen Hersteller – also die Beeinträchtigung der Umwelt durch Ressourcenverbrauch und Verschmutzung – doppelt so groß wie der europäischer Produzenten.

Dieses sowohl ökonomische wie ökologische Desaster grüner Klimapolitik droht sich nun in weit größerem Maßstab zu wiederholen. Während weltweit hunderte neue Kohle- und Kernkraftwerke gebaut werden, steigt Deutschland aus diesen Technologien aus. Ende des Jahres gehen drei der sechs verbliebenen deutschen AKW vom Netz, die übrigen folgen kommenden Jahr. Der Kohleausstieg soll um acht Jahre auf 2030 vorgezogen werden.

Das wird die Stromkosten in der Bundesrepublik weiter in die Höhe treiben. Angefangen bei den besonders stromintensiven Branchen wie Aluminium- und Kupferverhüttung steht zu befürchten, dass immer mehr Industrieproduktion irgendwann ins Ausland abwandert, wo Energie nicht nur günstiger, sondern auch zuverlässiger sein wird als im Land des „Flutterstroms“ aus Wind und Sonne.

Freuen dürfen sich insbesondere Länder, die neben günstigerem Strom auch noch laxere Umweltvorschriften zu bieten haben als Deutschland. Der Unterschied zum Solar-Fiasko wird allein darin bestehen, dass es jetzt nicht mehr nur eine Branche treffen wird, sondern den gesamten heimischen Industriestandort und damit die Basis unseres Wohlstands.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Wie die „Ampel“-Koalition künftig die Schuldenbremse aushebeln könnte
Seite 7

Kultur

Das Schwaaner Kunstmuseum zeigt den Maler Alfred Heinsohn
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Ein Seminar in Helmstedt erinnerte an Stationen ostpreussischer Geschichte
Seite 18

Reise

Zu Besuch bei den lehmhaltigen Erdpyramiden im Südtiroler Pustertal
Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 43
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Energiekrise Was die aktuelle Lage besonders gefährlich macht, ist, dass sie auftritt, während wichtige Industrieländer sich mitten im Umbau ihrer Energieversorgungssysteme befinden

Ein fatales Zusammentreffen

Während die Rohstoffe knapp sind, verschlimmert die Energiewende die weltweite Versorgungslage

VON NORMAN HANERT

Laut dem Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg erlebt die Welt derzeit ihre erste große Energiekrise im Zuge der Energiewende hin zu „sauberen“ Energiequellen. Dies wird nicht die letzte Krise sein, so die Prognose von Bloomberg.

Wie die Ölpreiskrisen von 1973 und 1979/1980 zeigen, hat es auf dem globalen Energiemarkt auch in der Vergangenheit immer wieder starke Preisschwankungen und auch Knappheit gegeben. Die derzeitige Lage hat allerdings eine große Besonderheit. Sie tritt auf, während wichtige Industrieländer sich mitten im Umbau ihrer Energieversorgungssysteme befinden.

Großbritannien

Wie risikoreich der Versuch einer Dekarbonisierung der Energieversorgung ist, zeigt sich derzeit besonders in Großbritannien. Dort will Regierungschef Boris Johnson die Stromversorgung schon bis 2035 komplett auf CO₂-freie Energien umstellen. Dabei will er nicht nur auf die Kohleverstromung verzichten, sondern auch auf die Nutzung von Erdgas. Ausgerechnet Kohle und Erdgas waren es allerdings, denen Großbritannien es in diesem Jahr zu verdanken hat, dass ihm bislang Stromrationierungen oder sogar ein totaler Ausfall der Stromversorgung erspart geblieben ist. Nach einem kalten Winter war aufgrund eines windarmen Sommers die Produktion von Windenergie in diesem Jahr deutlich geringer ausgefallen als erwartet. In dieser Situation sind in Großbritannien und EU-Ländern Kraftwerke eingesprungen, die mit Kohle und Erdgas arbeiten. Als Folge sind die Erdgaslager in Europa in diesem Jahr verhältnismäßig wenig gefüllt.

China

Noch angespannter ist die Versorgungslage in diesem Jahr in China. Wie chinesische Medien berichten, ist in rund 20 Provinzen des Landes seit Mitte September der Strom für Privathaushalte und Fabriken rationiert worden. Betroffen waren auch Zulieferer für Unternehmen wie Apple und Tesla in den Industriezentren Guangdong, Zhejiang und Jiangsu. Analysten von Morgan Stanley wiesen darauf hin,



Möglicherweise wird mancher vormalige Kritiker noch froh sein, dass es sie gibt: Die Pipeline Nord Stream 2 zur Versorgung vor allem Deutschlands mit zusätzlichem Erdgas aus Russland
Foto: Nord Stream 2 / Nikolai Ryutin

dass auch die Produktion von Stahl, Aluminium und Zement sowie Bauprojekte unmittelbar von den Stromausfällen und Lieferbeschränkungen betroffen waren.

Bei Chinas Stromknappheit spielen mehrere Umstände eine Rolle. Ausge-

löst durch die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie ist der Strombedarf von Chinas Wirtschaft gestiegen. Eine Hitzeperiode trieb die Nachfrage nach Strom für Klimaanlage in die Höhe.

Gleichzeitig sank aufgrund einer Dürreperiode in Teilen des Landes das Angebot an Strom aus Wasserkraftwerken. Im Norden des Landes wurde Chinas größte Kohleförderregion, die Provinz Shanxi, von sintflutartigen Regenfällen heimgesucht. Aufgrund der starken Überschwemmungen mussten 60 Kohleminen geschlossen werden. Verschärfend kommt hinzu, dass durch Pekings Handelsstreit mit Australien die Importe von Steinkohle stark eingeschränkt wurden.

Indien

Chinas Energieprobleme haben mittlerweile Auswirkungen auf den großen Nachbarstaat Indien. Das Land, weltweit der zweitgrößte Kohleimporteur, leidet immer stärker unter leergekauften Märkten und Rekordpreisen für Kohle. Peking hat eigene Kohleausfuhren untersagt, gleichzeitig treiben chinesische Aufkäufer in Förderländern wie Indonesien und Kasachstan die Nachfrage und damit die Preise in die Höhe.

Kurzporträts



Der Wirtschaftswissenschaftler **Daniel Yergin** interpretiert die aktuellen Energieversorgungsprobleme als Warnung, wie komplex die Energiewende werden wird.



Amos Hochstein, Berater der US-Regierung, befürchtet, dass es bei einem kalten Winter in Teilen Europas an Gas zum Heizen mangeln wird.



Laut dem Präsidenten Russlands, **Wladimir Putin**, wisse jeder, „dass die Windkraftanlagen im Sommer aufgrund des Wetters nicht gearbeitet haben.“

EUROPÄISCHE UNION

Goldman Sachs warnt vor großflächigen Stromausfällen

Ein massiver Preisanstieg bei Strom und Gas gefährdet die Realisierung des „Green Deal“ der Kommission

Mit Hinweis auf niedrige Speichervorräte, nur spärlich fließenden Nachschub und einer weltweit steigenden Nachfrage nach Erdgas warnt die Investmentbank Goldman Sachs in ihrer Gasmarktübersicht vor der Gefahr von großflächigen Stromausfällen in Europa im kommenden Winter. Sollte dieser so kalt werden und lange andauern wie im vergangenen Jahr, dann könnten laut Goldman Sachs Regierungen gezwungen sein, einzelne Industriezweige zu schließen. Schon jetzt haben die hohen Gaspreise Düngemittelhersteller veranlasst, ihre Produktion zu drosseln. Setzt sich diese Entwicklung bei der Düngemittelproduktion fort, wird dies unmittelbar auf die Lebensmittelpreise durchschlagen.

Der massive Preisanstieg bei Strom und Gas kann die Pläne der EU-Kommission für einen „Green Deal“ gänzlich kippen. Sollte es im kommenden Winter tatsächlich zu Stromausfällen und Energie-Rationierungen kommen, dann wird mit aller Wucht die Versorgungssicherheit zum Top-Thema der politischen Diskussion werden.

Brüssel gibt sich stur

Zumindest öffentlich hält Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Ziel der Energiewende fest. Als beim EU-Gipfeltreffen in Slowenien über den Anstieg der Energiepreise gesprochen wurde, erklärte von der Leyen: „Die Gaspreise sind

in die Höhe geschossen, die der Erneuerbaren Energien sind jedoch in den vergangenen Jahren gesunken und jetzt stabil. Für uns ist daher klar, dass es bezüglich der Energie langfristig wichtig ist, in Erneuerbare Energien zu investieren, die uns stabile Preise und mehr Unabhängigkeit bieten.“ Unbeachtet lässt die EU-Kommissionspräsidentin bei dieser Darstellung, dass es die Unzuverlässigkeit der „erneuerbaren Energien“ ist, die in diesem Jahr die Gasspeicher stark geleert hat.

Fürchten muss die EU-Kommission, dass steigende Strom- und Gaspreise insbesondere in Ost- und Südeuropa zu Protesten nach dem Vorbild der französischen „Gelbwesten“ führen. Spanien, Ita-

Fürchten muss die EU-Kommission, dass steigende Preise insbesondere in Ost- und Südeuropa zu Protesten nach dem Vorbild der französischen „Gelbwesten“ führen

lien und auch Frankreich haben inzwischen Maßnahmen ergriffen, um dem Anstieg der Energiepreise etwas entgegenzusetzen. Mittlerweile hat auch die EU-Kommission die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, Verbrauchern und kleineren Unternehmen sogenannte Entlastungsfonds zur Verfügung zu stellen.

Wie angespannt die Lage bei Europas Energieversorgung derzeit ist, macht auch die Tatsache deutlich, dass sich die EU-Kommission auffällig zurückhielt, als unlängst eine Gruppe von Mitgliedern des EU-Parlaments den Verdacht äußerte, der beispiellose Anstieg der Erdgaspreise sei auf „Maßnahmen“ des russischen Lieferanten Gazprom zurückzuführen. N.H.

ERDGASIMPORT

LNG kann Russland nicht ersetzen

Die Chancen Europas, die zugespitzte Versorgungslage ohne zusätzliches russisches Erdgas weitgehend durch Importe von verflüssigtem Erdgas (LNG) zu entschärfen, stehen eher schlecht. Asien, Europa, der Nahe Osten und Südamerika liefern sich in diesem Jahr einen Bieterwettbewerb um Flüssiggas. Dabei zahlen insbesondere asiatische Importeure derzeit Rekordpreise, um ihre Versorgung zu sichern. Als Folge geht verstärkt Gas von Katar und Russland nach Asien, ebenso US-amerikanisches Flüssiggas.

Doch nicht nur der große Energiehunger Chinas und anderer asiatischer Länder lässt es in diesem Jahr unwahrscheinlich erscheinen, dass die EU-Länder ihren Zusatzbedarf an Erdgas mit LNG decken können. Wegen der eingebrochenen Nachfrage im Pandemiejahr 2020 sind in wichtigen Erzeugerländern geplante Bauvorhaben für neue Terminals zur Verschiffung von LNG gestrichen worden. Auch wurden vergangenes Jahr sehr viel weniger Kapazitäten zur Verflüssigung von Erdgas in Betrieb genommen als zuvor eigentlich erwartet worden war. Obendrein hat in den USA der Verband industrieller Energiekunden das Energieministerium aufgefordert, die Exporte von verflüssigtem Erdgas so lange zu drosseln, bis die Lagerbestände in den USA wieder auf dem sonst üblichen Niveau liegen.

Auf Seiten der Abnehmer müssen einige Länder fürchten, beim Bieterwettbewerb auf den Erdgasmärkten nicht mithalten zu können. Experten sehen die Gefahr, dass die Volkswirtschaften Pakistans oder Bangladeschs wegen Energiemangel zum Erliegen kommen. Ländern wie Afghanistan oder dem Libanon droht, dass sie bei weiter steigenden Energiepreisen noch tiefer im Chaos versinken. Auch westliche Industriestaaten müssen damit rechnen, dass die gestiegenen Energiepreise und die Stromknappheit in der Exportnation China eine breite Welle von weiteren Preissteigerungen bei vielen Produkten in Gang bringen werden. N.H.

Es ist Zeit für den Ausstieg

Die unmissverständliche Botschaft hinter dem Rückzug von Bundesbankpräsident Jens Weidmann lautet: Die Europäische Zentralbank (EZB) macht den Euro zur Weichwährung. Es ist allerhöchste Zeit, dem Projekt den Rücken zu kehren

VON THORSTEN POLLEIT

Am 20. Oktober 2021 verkündete Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, überraschend den Rücktritt von seinem Amt zum 31. Dezember 2021. In seinem Schreiben an die Belegschaft gibt er als Begründung dazu an: „Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass mehr als zehn Jahre ein gutes Zeitmaß sind, um ein neues Kapitel aufzuschlagen – für die Bundesbank, aber auch für mich persönlich.“ Diese Worte werfen Fragen auf, vor allem weil Weidmann eine sehr wichtige Rolle für das Geld der Menschen nicht nur in Deutschland, sondern im Euro-Raum insgesamt spielt. Oder vielleicht doch nicht? Die stabilitätsorientierte Bundesbankposition wird seit Langem innerhalb der Europäischen Zentralbank (EZB) bekämpft. Die Idee, eine Zentralbank solle die Preisinflation niedrig halten, solle den Regierungen kein Geld leihen und solle sich nicht einbinden, nicht vereinbaren lassen von der Tagespolitik, hatte von Anfang an wenig Freunde im Kreise der Euro-Teilnehmerländer.

Abschied von den Gründungsprinzipien

Kaum war der Euro 1999 eingeführt, machte man sich sogleich daran, die Prägung der EZB als Nachfolger des Bundesbankmodells abzustreifen. So erfolgte im Mai 2003 eine „Strategieüberprüfung“, mit der die strenge Orientierung der Geldpolitik am Geldmengenwachstum *de facto* zur Makulatur erklärt wurde. Spätestens von da ab ging es bergab. Die EZB sorgte mit ihrer durchweg laxen Politik zunächst für eine gewaltige Euro-Schuldenpyramide, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zu kollabieren drohte. Seither reiht sich eine Rettung an die andere: Strauchelnde Staaten und Banken werden mit extremen Niedrigzinsen und immer größeren Geldmengenspritzen künstlich am Leben gehalten; die Euro-Volkswirtschaften liegen sozusagen als Dauerpatienten auf der Intensivstation. Die Reaktion der EZB auf die jüngsten politisch diktierten Lockdown-Krisen ist eine beispiellose Geldmengenflutung. Die Folgen dieser Politiken beginnen nun in Erscheinung zu treten: Die Güterpreis-inflation zieht auf breiter Front an.

Weidmanns Rücktritt ist kein Einzelfall. Im Februar 2011 erklärte der damalige Präsident der Bundesbank, Axel Weber, seinen Rücktritt. Das war genau in der Zeit, in der um die Nachfolge des scheidenden französischen EZB-Präsidenten Jean-Claude Trichet gepokert wurde. Weil Weber keine Rücken-deckung aus Berlin erhielt, ging das Amt an den Italiener Mario Draghi. Weber wollte die zusehends inflationäre EZB-Geldpolitik mit ihren anschwellenden Staatsschuldenkäufen nicht länger mittragen – wie er jedoch erst zwei Jahre nach seinem Rücktritt kundtat. Der nächste Bundesbank-Repräsentant in der EZB, der das Handtuch warf, war Jürgen Stark, Mitglied im EZB-Direktorium und Chefvolkswirt der Bank. Im September 2011 stieg er aus, konnte und wollte den zusehends regellosen Kurs der EZB nicht mehr akzeptieren. Im September 2019 verkündete dann Sabine Lautenschläger, Mitglied im EZB-Direktorium, ihren Rücktritt. Sie hatte sich ebenfalls gegen die lockere EZB-Geldpolitik gestellt.

Spaltung statt Einigung

Sie alle sahen ganz offensichtlich, dass sie keine Möglichkeit mehr hatten, die EZB auf „Stabilitätskurs“ zu halten, zu verhindern, dass die EZB-Geldpolitik außer Rand und Band gerät. Es ist nicht mehr zu übersehen: Nicht nur wird die Euro-Kaufkraft durch höhere Güterpreis-inflation herabgesetzt, sondern die Einheitswährung dient vor allem



Kontinuierlicher Abschied von der bewährten Stabilitätskultur der Bundesbank und der Deutschen Mark: Der Euro (hier die von Ottmar Hörl geschaffene Skulptur vor dem EZB-Gebäude in Frankfurt am Main)
Foto: shutterstock

auch dem politischen Zweck, den wirtschaftlichen Reichtum der relativ gesünderen Volkswirtschaften an die misswirtschaftenden Volkswirtschaften umzuverteilen. Diese ernüchternde Einsicht dürfte nun auch Jens Weidmann ereilt und ihn zu seinem Rücktritt bewegen zu haben. Zumindest scheint das eine plausible Erklärung für seinen Rücktritt zu sein. Für die Öffentlichkeit ist nun von ganz entscheidender Bedeutung, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Im Grunde sind sie offenkundig, jedoch politisch heikel und unerfreulich, erschüttern vermutlich die Gemütsruhe mancher gutgläubiger Bürger und Unternehmen.

Der Euro ist nicht das, was viele meinen: Eine Einheitswährung, die für Frieden und Wohlstand in Europa sorgt. Der Euro ist vielmehr ein geradezu großwahnhaftes und letztlich auch undurchführbares Projekt: Die ungedeckte Einheitswährung sorgt durch ihre Krisenanfälligkeit nicht etwa für mehr, sondern vielmehr für weniger Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum; sie eint nicht die Euro-Staaten, sie schürt vielmehr Zwist und Konflikt zwischen ihnen; sie befördert nicht das freie Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, sie schwächt es, zerstört es. Diese Einsichten sind nicht etwa willkürlich herbeigeredet, sie lassen sich vielmehr mit soliden ökonomischen Theorien begründen. Doch leider werden sie überhört und ausgeblendet, und das ist vermutlich auch der Grund dafür, warum viele Menschen hierzulande fälschlicherweise immer noch meinen, sie würden vom Euro profitieren. Doch das ist eine Illusion.

Der Euro verkommt zu einer inflationären Währung, vor diesem Schicksal ist er nicht mehr zu retten. Und egal wer der nachfolgende Bundesbankpräsident im EZB-Rat auch sein wird: Es wird nicht besser mit dem Euro, es wird eher schlimmer werden. Nicht nur höhere Güterpreis-inflation wird es geben. Die kollektivistisch-sozialistischen Kräfte in der Politik, die die EZB im Zuge ei-

ner „grünen Geldpolitik“ für ihre Zwecke einspannen, setzen alles daran, die verbliebenen Reste der freien Wirtschaft und Gesellschaft auch noch abzuschaffen. Das deutsche Wirtschaftsmodell, das auf selbstständigem Handwerk, kleineren und mittleren Betrieben und auch einer leistungsfähigen Industrieproduktion gründet, hat unter dem Euro-Diktat der EZB keine Zukunft. Für die Deutschen ist es allerhöchste Zeit, dem ruinösen Euro den Rücken zu kehren. Vielleicht findet Weidmann ja noch die Gelegenheit, der Öffentlichkeit genau das mitzuteilen.

Ausstiegsmöglichkeiten

Wie aber kann eine Abkehr vom Euro aussehen? Dazu gibt es mehrere Möglichkeiten. Beispielsweise kann die Regierung den in der Bundesrepublik ansässigen Bürgern und Unternehmen auf freiwilliger Basis anbieten, ihre Euro-Bankguthaben und Rentenpapiere in eine von der Deutschen Bundesbank ausgegebene neue Währung („Neue Mark“) zu einem festen Wechselkurs umzutauschen. Auf diese Weise können diejenigen, die es wünschen, aus dem Euro-Raum effektiv aus-treten. Die „Neue Mark“ – möglicherweise mit einer Goldanbindung versehen – wäre konvertibel in den Euro und in alle anderen Währungen, zu denen sich ein Wechselkurs am Devisenmarkt frei bildet. Eine andere, wirklich konsequente Möglichkeit, das Geldproblem zu lösen, besteht darin, einen „freien Markt für Geld“ zuzulassen. Dazu sind alle rechtlichen Hürden, die einer freien Währungswahl entgegenstehen – wie Zahlkraftgesetzte sowie Mehrwert- und Kapitalertragssteuern auf „Geldkandidaten wie Gold, Silber und Kryptoeinheiten – abzuschaffen.

Bürger und Unternehmer haben dann die freie Wahl, für ihre Transaktionen Euro, US-Dollar oder digitalisiertes Gold- oder Silber-geld, eine Kryptoeinheit oder was auch immer zu verwenden. Damit wäre ein Ende des staatlichen Geldmonopols verbunden, und genau das wäre auch ein großer Gewinn für

Spätestens mit dem Rücktritt von Jens Weidmann sollte wirklich allen deutlich geworden sein, dass die EZB das Bundesbankmodell, das auf wertstabiles Geld abzielte, vollends abgestreift hat – und dass es einer Realitätsverweigerung gleichkommt, zu glauben, die verloren gegangene Stabilitätskultur ließe sich wiedergewinnen

die Menschen. Die wiederkehrenden und immer schlimmer werdenden Finanz- und Wirtschaftskrisen, für die das staatliche ungedeckte Geld unweigerlich sorgt, hätten ein Ende – und das hebt den Wohlstand der Menschen. Es gibt ohnehin keine ökonomisch und ethisch überzeugende Begründung, warum der Staat das Geld monopolisieren sollte. Ganz im Gegenteil. Die Währungsgeschichte quillt über mit Beispielen, wie der Staat das Geld ruiniert – und genau das zeichnet sich jetzt wieder leidvoll im Euro-Raum, aber auch anderswo auf der Welt ab.

Spätestens mit dem Rücktritt von Jens Weidmann sollte wirklich allen, die bei klarem Verstand sind, deutlich geworden sein, dass die EZB das Bundesbankmodell, das auf relativ wertstabiles Geld abzielte, vollends abgestreift hat – und dass es einer Realitätsverweigerung gleichkommt, zu glauben, die verloren gegangene Stabilitätskultur ließe sich wiedergewinnen. Es ist vielmehr Zeit für eine Zäsur im Geldwesen. Und es ist besser, diese kommt früher als später, denn die Kosten des Verbleibs im Euro werden für die deutschen Bürger und Unternehmer unbarmherzig immer weiter ansteigen, bis sie ruinös werden.

Zurück zu einem besseren Geld

Eine Zäsur, wie sie obenstehend angedacht wurde, wäre auch ein Schritt, durch den andere Euro-Länder der Kaufkraftzerstörung und wirtschaftlichen Entkernung entkommen könnten. Vielleicht ebnet der Weidmann-Rücktritt ja doch den Weg zu einem „Happy End“ – zu einem besseren Geld.

● **Dr. Thorsten Polleit** ist Chefökonom der Degussa, Präsident des Ludwig von Mises Institut Deutschland und Honorarprofessor an der Universität Bayreuth. 2020 erschienen „Mit Geld zur Welterschafft“ und „Der Antikapitalist. Ein Weltverbesserer, der keiner ist“ (beide FinanzBuch Verlag).
www.thorsten-polleit.com

● MELDUNGEN

Deutsche nur auf Platz 19

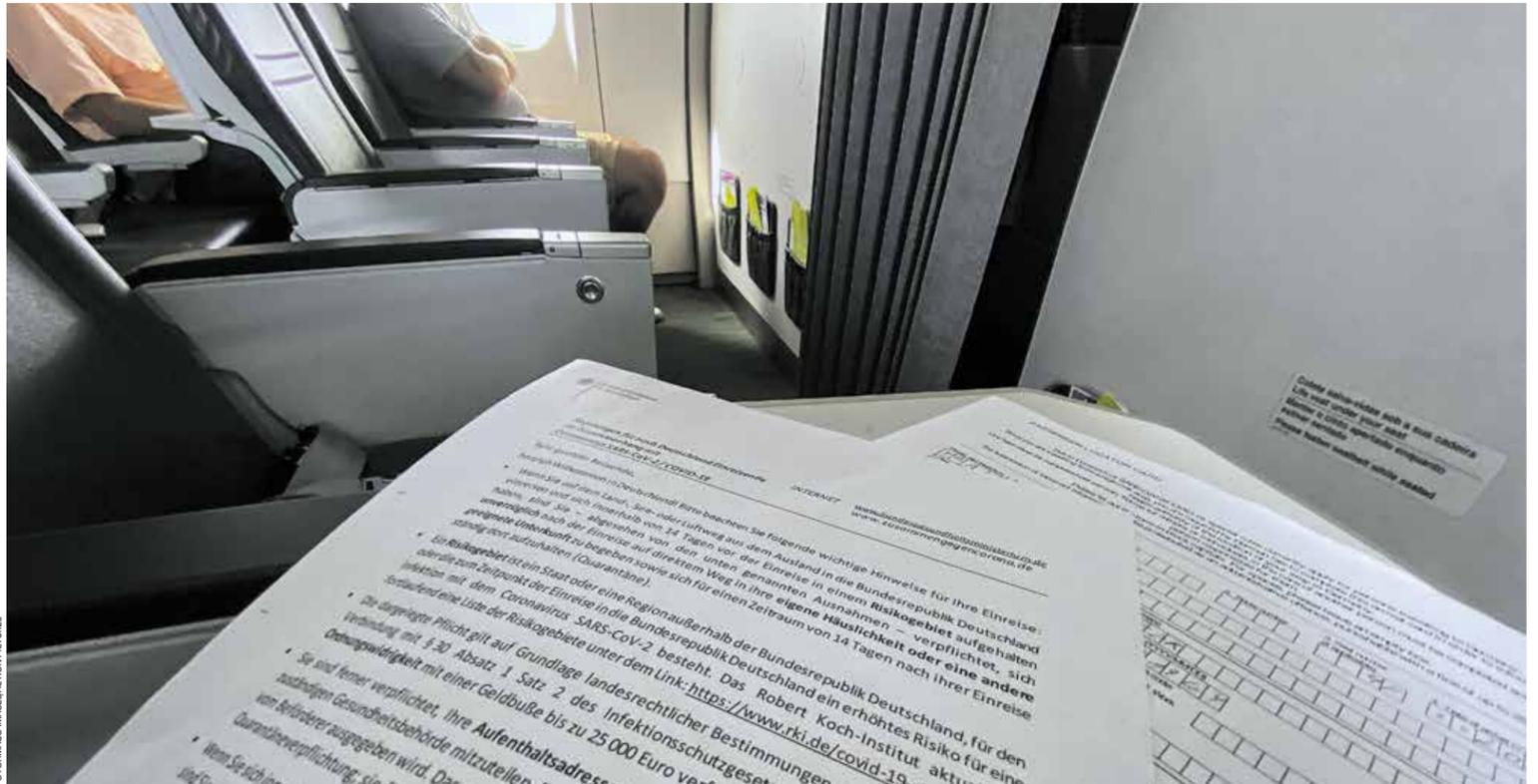
Berlin – Die Deutschen belegen im internationalen Pro-Kopf-Vergleich hinsichtlich ihres Brutto-Geldbesitzes nur den 19. Platz. Das geht aus dem diesjährigen „Global Wealth Report“ der Allianz hervor, der detaillierte Angaben zum Geldvermögen und zur Verschuldung der privaten Haushalte in 57 Ländern der Erde enthält. Der durchschnittliche Brutto-Geldbesitz eines Deutschen beträgt 85.367 Euro. Nach Abzug der Privatverschuldung bleiben davon netto 61.760 Euro. An der Spitze der Rangliste stehen die Schweizer Nachbarn mit 313.259 Euro brutto und 201.052 Euro netto. Auch in diversen anderen europäischen Staaten liegt der Pro-Kopf-Geldbesitz höher als in der Bundesrepublik. Dänemark kommt mit 149.241 Euro netto nach den USA auf Platz 3 und die Niederlande mit 128.557 Euro auf Platz 4. Außerdem rangieren noch Schweden, Belgien, Großbritannien, Norwegen, Frankreich und Italien vor Deutschland. W.K.

Deutsche sind pessimistisch

Köln/Düsseldorf – Laut einer repräsentativen Umfrage des Kölner Rheingold-Instituts und der gemeinnützigen Stiftung für Philosophie Identity Foundation in Düsseldorf gehen 88 Prozent der Deutschen davon aus, dass ihnen drastische Veränderungen bevorstehen – und zwar negative. 61 Prozent der Befragten stimmten dem Satz „Deutschland steht vor einem Niedergang“ vorbehaltlos zu. Dieses Ergebnis kommentierte der Gründer des Rheingold-Instituts, Stephan Grünewald, mit den Worten: „Wir erleben eine Zeitenwende.“ Die weitverbreitete Zukunftsangst führe bei zahlreichen Menschen zum verstärkten Rückzug ins Private, während ein anderer Teil der Bevölkerung wachsende Anstrengungen unternehme, um die Welt irgendwie zu verbessern. Dabei sei momentan noch völlig unklar, welcher der beiden Trends am Ende dominieren werde. W.K.

Lauterbach ist für einen Rausch

Berlin – Die Veranstalter von Deutschlands größter Hanfmesse „Mary Jane Berlin“ sehen den Schutz der Konsumenten als ein wichtiges Argument für eine Cannabis-Legalisierung. Zum Auftakt der Messe, die vom 22. bis 24. Oktober stattfand, sagte die Co-Chefin der Messe, Nhung Nguyen, eine Legalisierung würde dem Schwarzmarkt den Boden entziehen. Auch der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat sich dafür ausgesprochen, in einem möglichen Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP eine Legalisierung von Cannabis festzuschreiben. Lauterbach wies dabei darauf hin, dass „illegal verkauften Straßen-Cannabis neuartiges Heroin beigemischt“ würde. „Damit werden Cannabis-Konsumenten schnell in eine Heroin-Abhängigkeit getrieben“, so Lauterbach weiter. Ein Chemiker des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz sagte zu der Aussage Lauterbachs, dass aus dem ganzen Bundesgebiet kein Fall von Cannabis bekannt sei, das mit Heroin versetzt wurde. N.H.



Endlich bald wieder freie Fahrt? Nach dem Ende des Ausnahmezustands könnte das lästige Ausfüllen von Einreiseformularen ins Ausland und zurück ins Inland entfallen

„PANDEMISCHE LAGE“

Taktische Kehrtwende

Der Bundesgesundheitsminister will den Corona-Ausnahmezustand beenden – Doch der Schein trügt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 18. Oktober jubelte die „Bild“-Zeitung: „Spahn will Corona-Notstand beenden. Lockdowns bald nicht mehr möglich! Das ist der Wendepunkt der Corona-Politik!“ Auslöser dieser Euphorie war eine Äußerung des CDU-Bundesgesundheitsministers gegenüber seinen Länderkollegen, angesichts der aktuellen Impfquote könne der Bundestag darauf verzichten, die momentan noch bis zum 24. November geltende „Epidemische Lage von nationaler Tragweite“ erneut zu verlängern. Damit ließe sich der seit nunmehr fast 19 Monaten bestehende „Ausnahmezustand“ beenden.

Tatsächlich räumte die formelle Feststellung der „Epidemischen Lage“ gemäß Paragraf 5 des Infektionsschutzgesetzes dem Staat in Gestalt der Bundesregierung beziehungsweise der Landesregierungen weitreichende Befugnisse ein, verfassungsmäßige Grundrechte auszuhebeln und Verordnungen an den Parlamenten sowie dem Bundesrat vorbei zu erlassen. Seitdem gibt es nun heftigen Streit darü-

ber, ob man dem Vorschlag Spahns folgen solle, wobei die Bevölkerung mehrheitlich dafür ist. 57 Prozent der Bundesbürger würden es laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes YouGov begrüßen, wenn der Ausnahmezustand endet – sofern die Hygiene-, Abstands- und 3G-Regeln weiter gelten.

Dabei liegt die Zustimmung bei jungen Erwachsenen, Männern und Menschen im Osten mit 79, 62 und 61 Prozent besonders hoch. Beifall für Spahns Aussagen kam zudem vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Vertretern der Ärzteschaft sowie der FDP und den Grünen.

Allerdings gibt es auch Gegner des Auslaufens der „Epidemischen Lage“. Heftige Kritik an Spahns Vorstoß äußerte unter anderem der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach: Das sei „die falsche Ankündigung der falschen Person zur falschen Zeit“, denn Deutschland stehe jetzt „vor einem schweren Winter“.

Unterstützung erhielt er dabei vom Direktor der Klinik für Gastroenterologie, Hepatologie und Infektiologie der Universität Düsseldorf, Tom Lüdde, sowie

von der Deutschen Stiftung Patientenschutz und dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste. Der Schutz besonders vulnerabler und noch nicht geimpfter oder unimpfbarer Bevölkerungsgruppen erfordere zwingend eine Verlängerung der bestehenden Regelungen – alles andere wäre verantwortungslos.

Vom Saulus zum Paulus

Ebenso wenig begeistert zeigten sich auch der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), dessen bayerischer Amtskollege Markus Söder (CSU) und Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sowie mehrere Ländergesundheitsminister.

Außerdem sind da noch jene, die dem Bundesgesundheitsminister keinen Meter weit über den Weg trauen. So meinte die FDP-Politikerin Christine Aschenberg-Dugnus, welche im Gesundheitsausschuss des Bundestages sitzt, Spahn habe noch im August für eine Verlängerung der epidemischen Lage geworben und „jetzt tut er so, als sei er vom Saulus zum Paulus geworden. Diese politische Inszenierung kaufen wir ihm nicht ab.“

Und dazu haben die Freien Demokraten tatsächlich auch allen Grund. Denn wie sich mittlerweile herausstellte, sandte der Noch-Ressortchef drei Tage vor seinem Vorstoß vom 18. Oktober einen Brief an die Spitzen von SPD, Grünen und FDP, in dem er Ratschläge erteilte, wie man die Corona-Restriktionen künftig weiter aufrechterhalten könne. Beispielsweise empfahl Spahn den voraussichtlichen Ampel-Koalitionären, eine Änderung des Paragraphen 28a des Infektionsschutzgesetzes in die Wege zu leiten, damit die vom Staat verfügten Einschränkungen nicht mehr an die offizielle Feststellung der „Epidemischen Lage“ durch das Parlament geknüpft sein müssen, womit die Regierungen von Bund und Ländern dauerhaft freie Hand hätten.

Außerdem, so Spahn, biete das Infektionsschutzgesetz auch die Handhabe, „Epidemische Lagen“ auf Landesebene auszurufen. Angesichts dieser Äußerungen urteilte der Augsburger Staatsrechtler Josef Franz Lindner über den Vorschlag des Bundesgesundheitsministers vom 18. Oktober: „Hier wird den Bürgern ein X für ein U vorgemacht.“

RELIGION

Wenn in der Domstadt der Muezzin ruft

In Köln dürfen künftig 45 Moscheen per Lautsprecher zum Gebet rufen – angeblich als Zeichen der Vielfalt

Das in Köln von Oberbürgermeisterin Henriette Reker auf zunächst zwei Jahre befristete „Modellprojekt der Vielfalt“ wird in den sozialen Netzwerken kontrovers diskutiert. Längst nicht alle heißen es gut, dass Moscheegemeinden unter Auflagen die Erlaubnis erhalten, Gläubige per Lautsprecher zum Freitagsgottesdienst zu rufen, wobei der Ruf des Muezzins nur zwischen 12 und 15 Uhr ertönen, höchstens fünf Minuten dauern und eine Lautstärke-Obergrenze nicht übertreten darf.

Reker rechtfertigte ihren „Modellversuch“ damit, dass auch Muslime „fester Teil der Stadtgesellschaft“ seien. Wohin das führen kann, konnte man in der Silvesternacht 2016 erleben. Die Stadt begründete das Vorhaben auch mit dem

grundgesetzlich geschützten Recht auf Religionsfreiheit. Schließlich riefen in der Domstadt Glocken die christlichen Gläubigen auch zum Gebet. Dabei vergisst man gerne, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern auch ein politisches Bekenntnis ist. Köln besitzt bereits die größte Moschee Deutschlands, die der Dirib, der islamischen Religionsbehörde der Türkei, untersteht und 2018 von deren Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan persönlich eingeweiht wurde. Sogar auf dem Wappen des Fußballclubs 1. FC Köln prangt neben dem Geißbock seit einiger Zeit auch der islamische Halbmond.

Die Kölner werden den Ruf des Muezzins zunächst wahrscheinlich in ihrer rheinischen karnevalistischen Gelassenheit

aufnehmen. Köln feiert sich zu Recht als liberale Großstadt. Jeder solle hier wie im Preußen Friedrich des Großen nach seiner Façon selig werden, sofern er sich an Recht und Ordnung hält. So revolutionär ist die Ankündigung von Kölns parteiloser Oberbürgermeisterin also nicht. Im Gelsenkirchener Stadtteil Hassel ertönt der islamische Gebetsruf bereits seit 20 Jahren jede Woche zum Freitagsgebet. Aus der Fatih-(Eroberer-)Moschee in Düren ist sogar seit den 1990er Jahren dreimal am Tag der Ruf des Muezzins zu hören.

Muezzin-Rufe sind nicht dasselbe wie Glockengeläut. Das Glockenläuten wurde eingeführt als 100 Prozent der Menschen hierzulande Christen waren. Dabei werden keine Texte ideologischer Art verkün-

det wie beim Muezzinruf, wo nicht nur zum Gebet gerufen wird, sondern „Allah, der einzig wahre Gott“, in arabischer Sprache und im bedrohlichen Ton verkündet wird. Da die meisten Kölner, auch die Mehrheit der Muslime, kein Arabisch verstehen, wird der Muezzin nicht nur bedrohlich, sondern auch befremdlich klingen. Auch wenn in Köln 15 Prozent der Menschen aus mehrheitlich islamischen Ländern leben, so sind doch die meisten, die in Zukunft in den „Genuss“ des Muezzinrufes kommen, keine Muslime. Auch unter ihnen sind viele, die nach Deutschland gekommen sind, weil sie von islamischen Regimen verfolgt wurden. Der Gebetsruf dürfte sie damit an die Zeiten ihrer Verfolgung erinnern. Bodo Bost

ODER-NEISSE-GRENZE

„Grenzschutz“, der wirkungslos sein soll

Zahl der illegalen Grenzübertritte steigt sprunghaft an – Bundesregierung scheut effektive Maßnahmen

VON NORMAN HANERT

O bwohl über die sogenannte Weißrussland-Route immer mehr Iraker, Syrer und Afghanen illegal nach Vorpommern, die Mark Brandenburg und den Freistaat Sachsen einreisen, will die Bundesregierung bislang nicht einmal vorübergehend Einreisekontrollen an Oder und Neiße einführen. Seit Jahresbeginn registrierte die Bundespolizei mehr als 6000 illegale Einreisen über Weißrussland, davon entfielen gut 3700 allein auf den Oktober.

Unter Verweis auf den „nahezu explosionsartigen“ Anstieg der Zahl von Aufgriffen hatte bereits der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Tegatz, temporäre Grenzkontrollen gefordert. Inzwischen sprach sich auch der Landrat des Kreises Märkisch-Oderland, Gernot Schmidt (SPD), für die Einführung solcher Kontrollen aus. Gegenüber der „Märkischen Allgemeinen“ beklagte er: „Unser Partner Polen lässt die Bundesrepublik im Regen stehen.“

Laut Schmidt dürfen Migranten weiterziehen, ohne dass die polnischen Behörden ihre Personalien erfassen. Aus Sicht des Landrats ließen sich die Einreisen am einfachsten verhindern, wenn an den Brückenverbindungen, etwa in Küstrin oder Frankfurt an der Oder, Kontrollen erfolgten.

Lokalpolitiker schlagen Alarm

Auch Gubens Bürgermeister Fred Mahro (CDU) erklärte inzwischen, er „glaube auch, dass man temporäre Kontrollen tatsächlich als ein probates Mittel einsetzen kann“. Dabei wies er darauf hin, dass es Situationen wie die Europameisterschaft gab, in der auch Polen temporäre Grenzkontrollen durchgeführt hat. Gegenüber dem Sender RBB machte Mahro aber auch klar, dass es in erster Linie darum gehen müsse, an der polnischen EU-Außengrenze zu Weißrussland „wieder einen regulären Betrieb hinzubekommen“. „Es kann nicht so sein, dass man das Problem nach Deutschland durchwinkt“, so Mahro.

Guben bekommt den Anstieg illegaler Einwanderung derzeit besonders zu spüren. Bürgermeister Mahro war nach eigenen Angaben selbst vor Ort, als der Bundesgrenzschutz illegal Eingewanderte aufgriff. Für die Splitterpartei „Der Dritte



Endpunkt der „Weißrussland-Route“: Deutsche Polizisten am Grenzübergang in Frankfurt an der Oder

Foto: pa

Weg“ war der Anstieg der illegalen Immigration inzwischen Anlass, ihre Anhängerschaft zu einem „Grenzgang“ aufzurufen. Als Gegenreaktion rückten zahlreiche Polizisten an, die tatsächlich einige Dutzend Anhänger der Kleinpartei in der Region um Guben aufspürte und ihnen Platzverweise erteilte.

Die Region trifft der Anstieg der illegalen Einwanderung in einer ohnehin seit Jahren angespannten Lage. Neben Forst ist auch in Guben die Zahl von Diebstahlsfällen und Einbrüchen im Vergleich zum übrigen Brandenburg besonders hoch. Die Neißestadt war vor einigen Jahren auch von einer Welle brutaler Raubüberfälle auf Senioren betroffen. Als Täter war eine polnische Jugendbande ermittelt worden. Als Konsequenz aus der starken Kriminalitätsbelastung führt Brandenburgs Polizei seit einigen Jahren mit polnischen Beamten gemeinsame Streifen durch.

Den Ausbau solcher gemeinsamen Streifen regte inzwischen auch der scheidende Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) an. Wie auch Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU), lehnt die amtierende Bundesregierung jedoch stationäre Kontrollen an Oder und Neiße derzeit nicht wie vor ab.

Die deutsch-polnischen Patrouillen und stationäre Kontrollen durch die Bundespolizei haben sehr verschiedene Wirkungen: Horst Seehofer selbst sagte, bei den Patrouillen gehe es darum, „mögliche Grenzgänger auf der Grünen Grenze zu identifizieren und auch Schleuser dingfest zu machen“.

Die deutsch-polnischen Patrouillen und stationäre Kontrollen durch die Bundespolizei haben sehr verschiedene Wirkungen: Horst Seehofer selbst sagte, bei den Patrouillen gehe es darum, „mögliche Grenzgänger auf der Grünen Grenze zu identifizieren und auch Schleuser dingfest zu machen“.

Einfallstor deutsches Asylrecht

Erfolgt die Identifizierung der Illegalen durch die gemeinsamen Polizeistreifen bereits östlich der Oder vor dem späteren Grenzübertritt, besteht zumindest theoretisch die Möglichkeit, dass die Bundesrepublik unter Verweis auf die Dublin-Vereinbarungen ihre Rücküberstellung nach Polen vornimmt. Ob dies praktisch geschieht, ist angesichts der bisherigen

Erfahrungen jedoch fraglich. Tschetschenen nutzen die Route über Weißrussland und Polen schon seit Jahren zur illegalen Einreise in das Bundesgebiet. In sehr vielen Fällen haben die hiesigen Behörden auf eine Rücküberstellung tschetschenischer Asylsucher an die polnischen Behörden jedoch verzichtet. Wie vor einigen Jahren eine parlamentarische Anfrage der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion ergab, betrieb die Bundesrepublik in vielen Fällen einen sogenannten Selbsteintritt in die Asylverfahren der Tschetschenen. Als Resultat war damit ganz offiziell nicht mehr Polen, sondern Deutschland für diese Asylverfahren zuständig.

Wie der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschafter Tegatz in seinem Schreiben an Seehofer aufzeigte, sind sofortige Zurückweisungen der illegal in die EU eingereisten Personen nur dann möglich, wenn der deutsche Innenminister die Einführung vorübergehender Kontrollen ganz offiziell bei der EU-Kommission anmeldet.

BERLIN-MITTE

Flaute in der gesperrten Friedrichstraße

Trotz eindeutig negativer Resultate will grüne Senatorin an ihrem „Verkehrsversuch“ festhalten

Im August 2020 ließ die nunmehr scheidende Berliner Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) einen Teil der Friedrichstraße in Berlin-Mitte für den Autoverkehr sperren. Sie behauptete, dies sei ein „Verkehrsversuch“, um die „Aufenthaltsqualität“ zu verbessern. Beobachter befürchteten schon damals, dass der Versuch zu einer Dauereinrichtung mutieren würde.

Nun gibt es dort keine Autos mehr, aber Verkehrszählungen ergaben, dass es nun auch 35 Prozent weniger Fußgänger in der Friedrichstraße gibt. Unter den verbliebenen Passanten ließ das grün regierte Bezirksamt Mitte eine Umfrage erheben. Dabei erklärten 82 Prozent von 1.281 Befragten, sie wünschten sich dauerhaft eine Fußgängerzone. Eine fundierte Auswertung des Versuchs in der Friedrichstraße

durch die Verkehrsverwaltung ist zwar noch nicht erfolgt, diese wird frühestens Anfang 2022 erwartet. Die Senatorin hat aber schon einmal festgestellt, die Sperrung sei „erfolgreich verlaufen“. Daher will sie nun dauerhafte Fakten schaffen.

Günther und der Bezirk Mitte haben eine sogenannte Teileinziehung für den Autoverkehr bei der zuständigen Straßenbehörde beantragt: „Mit mehr Grün, Plätzen zum Bummeln und Verweilen – angepasst an die Klimaerhitzung, sehr gut erreichbar, aber ohne private Autos“, so die Senatorin. Sie will „die Attraktivität dieses prominenten Ortes und seiner Umgebung“ gemeinsam mit Berlinern und Anrainern neu gestalten.

Von Gemeinsamkeit kann jedoch kaum die Rede sein, denn die meisten Gewerbetreibenden waren und sind gegen

die Straßensperrung. In Wien gibt es einen scheinbar vergleichbaren Fall. Dort ließ die zuständige Verkehrsministerin Maria Vassilakou die Mariahilf-Straße mit den gleichen Argumenten sperren. Anders als in Berlin verzichtete Vassilakou aber darauf, die Mariahilf-Straße zum Radrennweg umzugestalten. Im Ergebnis gab es zumindest keine Schädigung der Gewerbetreibenden. Einige Geschäfte schlossen – andere öffneten.

Handel und Gewerbe protestieren

In der Friedrichstraße ist das anders. Das Luxuskaufhaus „Quartier 206“ krankt an schwindendem Zuspruch. Sogar die Zwangsversteigerung steht im Raum. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Oliver Friederici: „Wer da allen Ernstes von einem ‚vollen Erfolg‘ spricht und den

Versuch zur Dauerlösung erklärt, betreibt Realitätsverweigerung.“ Frank-C. Hansel von der AfD wirft der Senatorin und ihrer Partei vor, die Geschäftsstruktur in der Friedrichstraße zu zerstören. Sogar in dem Zwischenbericht des Umweltsenators wird eingeräumt, dass auf dem gesperrten Straßenabschnitt nicht mehr Fußgänger flanieren als vor der Sperrung und zwei Drittel der Geschäftsleute sich einer Befragung verweigern.

Sowohl der Verein „Die Mitte“, in dem die Gewerbetreibenden vor Ort organisiert sind, als auch der Handelsverband Berlin-Brandenburg sowie die Industrie- und Handelskammer (IHK) hatten gegen die Sperrung der Friedrichstraße protestiert. In der Straße eröffneten auch keine neuen Cafés und Restaurants, und auch keine neuen Läden. Frank Bückler

KOLUMNE

Letzter Sieg

VON VERA LENGSELD

Es mutet an wie Satire, ist aber bittere Wahrheit. Demnächst soll auf der Dachterasse des Berliner Schlosses eine Tafel aufgestellt werden, auf der steht, dass alle „Institutionen im Humboldt Forum sich ausdrücklich von dem Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Christentums, den die Inschrift zum Ausdruck bringt“, distanzieren. Stein des Anstoßes ist eine Inschrift, die König Friedrich Wilhelm IV. 1844 ausgesucht hat: „Es ist in keinem andern Heil, (...) denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“ (Apostelgeschichte IV, 12 und Philipper II, 10).

Vom Dachterrassencafé ist diese Inschrift besonders gut zu lesen. Damit hat die Politik, die immer wieder in den Bau des Schlosses hineingeredet hat, etwa indem sie sich ausdrücklich dieses Café wünschte, dafür gesorgt, dass die Besucher den Bibelworten so nahe kommen. Nun haben die politisch-korrekten Gesinnungswächter ein Problem. Auf keinen Fall dürfen Bürger mit dieser kontaminierenden Botschaft alleingelassen werden. Sie müssen unmissverständlich gesagt bekommen, was sie davon zu halten haben.

Dass niemand im Forum es gewagt zu haben scheint, dieser absurden Aktion zu widersprechen, sagt viel über die Feigheit gegenüber den Vernichtern unserer Kultur aus. Es half nicht, dass der katholische Erzbischof Heiner Koch darauf hinwies, dass beide Bibelworte betonen, „dass die Menschen sich nur vor Gott verbeugen und keiner irdischen Macht diese Ehre erweisen sollen“. Daraus spreche eine große Freiheit. Gerade dies ist den Gesinnungswächtern ein Dorn im Auge. Der Mensch soll auf den Staat hören, nicht selbst denken. Eine Sprecherin des Forums distanzierte sich von der gesamten Fassade, die von vielen Symbolen des Herrschaftsanspruchs übersät sei. Der Bau des Schlosses war vielleicht der letzte Sieg der Bürger über die Politisch-Korrekten. Deshalb ist heute die Fassade da, aber der humboldtsche Geist soll im Schloss nicht einziehen.

MELDUNG

Nur 25 sind Ortskräfte

Potsdam – Von den 266 Afghanen, die durch Flüge der Bundeswehr seit August nach Brandenburg gekommen sind, haben mit Stand zum 6. Oktober lediglich 25 als Ortskräfte mit ihren Angehörigen sowie drei besonders gefährdete Personen eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Die meisten Afghanen haben dagegen bislang noch keine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zuerkannt bekommen. Laut brandenburgischem Innenministerium haben 136 einen Asylantrag gestellt oder könnten dies noch tun. Weitere 14, darunter drei Minderjährige, sollen Brandenburgs Erstaufnahmeeinrichtung in Doberlug-Kirchhain eigenständig wieder verlassen haben. Ende August hatte sich Innenminister Michael Stübgen (CDU) im Landtag dafür ausgesprochen, dass die afghanischen Ortskräfte aus der Erstaufnahmeeinrichtung in Doberlug-Kirchhain in Brandenburg bleiben sollen. N.H.

● MELDUNGEN

Ungleiche Kriminalität

Washington – Obwohl bei der letzten Volkszählung in den USA im April 2020 ermittelt wurde, dass nur 16 Prozent der US-Amerikaner schwarz sind, sind Afroamerikaner für 44 Prozent aller in den USA begangenen Straftaten verantwortlich. Bei den Tötungsdelikten, deren Zahl sich seit 2018 fast verdoppelt hat, betrug ihr Anteil sogar 60,6 Prozent, bei den Vergewaltigungen 27,8 Prozent sowie bei den sexuell oder religiös motivierten Hassverbrechen 20,2 Prozent. Das zeigt die Kriminalstatistik der Vereinigten Staaten vom Vorjahr, welche das Federal Bureau of Investigation (FBI) nach Auswertung der Berichte von fast 10.000 Strafverfolgungsbehörden veröffentlicht hat. Während der schwarze Bevölkerungsanteil also bei den Straftaten überrepräsentiert ist, ist der asiatische unterrepräsentiert. Obwohl jeder 20. Bewohner der USA ein Asiat ist, vermeldet das FBI eine Kriminalitätsrate unter den Asiaten von lediglich 0,7 Prozent. W.K.

Der „Zinsfeind“ greift ein

Ankara – Nach dem jüngsten Eingriff des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in die Personalpolitik der Zentralbank lotet der Wechselkurs der türkischen Lira neue Tiefstände aus. Bereits Mitte Oktober hatte Erdoğan mit den beiden stellvertretenden Zentralbankchefs Semih Tumen und Ugur Namik Küçük sowie mit Abdullah Yavas drei hochrangige Notenbanker entlassen. Beobachter sehen hinter der Abberufung von Küçük und Yavas ihre kritische Haltung gegenüber Zinssenkungen. Trotz einer Inflationsrate von rund 20 Prozent hatte die Zentralbank den Leitzins im September von 19 Prozent auf 18 Prozent gesenkt. Im Oktober folgte eine weitere Absenkung auf 16 Prozent. Erdoğan bezeichnete sich selbst als Zinsfeind und vertritt die Meinung, dass Zinssenkungen die Inflation reduzieren. Da die Türkei stark auf Importe angewiesen ist, heizt der Kursverfall der türkischen Lira die ohnehin starke Preisentwicklung in der Türkei noch weiter an. N.H.

SCHWEDEN

Von der Stadt der Judenrettung zur Hauptstadt des Antisemitismus

In Malmö haben Immigranten die Stadt nahezu in ihrer Hand – Leidtragende ist die jüdische Bevölkerung

VON BODO BOST

Ausgerechnet in Malmö diskutierten kürzlich 400 Konferenzteilnehmer aus Politik, Religion und Wirtschaft über den wachsenden Antisemitismus und seine Ursachen in Europa. Tatsächlich kann keine andere Stadt die Gefahren des neuen Antisemitismus in Europa besser darstellen als Malmö. Die im Süden Schwedens gelegene Stadt gilt nicht nur als Hauptstadt der Banden- und Drogenkriminalität in Europa, sondern steht inzwischen auch international als „Symbol für den neuen Antisemitismus“.

Juden, wenn sie sich überhaupt noch aus ihren Häusern trauen, tun dies ohne erkennbare Abzeichen ihrer Religion, wie Kippa, Davidstern oder Schläfenlocken. Holocaustüberlebende werden in Schulen von Malmö gemobbt und als Lügner bezeichnet. Ein Drittel der Stadtbevölke-

rung, etwa 70.000 Menschen, kommt aus muslimischen Ländern, in den Schulen bilden Muslime bereits die Mehrheit. Von diesen muslimischen Immigranten geht der neue Antisemitismus in Schweden aus. Schweden war neben Deutschland das Land, das während der Asylkrise 2015/16 die meisten Zuwanderer aus dem Nahen Osten aufgenommen hat.

Der Malmöer Rabbiner Shneur Kesselman hat es aufgegeben, die Polizei zu rufen, wenn er auf dem Weg zur und von der Synagoge Drohungen oder Einschüchterungen hört. Die Polizei, so seine Erfahrung, kommt doch nicht, und wenn doch, dann tut sie nichts. Besonders gefährlich ist es für ihn immer, wenn sich im Nahen Osten, zumeist in Gaza, Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern zuspitzen, wie im letzten Jahr, aber auch 2009. Dann spitzt sich auch in Malmö die Lage zu, und für die noch 500 in der Stadt verbliebenen Juden wird es gefährlich. Wäh-

rend des Gaza-Krieges 2009 eskalierte die Lage, als auf dem Hauptplatz der Stadt Polizisten tatenlos zusahen, wie Juden in eine Seitengasse flüchten mussten, nachdem sie von steinwerfenden Schlägern angegriffen worden waren.

Reisewarnung für Malmö

Auch linke Mitglieder des schwedischen Parlaments nahmen in Malmö an Anti-Israel-Kundgebungen teil, bei denen die israelische Flagge verbrannt wurde, während die Flaggen der Hamas und der Hisbollah geschwenkt wurden. Muslime, die antisemitischer Straftaten beschuldigt werden, sehen sich durch die Politik Israels in den besetzten Gebieten entschuldigt. Im Jahre 2010 sprach das Simon Wiesenthal Center deshalb eine Reisewarnung für Malmö aus.

Am 6. September 2012 forderte die internationale Organisation United Nations Watch die Schweden auf, die jüdische

Gemeinschaft angemessen zu schützen und spezielle Initiativen zur Aufklärung gegen Antisemitismus zu entwickeln. Im Dezember 2017, nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, kam es zu spontanen Demonstrationen auf dem zentralen Platz Möllevångstorget, bei der etwa 200 Menschen meist immigrationsursprünglich ungestraft riefen: „Wir werden die Juden erschießen.“

In der Vergangenheit war der Antisemitismus in Schweden hauptsächlich auf Rechtsextremisten zurückzuführen. Doch eine Studie aus dem Jahr 2013 zeigte, dass 51 Prozent der antisemitischen Vorfälle in Schweden muslimischen Extremisten zugeschrieben werden. Nur fünf Prozent wurden von Rechtsextremisten verübt, dagegen 25 Prozent von Linksextremisten. Schwedische Politiker haben kein Problem damit, Antisemitismus, der von Rechtsextremisten verübt wird, zu verurteilen. Aber wenn der Antisemitismus von der muslimischen Minderheit kommt, schauen sie weg. Die Angst, der Intoleranz bezichtigt zu werden, hält sie ab, die tief verwurzelte Intoleranz angemessen zu bekämpfen.

Von 1932 bis 1946 war der aus dem Saarland stammende Rabbiner Eliezer Berlinger Oberrabbiner der jüdischen Gemeinde von Malmö. 1943 hat er die Aufnahme von 8000 dänischen Juden in Schweden mitorganisiert, die vom deutschen Diplomaten von Duckwitz vor ihrer drohenden Deportation nach Auschwitz gewarnt worden waren. 1945 hat die Stadt wiederum fast 10.000 Holocaustüberlebende aufgenommen, die bis heute den Grundstock der jüdischen Gemeinde von Malmö stellen.

Unter den Rednern des Malmö-Forums gegen Antisemitismus waren unter anderem UN-Generalsekretär Antonio Guterres, US-Außenminister Antony Blinken, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Auch der schwedische König Carl XVI. Gustaf und Königin Silvia nahmen daran teil. Gerne würden die Israelis auch das schwedische Königspaar zum Staatsbesuch empfangen.



Die Sorge wächst: Eröffnung der Antisemitismus-Konferenz in der Synagoge von Malmö am 12. Oktober

Foto: pa

FRANKREICH

Ein französischer Donald Trump

Der TV-Moderator Eric Zemmour könnte bei den Präsidentschaftswahlen Emmanuel Macron und Marine Le Pen gefährlich werden

Überraschend hatte der 63-jährige Kolumnist und Fernsehmoderator Eric Zemmour vor einigen Wochen Andeutungen gemacht, dass er 2022 bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich Präsident Emmanuel Macron herausfordern wolle. Da er noch gar keine Partei oder – wie Macron im Jahr 2017 – eine Bewegung hinter sich hat, stellt er sich als politischer Außenseiter dar, der die Entfremdung des konservativen Bürgertums stoppen will.

Zemmour könnte neuen Meinungsumfragen zufolge in einer Stichwahl gegen Macron antreten. Die Umfrage von Harris Interactive widerlegt erstmals die weitverbreitete Erwartung, dass Macron im April nächsten Jahres gegen Marine Le Pen, die Chefin des Rassemblement national, in der zweiten Runde antreten wird. 17 Prozent der Wählerstimmen würden laut der Umfrage auf Zemmour entfallen

und nur 15 Prozent auf Le Pen. Laut dieser Umfrage liegt Zemmour auch vor jedem der drei anderen bürgerlichen Herausforderer. Dabei handelt es sich um Xavier Bertrand, einen ehemaligen Minister, der heute die nordfranzösische Region Hauts-de-France leitet, Valerie Pécresse, Chefin der Region Ile de France, und den ehemaligen Brexit-Verhandlungsführer der EU, Michel Barnier.

In der Vergangenheit ist Zemmour durch umstrittene Äußerungen zu Themen wie Einwanderung, Islam und nationale Identität aufgefallen. Sein prominentester Unterstützer ist kein Politiker, sondern der Erfolgsautor Michel Houellebecq, der mit seinem Buch „Unterwerfung“ im Jahre 2015 eine fiktive Machtübernahme durch den Islam in Frankreich skizziert hatte. Das Buch, das Verkaufserfolge einstellte, hat auf geniale Art eine

sich wirklich abzeichnende schleichende Unterwanderung und Islamisierung wie in einer Fiktion vorweggenommen.



Unterstützer plakatieren bereits für „ihren“ Präsidenten Zemmour

Ähnlich wie Houellebecq glaubt Zemmour, dass dieses Buch mittlerweile keine Zukunftsfiktion mehr ist. Beide sind übrigens in Algerien geboren, Zemmour als Sohn jüdischer Franzosen. So, wie in den meisten muslimischen Ländern nicht-muslimische Namen unerlaubt sind, würde er als Präsident auch in Frankreich muslimische Vornamen verbieten.

Zemmour hat bereits seinen Platz in seiner Primetime-Chat-Show aufgegeben, um die Wahlregeln einzuhalten. Er hat auch vor Kurzem ein Buch mit dem Titel „Frankreich hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen“ veröffentlicht, das Parallelen zwischen ihm und dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump zieht. Auch Trump hatte eine eigene TV-Show, bevor er in die Politik ging.

Vieles deutet jedoch darauf hin, dass es für Zemmour schwierig sein wird, Ma-

cron abzulösen. 55 Prozent der Stimmen würde Macron laut den Umfragen in einer zweiten Runde gegen ihn erhalten. Sollte Marine Le Pen in der ersten Runde ausscheiden, würde deren Vater in der zweiten Runde Zemmour unterstützen. Jean Marie Le Pen wirft seiner Tochter vor, die einst von ihm gesetzten „starken Themen“ aufgegeben, und so das Terrain für Zemmour vorbereitet zu haben.

Ein anderes wichtiges Thema ist auch Frankreichs Mitschuld am Holocaust. Obwohl er selbst Jude ist, hat Zemmour sogar den Hitler-Verbündeten Marschall Philippe Pétain, der nach 1945 in Frankreich als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt worden war, vor dem Vorwurf des Antisemitismus in Schutz genommen, da dieser mit dem deutschstämmigen Emmanuel Berl einen jüdischen Redenschreiber gehabt habe. B.B.

VON HERMANN MÜLLER

Bereits vor dem Beginn der Sondierungs- und Koalitionsgespräche für eine „Ampel“ stand fest, dass Steuern, Schulden und die Besetzung des Finanzressorts zu den härtesten Brocken der Verhandlungen zwischen SPD, Grünen und FDP gehören würden.

Geht es nach den Vorstellungen der Grünen und der Sozialdemokraten, dann soll der Staat in den kommenden Jahren viel Geld für „Klimaschutz“, Digitalisierung und Bildung in die Hand nehmen. Kern des grünen Wahlprogramms war sogar ein 500 Milliarden Euro schweres, über neue Staatsschulden finanziertes Investitionsprogramm. Der grüne Co-Vorsitzende Robert Habeck hatte zu den Plänen im August erklärt, die niedrigen Zinsen für eine günstige Verschuldung nutzen zu wollen. Diesen Plänen steht bislang die Schuldenbremse im Grundgesetz im Wege. Laut einer entsprechenden Regelung ist die Höhe der Kredite, die der Bund aufnehmen darf, auf maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Wegen der Corona-Krise wurde die Schuldenbremse für die Jahre 2020 und 2021 ausnahmsweise außer Kraft gesetzt.

50 Milliarden Euro pro Jahr

Vorstellbar ist, dass eine Ampel-Koalition versucht, die Ausnahmeregel auf 2022 auszuweiten. Dies wäre allerdings nur ein kleiner Schluck aus der „Schuldenpulle“, denn Olaf Scholz hatte als Finanzminister im Mai signalisiert, er wolle die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten.

Mittlerweile wird in Berlin ein Weg diskutiert, über den sich die Schuldenbremse im Grundgesetz möglicherweise längerfristig außer Kraft setzen ließe. Bei diesen Überlegungen spielt die staatliche Förderbank KfW eine Hauptrolle. Wenn die Bank, deren Kapital zu vier Fünfteln vom Bund und zu einem Fünftel von den Ländern gehalten wird, beispielsweise Investitionen in „Klimaschutz“ über Kredite finanziert, würde sich dies offiziell nicht auf die Staatsverschuldung auswirken. Eine Ampel-Koalition könnte sich so im Bundestag ein Scheitern bei dem Versuch ersparen, eine Zweidrittelmehrheit zur Abschaffung oder Änderung der Schuldenbremse zusammenzubekommen. Gleichzeitig erlaubt die KfW-Option der FDP, zentrale Wahlversprechen wie etwa das Festhalten an der Schuldenbremse und den Verzicht auf Steuererhöhungen einzulösen.

Angesichts der Dimensionen der Investitionspläne der Grünen – pro Jahr immerhin 50 Milliarden Euro – kann das Einspannen der KfW auf lange Sicht ein Risiko für die Steuerzahler darstellen. Entpuppen sich die von der KfW ausgereichten Kredite an Windparks, Solaranlagen und Batteriefabriken als wirtschaftliche Flops, dann sind es die Steuerzahler, die für etwaige Misserfolge haften. Gera-



Die Bank könnte die Politik der „Ampel“ großzügig mit Krediten unterstützen: KfW-Zentrale Frankfurt, Westarkade

AMPEL-KOALITION

Mögliche Tricks gegen die Schuldenbremse

Eine Fortsetzung des Corona-bedingten Aussetzens der Bremse ist ebenso denkbar wie ein Missbrauch der staatseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau

de bei Banken, die einem starken Einfluss der Politik unterliegen, besteht die Gefahr, dass bei den Geschäften nicht nüchtern genug kalkuliert wird.

So kostete in Nordrhein-Westfalen der Kollaps der WestLB im Jahr 2012 die Steuerzahler geschätzte 21 Milliarden Euro. Als die landeseigene Bankgesellschaft Berlin sich um die Jahrtausendwende bei Immobiliengeschäften schwer verhub, stand das Land Berlin sogar kurz vor dem finanziellen Abgrund.

Rückenwind aus der EU

Das Risiko von Fehlinvestitionen könnte in den kommenden Jahren durch eine Entwicklung in der Europapolitik sogar noch wachsen. Nur wenige Wochen nach

der Bundestagswahl hat die EU-Kommission eine offizielle Debatte um die Reform der Haushaltsregeln eröffnet. Bislang sehen Maastricht-Kriterien und Stabilitätspakt vor, dass die jährlichen Haushaltsdefizite der EU-Staaten drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung nicht übersteigen und die Staatsschulden insgesamt auf 60 Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzt bleiben. Letztgenannte Vorgabe hält die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten mittlerweile nicht mehr ein. Griechenland mit 209 Prozent, Italien mit 160 Prozent und Portugal mit 137 Prozent haben sogar schon die Hundert-Prozent-Marke weit hinter sich gelassen.

Während Länder wie Dänemark und Schweden allenfalls kleine Änderungen

wollen, fordern die Regierungen Frankreichs und Italiens eine grundlegende Reform des Regelwerks. Der italienische EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni stellte klar, es dürfe bei der Diskussion um neue Haushaltsregeln „keine Tabus“ geben. Ein Zurück zum Sparkurs der Eurokrise will der Italiener erklärtermaßen verhindern. Die Regierungen in Rom und Paris ventilieren derzeit die Idee, Investitionen in den „Green Deal“ der EU-Kommission oder bestimmte Industriezweige nicht mehr unter die Maastricht-Kriterien fallen zu lassen. Frankreich könnte seine EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2022 nutzen, um bei der Änderung der Haushaltsregeln „Nägel mit Köpfen“ zu machen.

GEOPOLITIK

Chinas heimliche Schuldner

Ein Großteil der Schwellen- und Entwicklungsländer steht bei Peking tief in der Kreide

Rund 97 Prozent seiner Entwicklungshilfe vergibt die Volksrepublik als Kredite. Viele der finanziellen Verpflichtungen, welche die Partner Pekings eingehen, tauchen in keiner Statistik auf, da Meldungen an das Debtor Reporting System der Weltbank unterbleiben. Das ist möglich, weil die kreditnehmenden Staaten nicht explizit als Schuldner auftreten, sondern scheinbar private Gesellschaften vorschicken.

Den Umfang dieser verborgenen Finanzierung von wenig begüterten Nationen durch China enthüllte nun das universitäre Forschungsinstitut AidData in Williamsburg im US-Bundesstaat Virgi-

nia. Neben offiziell ausgereichten Krediten in Höhe von rund 800 Milliarden US-Dollar flossen zusätzlich noch versteckte 385 Milliarden in die Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich damit teilweise bis über beide Ohren verschuldeten.

Ein typisches Beispiel hierfür ist Laos. Die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung dieses südostasiatischen Staates liegt bei rund 19 Milliarden US-Dollar. Offiziell steht Laos mit 29 Prozent davon bei Peking in der Kreide. Hinzu kommen weitere 35 Prozent an verdeckten Verbindlichkeiten.

Ähnliches gilt für Turkmenistan und Kasachstan. Jede der beiden mittelasiati-

schen Republiken hat in China offizielle Schulden in Höhe von zwei Prozent des jeweiligen jährlichen Bruttoinlandsproduktes und inoffizielle, die elf beziehungsweise acht Mal so hoch sind. Die Liste solcher Fälle ließe sich noch um einiges verlängern.

China fordert bis zu sechs Prozent Zinsen. Als Sicherheit nimmt Peking gerne zukünftige Einnahmen des Schuldners aus Rohstoffverkäufen. Manche der Schuldnerstaaten haben inzwischen für nahezu jeden chinesischen Kredit potentielle Gewinne aus dem Exportgeschäft mit Erdöl und -gas sowie Erzen oder ähnlichen Bodenschätzen verpfändet.

Im Falle von Venezuela beträgt der Anteil solcher Geldaufnahmen bereits 92,5 Prozent. Ähnlich hoch liegt die Quote von Peru und Turkmenistan mit 90 beziehungsweise 88,6 Prozent. Äquatorialguinea, Uganda, die Republik Kongo, Ecuador und Angola kommen auf Werte zwischen 80,3 und 56,5 Prozent.

Darüber hinaus wiesen AidData und das Institut für Weltwirtschaft in Kiel darauf hin, dass Peking mit seiner Kreditvergabe politische Erwartungen verknüpft. Das brachte eine Analyse von rund 100 eigentlich geheimen, aber auf verschiedenen Wegen offengelegten Verträgen zutage. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Passiver Widerstand

Dallas – Einige tausend Flüge innerhalb und außerhalb der USA mussten wegen zahlreicher Krankmeldungen bei der Belegschaft von Southwest Airlines gestrichen werden. Da die in Dallas im US-Bundesstaat Texas beheimatete derzeit größte Fluggesellschaft der Welt häufig für die US-Regierung tätig wird, unterliegt ihr Personal der von der Biden-Administration für Beschäftigte staatsnaher Betriebe eingeführten Impfpflicht. Das führte zu massivem passiven Widerstand der rund 46.000 Mitarbeiter der Airline in Form von spontanen Krankmeldungen. Dies galt besonders für die Piloten, die zu rund 80 Prozent vom Militär kommen und eine Zwangsimpfung oftmals als Eingriff in ihre verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte betrachten. Southwest Airlines hat durch die Aktion beträchtlichen finanziellen Schaden erlitten, behauptet aber, die Flugstreichungen wären die Folge von schlechtem Wetter oder Fehlern der Flugkontrollbehörde gewesen. *W.K.*

Baukrise in China

Peking – Obwohl der mit mehr als 300 Milliarden US-Dollar verschuldete Immobilienkonzern Evergrande in der zweiten Oktoberhälfte eine überfällige Zinszahlung geleistet und damit einem formellen Zahlungsausfall vermieden hat, kommt Chinas Immobilienmarkt nicht zur Ruhe. Bei Evergrande platzte der geplante Verkauf des Evergrande Centre in Hongkong, der 1,7 Milliarden US-Dollar in die Kassen des angeschlagenen zweitgrößten Immobilienentwicklers Chinas bringen sollte. Des Weiteren meldete die börsennotierte China Properties Group, dass sie Schuldverschreibungen im Wert von 226 Millionen US-Dollar nicht mehr bedienen konnte. Zuvor hatte bereits das chinesische Immobilienunternehmen Fantasia den Ausfall einer 206-Millionen-Dollar-Anleihe und der Baukonzern Sinic Holdings den wahrscheinlichen Ausfall einer Anleihe über 250 Millionen US-Dollar gemeldet. *N.H.*

Brandbrief an die Regierung

Berlin – Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WM) hat in einem Positionspapier vor Lieferengpässen bei Magnesium gewarnt. Als Rohmaterial spielt das Erdalkalimetall eine wichtige Rolle bei der Produktion von Aluminium-Legierungen. Etwa 87 Prozent der weltweiten Produktion entfallen auf China. Aufgrund von Problemen bei der Energieversorgung haben chinesische Magnesiumproduzenten auf Vorgabe der Zentralregierung allerdings ihre Produktion zuletzt drastisch reduziert. Die Produktion des Metalls ist sehr energieintensiv. Deutsche Unternehmen aus der Metallbranche berichten inzwischen, dass ihre Magnesiumvorräte nur noch bis Ende November reichen. Laut der WM hat die Metallindustrie mit einem Brandbrief an das Auswärtige Amt inzwischen auch die Bundesregierung zur politischen Hilfe aufgefordert. Bei einem Andauern des Versorgungsengpasses drohten massive Produktionsausfälle. *N.H.*

KOMMENTARE

Tricksen bei der Inflation

NORMAN HANERT

Als das Statistische Bundesamt für den September einen Anstieg der Verbraucherpreise von über vier Prozent meldete, durften erneut Hinweise von Ökonomen und Medien auf statistische Basiseffekte durch das Pandemiejahr 2020 und auf „vorübergehende Effekte“ nicht fehlen. Bei vielen Verbrauchern greift trotz solcher Beruhigungsversuche die Angst vor einem rapiden Anstieg der Lebenshaltungskosten um sich. Einen Anteil daran hat eine Entwicklung, die bereits lange vor der Corona-Pandemie eingesetzt hat. Die Daten zur Entwicklung der Verbraucherpreise liefern mittlerweile ein immer ungenaueres Bild des Verbraucheralltags, sie hinken der wahren Preisentwicklung zumindest hinterher. Schon seit Jahren geben Hersteller nämlich zunehmend ihre gestiegenen Kosten für Energie, Rohstoffe und Vorprodukte nicht mehr durch direkte, auf den ersten Blick erkennbare Preiserhöhungen an die Konsumenten weiter.

Gerade bei Lebensmitteln müssen Verbraucher immer öfter die Erfahrung

machen, dass der Preis für ein Produkt unverändert bleibt oder nur moderat steigt. Kaschiert durch größere Umverpackungen verringert sich aber immer häufiger die Füllmenge. Diese Entwicklung hat mittlerweile solche Ausmaße angenommen, dass die Verbraucherzentrale Hamburg regelmäßig eine „Mogelpackung des Monats“ kürt. Nach den Erfahrungen der Verbraucherschützer sind dabei versteckte Preiserhöhungen um bis zu 75 Prozent keineswegs selten. Den Willen vorausgesetzt, können die Statistiker solche Teuerungsschübe relativ einfach erfassen. Etwas schwieriger sieht dies bei der Verschlechterung der Qualität von Waren und Dienstleistungen aus. So wie neue Packungsgrößen immer öfter für weniger Inhalt stehen, kündigen auch Werbetexte wie „verbesserte Rezeptur“ aus Sicht der Verbraucher mittlerweile allzu oft an, dass die Hersteller zu Billigzutaten gegriffen oder Zutaten ganz weggelassen haben. Auch hierbei handelt es sich eigentlich um versteckte Preiserhöhungen, da die Verbraucher tiefer in die Tasche greifen müssen, um gewohnte Qualität zu erhalten.

Land im Niedergang

HANS HECKEL

Die Zahl mag ernüchtern – überraschen kann sie nicht: Dass fast zwei Drittel der Deutschen ihr Land vor einem Niedergang sehen (siehe Meldung Seite 4) und nur jeder Vierte hoffnungsvoll in die Zukunft Deutschlands blickt, hat Gründe. Äußerlich schreiten der Verfall der Städte und der Infrastruktur, der Schulen und der inneren Sicherheit unübersehbar voran. Und selbst wenn es kaum noch jemand offen auszusprechen wagt: Auch der Eindruck, an immer mehr Orten der eigenen Heimat als Deutscher in die Minderheit zu geraten, kann das Gefühl aufkommen lassen, in einem verschwindenden Land zu leben.

Über allem thront eine politische Klasse, der offenbar selbst viele der eigenen Wähler nicht mehr abkaufen, dass ihr Streben dem Wohl und der Zukunft der gemeinsamen Nation gilt. Die Politik wabert zwischen realitätsverachtender Ideologie (Klimaretter, Multi-

kulti, Euro um jeden Preis, „Kampf gegen Rechts“, Gender, „Diversity“ und so weiter) einerseits und einem desinteressierten Weiterwursteln andererseits (Merkel: „Wir fahren auf Sicht ...“). Dadurch verbreitet sich ein Gefühl, ohne echte Führung zu sein, ein Gefühl der Schutzlosigkeit: Auf der Brücke wird räsonniert, gepredigt, ermahnt – und voraus rauscht schon der Wasserfall.

Dass sich die Stimmung der Deutschen demnächst wieder aufhellt, ist kaum zu erwarten. Die sich abzeichnende Regierungspolitik wirkt eher wie eine verschärfte Version der Merkeljahre. Zudem hat die ewige Kanzlerin einen ganzen Stapel von ungelösten oder in ihrer Zeit zusätzlich losgetretenen Problemen hinterlassen, die erst mit Zeitverzögerung ihre ganze zerstörerische Kraft preisgeben werden. Diese Eruptionen treffen dann auf die Ampel-Regierung und einen Staat, der längst schon mit dem Stemmen alltäglicher Aufgaben an seine Grenzen gerät.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Hat mit ihren Richterkollegen entschieden, dass Teile des EU-Rechts im Widerspruch zu polnischem Recht stehen: Julia Przyłębska, seit 2016 Präsidentin des Polnischen Verfassungsgerichtshofs

Foto: L_Prezes_Trybunału_Konstytucyjnego

KOLUMNE

Polens Souveränität

FLORIAN STUMFALL

Die Politik der EU ist seit Wochen gekennzeichnet vom Streit der Brüsseler Autoritäten, vor allem der Kommission, mit Polen. Der augenblickliche Zwist hat sich an einer Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts entzündet, dass Teile des EU-Rechts im Widerspruch zu polnischem Recht stehen. Dieser Spruch stellt den Höhepunkt eines noch umfassenderen Streits zwischen Brüssel und Warschau dar, bei dem es um das polnische Justizwesen überhaupt geht.

Die konservative PiS-Regierung in Warschau hat in zurückliegender Zeit die Bestimmungen zum Justizwesen reformiert, was in verschiedenen EU-Ländern wie auch in der Brüsseler Zentrale auf empörten Widerstand stößt. Im vergangenen Juli urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH), die Disziplinarkammer am Obersten Gericht Polens, die im Jahre 2018 eingerichtet worden war, biete nicht genügend Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter. Die Mitglieder der Disziplinarkammer nämlich werden vom Landesjustizrat erwählt, der wiederum, so der EuGH, „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet“ worden sei. Die Beteiligung von Politikern bei der Auswahl der Richter, so der Spruch weiter, stelle die Unabhängigkeit dieser Richter in Frage.

Für Warschau war diese Argumentation die willkommene Vorlage für einen Gegenschlag. In diesem Zusammenhang verwies der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro auf Deutschland und darauf, dass hierzulande die Richter für den Bundesgerichtshof vom Richterwahlausschuss bestimmt würden, der seinerseits ausschließlich aus Politikern besteht. Dem Gremium nämlich gehören die 16 Justizminister der Länder und 16 weitere Mitglieder an, die wiederum vom Bundestag gewählt werden.

Hier aber hat der EuGH noch nie ein Problem gesehen, auch nicht bei der Bestellung von Verfassungsrichtern, deren jüngste ein besonders ungutes Beispiel darstellt. Es handelt sich um Stephan Harbarth, der von Beruf zunächst Rechtsanwalt und dann Bundestagsabgeordneter der CDU gewesen ist und über keinerlei Erfahrung als Richter verfügt hatte, als er an Deutschlands oberstes Gericht gerufen wurde. Seine Qualifikation bestand im Wesentlichen aus seiner engen politi-

schen Nähe zur scheidenden Kanzlerin Angela Merkel. Wie gesagt – die Causa Harbarth ist nur ein Höhepunkt, die Politisierung des Bundesverfassungsgerichts dauert schon seit vielen Jahren an.

Wenn also in zwei vergleichbaren Tatbeständen Polen mit mehreren Vertragsverletzungsverfahren überzogen wird, während sich gegen Deutschland nicht einmal ein Anfangsverdacht richtet, dann können es nicht diese Tatbestände sein, die zu den Maßnahmen der EU gegen Warschau führen. Es gilt daher festzustellen, was es neben den vergleichbaren Tat-

wirklichkeit einer immer engeren Union der Völker Europas dar ...“. Daran ist zweierlei auffällig: Dieser Absatz beschreibt keinen Zustand, sondern eine Entwicklung, was bei internationalen Verträgen äußerst ungewöhnlich ist. Man will sich mit Absicht nicht festlegen sowie sich und dem eigenen Machtanspruch keine Grenzen setzen. Das zweite ist, dass nicht von einer Union der Staaten Europas die Rede ist, sondern von den Völkern, die sich zusammenschließen sollen. Nun sind es aber gerade diese Völker, die nach ihrer Meinung zu fragen die EU-Autoritäten sich beharrlich und erfolgreich weigern. Die Frage nach dem Rechtscharakter der Staaten im Sinne dieses Vertrages bleibt unbeantwortet. Wenn aber in einem derart grundlegenden Dokument dieser zentrale Punkt ausgespart bleibt, erhebt sich der Verdacht, es solle etwas verheimlicht werden.

Mit Blick auf das EU-Justizwesen im Verhältnis zu den nationalen Institutionen zeigt sich dasselbe Bild. Im Artikel 19, Absatz 2 heißt es „Die Mitgliedsstaaten schaffen die erforderlichen Rechtsbehelfe, damit ein wirksamer Rechtsschutz in den vom Unionsrecht erfassten Bereichen gewährleistet ist.“ Es ist nicht ausdrücklich die Rede vom Supremat des EuGH gegenüber den Verfassungsgerichten der Mitgliedsländer, aber diese werden verpflichtet, die Urteile des EuGH zu vollziehen. Kein Wort aber zum konstitutiven Verhältnis der obersten Gerichte der Staaten zum EuGH. Auch hier vermutet man die Absicht, es gebe etwas zu verschleiern.

Wie nämlich die Wirklichkeit aussieht, zeigt der Fall EuGH gegen das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Dieses hat für richtig erkannt, dass die Milliarden-Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) in Teilen verfassungswidrig seien. Das hat Deutschland die Drohung mit einem Vertragsverletzungsverfahren eingebracht. Diese auffällige Strenge nun auch gegen den Musterknaben Deutschland erklärt die EU-Kommission mit der Gefahr eines „Präzedenzfalls“. Im Klartext bedeutet es, dass niemand den Nachweis eines Fehlurteils des EuGH erbringen darf, damit dessen unbeschränkte Autorität nicht ins Wanken gerät.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Autorität des Europäischen Gerichtshofs soll nicht ins Wanken geraten

beständen an Unterschieden zwischen Berlin und Warschau gibt. Diese Frage aber ist schnell beantwortet: Polen hält, ähnlich wie Ungarn das tut, ungeachtet der Mitgliedschaft in der EU an der Fortdauer seiner staatlichen Souveränität fest. Deutschland meidet eine diesbezügliche Aussage wie der Teufel das Weihwasser, und man weiß sehr wohl, warum man das tut. Dieser Gegenstand nämlich gehört zu den empfindlichsten politischen Problemen, welche das Selbstverständnis wie den Rechtsstatus der EU berühren. Und ebenso, wie die deutsche Politik eine Aussage zur Souveränität meidet, sucht man an zuständiger Stelle vergebens nach einem verlässlichen Richtwert.

Diese Stelle sollte der Vertrag von Lissabon sein, der zunächst, getragen von voranstrebendem Eifer, eine europäische Verfassung hätte genannt werden sollen, was dann doch unterblieb. Rein funktional ist er einer solchen vergleichbar, nicht aber rechtlich. Wäre das der Fall, so wäre die Frage nach einer nationalen Souveränität entschieden, so aber bleibt alles in der Schwebe. Das ist indes weder Versehen noch Manko im Sinne der Eurokraten, sondern beabsichtigt.

Im Artikel 1, Absatz 2 des Lissaboner Vertrags (EUV) wird bestimmt: „Der Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Ver-

Rasante Wertsteigerung

Ein Kunstmuseum in Mecklenburg-Vorpommern entdeckt Alfred Heinsohn, ein Mitglied der Schwaaner Künstlerkolonie bei Rostock

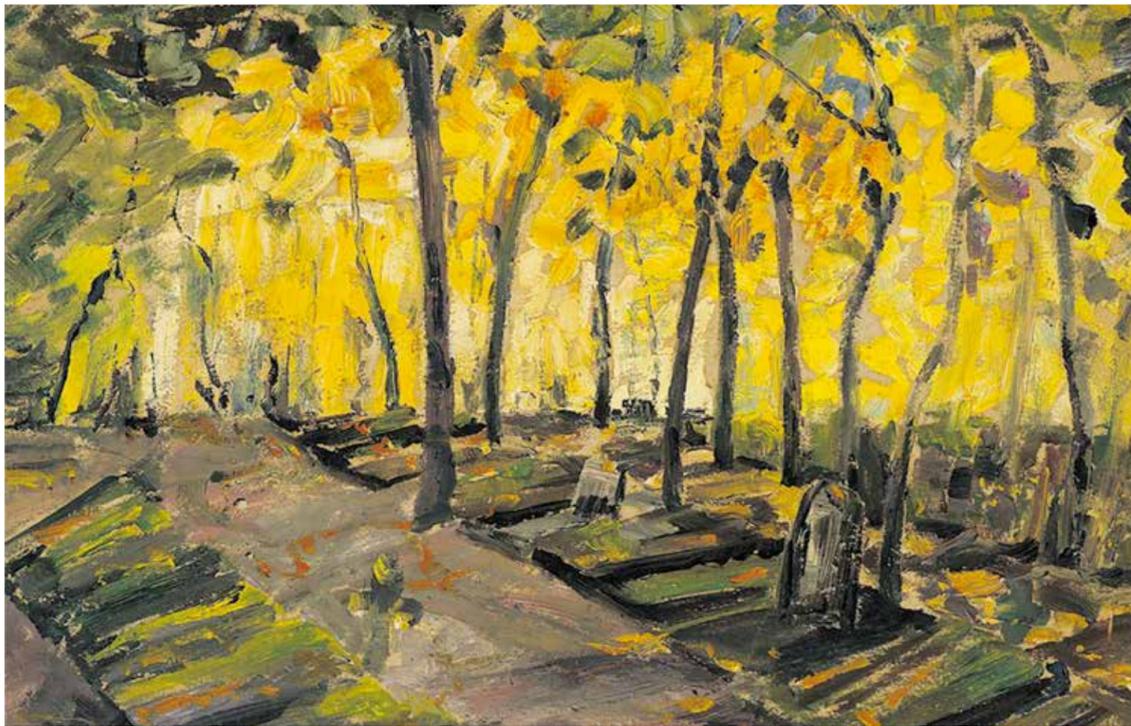
VON HELGA SCHNEHAGEN

Seit knapp 20 Jahren beherbergt die ehemalige um 1790 erbaute Wassermühle von Schwaan ein modern eingerichtetes Kunstmuseum. Im Schatten von Mecklenburg-Vorpommerns Staatlichen und Rostocks Städtischen Kunstsammlungen zieht das Städtische Kunstmuseum der 5000-Seele-Gemeinde rund 20 Kilometer südlich von Rostock überregional eher selten die Aufmerksamkeit auf sich. Seine Dauerausstellung widmet sich in erster Linie den Malern der Schwaaner Künstlerkolonie, seine Sonderausstellungen vor allem Landschaftsmalern aus ihrer Zeit.

Das sollte sich mit der aktuellen Sonderausstellung „Alfred Heinsohn – Maler der Moderne“ ändern. Die Schau basiert auf einem ambitionierten Forschungs- und Kooperationsprojekt zwischen dem Kunstmuseum Schwaan und dem Staatlichen Museum Schwerin. Dabei gibt der zur Ausstellung entstandene Katalog als Werkverzeichnis von 150 Gemälden und 150 Zeichnungen und Aquarellen erstmals einen Überblick über das Gesamtwerk des Künstlers.

Die Entstehung der Freilichtmalerei hatte die Sicht auf die Landschaft in ganz Europa verändert. Vom Hintergrund avancierte sie zum eigenen Sujet und fand ihren Ausdruck nicht nur im Naturalismus, sondern immer öfter auch im Impressionismus. Von überall her reisten die Maler aufs Land, um vor Ort ihre Motive zu finden. Bis heute bezaubern ihre Landschaftsgemälde. Gerade die Schwaaner Arbeiten regen unwillkürlich dazu an, Norddeutschland mit wachen Augen wahrzunehmen. Viele Motive kann man in seinen Wiesen, Feldern und Wäldern wiederfinden und sich nicht zuletzt – wie die Maler von einst – in sie verlieben.

Begründer der vor rund 130 Jahren entstandenen und bis zum Ersten Weltkrieg blühenden Künstlerkolonie war der



Keine Tristesse am Ort der Trauer: Heinsohn Gemälde „Friedhof“ (um 1910)

Foto: Kunstmuseum Schwaan

gebürtige Schwaaner Franz Bunke (1857–1939). Ab 1886 war er Lehrer für Landschaftsmalerei an der Großherzoglichen Kunstschule Weimar und brachte im Sommer regelmäßig Schüler mit in seine Heimatstadt. Unter ihnen war auch Alfred Heinsohn. 1875 in Hamburg geboren, ließ sich dieser in Schwaan sogar ein Haus an der Warnow bauen.

Die durch einen Aufruf jetzt neu entdeckten Arbeiten erlauben es, Heinsohns künstlerische Entwicklung von der regionalen Verwurzelung in Mecklenburg-Vorpommern in den europäischen Kontext erstmalig intensiv zu beleuchten: von der Gestaltung geschauter Natur zur Abstraktion, von der Darstellung des Raumes zur Fläche, von der malerischen Umsetzung

zur zeichenhaften Formulierung. Denn wie bei keinem anderen Schwaaner Maler unterlag Heinsohns Schaffen im Umfeld von Expressionismus, Futurismus und Kubismus gravierenden Veränderungen.

Selbstmord in Hamburg

„Hätten wir und die Schweriner uns nicht Heinsohn gewidmet, wäre er in zehn Jahren weg gewesen. Wir haben vieles vor der Mülltonne gerettet“, so Heiko Brunner, Leiter des Schwaaner Kunstmuseums. Wer noch einen Heinsohn bei sich zu Hause hat, sollte ihn gut behandeln. Mit der wissenschaftlichen Anerkennung als bedeutender Vertreter der Moderne dürfte nicht nur sein Bekanntheitsgrad, sondern auch der Wert seiner Bilder steigen.

Diese Wertschätzung war Heinsohn zu Lebzeiten nicht vergönnt. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte er nach Hamburg zurück, wo er sich vereinsamt und verarmt am 12. November 1927 das Leben nahm. Künstlerisch ambitioniert, hatte er sich nach dem Ersten Weltkrieg den neuesten Strömungen zugewandt und diese persönlich interpretiert. Gerade seine um 1920 entstandenen Bilder dürften mit zum Wertvollsten seines Erbes zählen.

Vor dem Hintergrund der weltweit großen Waldbrände ist Heinsohns vor hundert Jahren entstandener „Brennender Wald“ von erschreckender Aktualität. Noch dem Spätimpressionismus verhaftet, zieht das farbenfrohe Ölgemälde, das seinen Weg aus Privatbesitz in die Aus-

stellung gefunden hat, den Betrachter soartig in seinen Bann.

Ins Auge fallen auch die etwa gleichzeitig und in gleicher Größe (rund 70 mal 100 Zentimeter) geschaffenen Bilder „Kühe“ und „Rinder und Schafe in Rückansicht“ der Kunstsammlungen Schwerin. In ihrer expressionistischen Vereinfachung reizt Heinsohn die Abkehr von der Wirklichkeit weiter aus und macht damit einen Riesenschritt in die Moderne. In Verbindung mit den Motiven, hier Rindviecher, die sich tumb Auge in Auge gegenüberstehen, dort zwei Herden, die sich brav durch die Stadt treiben lassen, wird man über die Betrachtung hinaus – nicht ohne leichtes Schmunzeln – zu eigenen Interpretationen angeregt.

Zurück in Hamburg widmete sich Heinsohn der Stadtlandschaft. Mit großem Interesse hält er den Wandel in seiner Heimatstadt mit dem Pinsel fest, die neuen Geschäftsstraßen und weiträumigen Plätze, den prosperierenden Hafen, aber auch die alten Gassen. Wenn sich dabei die Konturen der Gebäude in Licht auflösen, „markieren (diese Gemälde der 1920er Jahre) den Höhepunkt in der Malerei von Alfred Heinsohn im Sujet Stadtlandschaften“, heißt es im Besucherheft.

Neu entdeckt wurden im Zuge der Ausstellung 21 Gemälde und 48 Aquarelle im Kleinformat. Ölbilder und Aquarelle, deren kleinstes nur fünf mal vier Zentimeter misst: Skizzen von hoher Qualität und eigenem künstlerischem Reiz, „der bei Zeitgenossen von Heinsohn so nicht zu finden ist“, so das Besucherheft.

● **Alfred Heinsohn – Maler der Moderne** Ausstellung bis 28. November im Kunstmuseum Schwaan, Mühlenstraße 12, 18258 Schwaan, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr. Tourist-Information im Museum mit Faltblättern zu den Kunstpfaden auf den Spuren der Schwaaner Künstler. www.kunstmuseum-schwaan.de

JUBILÄUM

Impfempfehlung gegen Einfalt

„Geburtsstunde der österreichischen Nachkriegsliteratur“ – Vor 100 Jahren wurde Ilse Aichinger geboren

„Weinen Sie nicht! Sie sollen nur geimpft werden. Sie sollen ein Serum bekommen, damit sie das nächste Mal um so widerstandsfähiger sind!“ Was wie ein aktueller Aufruf von Politikern zu Covid-Impfungen klingt, ist einem Text von 1946 entnommen. Kurz nach dem Krieg empfahl die junge österreichische Autorin Ilse Aichinger, sich gegen zu große Einfalt immunisieren zu lassen.

„Sich selbst müssen Sie mißtrauen“, schrieb sie in Ihrem Essay „Aufruf zum Mißtrauen“: „Der Klarheit unserer Gedanken, der Tiefe unserer Gedanken, der Güte unserer Taten! Unserer eigenen Wahrhaftigkeit müssen wir mißtrauen.“ Gemünzt auf heute, da man vieles von oben herab Verordnete widerspruchlos hinnimmt, klingt es dann doch aktueller denn je. Aichingers Appell, totalitäres Denken endgültig zu verbannen und stattdessen kritische Fragen zu stellen, um vertrauenswürdiger zu sein, könnte auch helfen, die heutige gesellschaftliche Spaltung zu überwinden.

Als die am 1. November 1921 in Wien geborene Aichinger ihren Aufruf schrieb,

war sie noch gänzlich unbekannt. Doch dann kam zwei Jahre später ihr Roman „Die größere Hoffnung“ heraus, den der Kritiker Hans Weigel als „Geburtsstunde der österreichischen Nachkriegsliteratur“ bezeichnete. Das Thema über rassistisch verfolgte Kinder in der NS-Zeit und das Schicksal der Autorin selbst, die in dieser Zeit als Halbjüdin versteckt in Wien lebte, haben dabei sicher als Bonus gedient.

Wer sich Hoffnung auf weitere Romane der Autorin machte, sah sich enttäuscht. Nach „Die größere Hoffnung“ publizierte Aichinger nur noch Kurzprosa, Erzählungen, Hörspiele und Gedichte. Zu ihrem 70. Geburtstag im Jahr 1991 brachte der S. Fischer Verlag ihr gesamtes bis dahin entstandenes dichterisches Werk in acht zumeist schmalen Bänden heraus, die auch heute noch erhältlich sind und unter Aichinger-Lesern als Standard-Ausgaben gelten.

Darunter ist auch ihre Kurzgeschichte „Spiegelgeschichte“, mit der sie 1952 den Preis der Gruppe 47 erhielt und in der sie in umgekehrter Reihenfolge vom Tod bis zur Geburt das Leben einer Frau erzählt.

In der Autorengruppe lernte sie zudem den Lyriker Günter Eich kennen, den sie später heiratete und mit dem sie bis zu seinem Tod 1972 zusammenlebte.

Gemeinsam suchten sie in ihren Werken nach immer abstrakteren und symbolhaltigeren Ausdrucksweisen. Aichinger brauchte nie viele Worte, um ein The-



Ilse Aichinger im Jahr 2005

ma einzukreisen, und wenn sie den richtigen Ton fand, dann war er einprägsam und preisverdächtig. Anders als ihre Landsfrau Elfriede Jelinek, die für viel geringere Sprachkunst ausgezeichnet wurde, hat Aichinger zwar nie den Nobelpreis erhalten. Doch sie bildete den Anfang eines Trios von Frauen derselben Generation, welche die österreichische Nachkriegsliteratur mitgeprägt haben. Zu diesem gehörte neben Friederike Mayröcker vor allem Ingeborg Bachmann, aus deren Schatten Aichingers Werk so allmählich wieder austritt. Harald Tews

● **Literaturhinweise** Die Werke von Ilse Aichinger sind bei S. Fischer erschienen (8 Bände, 60 Euro). Bei Suhrkamp neu herausgekommen ist der Briefwechsel mit Günter Eich („halten wir einander fest und halten wir alles fest!“, 250 Seiten, 40 Euro). Neu außerdem sind das „Ilse Aichinger Wörterbuch“ (Wallstein Verlag, 368 Seiten, 22 Euro) und Teresa Präauers Studie „Über Ilse Aichinger“ (Mandelbaum Verlag, 110 Seiten, 12 Euro)

LANDESLITERATURTAGE

Autoren lesen im Raum Zeit

Kaum dass die Frankfurter Buchmesse beendet ist, setzt sich die Autorenkarawane ins südliche Sachsen-Anhalt fort. Vom 30. Oktober bis 13. November finden in der Region Zeititz die 30. Landesliteraturtage statt. Die Stadt Zeititz bildet dabei den Ausgangspunkt für die eintrittsfreien Veranstaltungen, die unter dem Motto „Fabriken, Kirchen, Bibliotheken“ stehen, das heißt in diesem Fall: Literatur an ungewöhnlichen und besonderen Orten. Eröffnet werden die Literaturtage am 30. November im Capitol in Zeititz mit einer Lesung von Wolf-Dietrich Sprenger, gebürtigen Zeititzer und prominenten Theatermann. Lesungen unter anderem mit Matthias Platzeck, Feridun Zaimoglu, Greta Taubert und Ingo Schulze sowie Konzerte werden auch im Heinrich-Schütz-Haus in Weißenfels, im Merseburger Kaiserdom, in der Lutherkirche in Bad Kösen, im Nietzsche-Dokumentationszentrum in Naumburg und im Kulturhaus in Leuna stattfinden. Programm: www.landesliteraturtage2021.de tws

VEREINTE NATIONEN

Die UN-Sonderorganisation fürs Kulturelle

Nach der Ratifizierung durch 20 Staaten trat der in London unterzeichnete Gründungsvertrag der UNESCO vor 75 Jahren in Kraft

WOLFGANG KAUFMANN

Zu den 17 rechtlich selbstständigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen gehört auch die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO, Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur). Vor 75 Jahren, am 4. November 1946, trat ihr Gründungsvertrag in Kraft, nachdem 20 Staaten das am 16. November des Vorjahres von 37 Ländern in London unterzeichnete Vertragswerk ratifiziert hatten. Auf Drängen der Grande Nation, die ihr auf der Französischen Revolution basierendes Kulturverständnis zum Leitbild der Organisation machen wollte, nahm sie ihren Sitz in Paris. Dafür stammte mit Julian Huxley wenigstens der erste Generaldirektor aus der zweiten europäischen Großmacht unter den Gründungsmitgliedern.

Gastgeberland ist Frankreich

Später stießen noch diverse Staaten dazu, darunter die Bundesrepublik 1951, die damaligen Sowjetrepubliken Russland, Ukraine und Weißrussland 1954 sowie 1972 die DDR. Inzwischen gehören der UNESCO 193 Staaten an. Elf Territorien sind assoziiert. Zu Letzteren zählen vor allem britische, niederländische und französische Überseeterritorien. Außerdem gibt es ständige Beobachter wie den Heiligen Stuhl, die Arabische Liga und die Europäische Union.

Wie schon aus ihrem Namen hervorgeht, konzentrierte sich die UNESCO zunächst auf die Bereiche Erziehung beziehungsweise Bildung, Wissenschaft und Kultur. Dazu kamen im Laufe der Zeit vielfältige weitere Ziele vom Gewässerschutz bis zur Förderung der Telemedizin. Zu deren Erreichung arbeitet die UNESCO aktuell mit fünf Partnerorganisationen wie beispielsweise dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zusammen. Außerdem gründete sie diverse Ausschüsse, Einrichtungen und Zentren, darunter beispielsweise das Internationale Institut für die Leistungsfähigkeit Afrikas (IICBA) sowie die Zwischenstaatliche Ozeanographische Kommission (IOC).



Das oberste Entscheidungs- und Kontrollorgan der UNESCO: Die Generalkonferenz

Foto: Cancillería Ecuador from Ecuador

Kurzporträts



Der sehr prestigebewusste **Charles de Gaulle** versuchte nach dem Zweiten Weltkrieg, diverse internationale Organisationen nach Frankreich zu holen.



Der aus Großbritannien stammende erste UNESCO-Generaldirektor, der Biologe, Philosoph und Schriftsteller **Julian Huxley**, blieb nur bis 1948 im Amt.



Der Austritt der USA aus der UNESCO fiel in die von 2017 bis 2021 währende Amtszeit des dezidiert Israel-freundlichen 45. US-Präsidenten **Donald Trump**.

Seit den 70er Jahren legt die UN-Sonderorganisation besonderes Augenmerk auf die Bewahrung des Welterbes der Menschheit. Dazu zählt sie sowohl Denkmäler, Ensembles und Stätten (Weltkulturerbe) als auch Naturgebilde, geologische und physiographische Phänomene sowie Naturstätten (Weltnaturerbe).

Derzeit sind 897 Lokalitäten als Weltkulturerbe und 218 als Weltnaturerbe gelistet. Dazu kommen 39 weitere Örtlichkeiten, die als gemischte Kultur- und Naturerbe geführt werden. Die Bundesrepublik steht dabei auf Platz 3 in der Staatenliste, dicht hinter der Italienischen Republik und der Volksrepublik China.

Die Umsetzung des entsprechenden Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt vom 16. November 1972 stößt mittlerweile zunehmend auf Kritik. So gibt es Klagen über massive Ungleichgewichte bei der Verleihung des Titels „Welterbe“. Immerhin befindet sich die Hälfte der so geadelten Stätten in Europa und Nordamerika, während Afrika kaum auf ein Zehntel kommt.

Die USA sind seit 2018 ausgetreten

Kritiker monieren, dass das an dem komplizierten und kostenträchtigen Antragsverfahren liege, mit dem etliche Staaten überfordert seien. Und auch das Welterbe selbst gerät oft zur Belastung: Seine Erhaltung ist nicht immer billig und die UNESCO gewährt keinerlei finanzielle Zuschüsse; es droht ein Überhandnehmen des Massentourismus; und nicht selten werden die Menschen im unmittelbaren Umfeld in ihrer traditionellen Lebensführung und Religionsausübung beeinträchtigt, um den Zustand der Welterbestätte nach den Richtlinien der UNESCO

zu bewahren. Wird hingegen der Zustand der Welterbestätte nicht gemäß den Richtlinien der UNESCO bewahrt, dann droht die Aberkennung der Titels – wie im Falle der Kulturlandschaft Dresdner Elbtal. Dort führte der Bau einer dringend benötigten Brücke 2009 zur Streichung von der Welterbe-Liste.

Ambitionierte „Agenda 2030“

Das sind allerdings nicht die einzigen Reibungs- und Kritikpunkte. So störten sich manche Mitglieder daran, dass die Organisation losgelöst von der UN Politik macht. So ist es beispielsweise nicht auf ungeteilte Begeisterung gestoßen, dass im Gegensatz zur UN das oberste Entscheidungs- und Kontrollorgan der UNESCO, die Generalkonferenz, am 31. Oktober 2011 beschlossen hat, Palästina als Mitglied aufzunehmen. Dieser Aufnahmebeschluss führte gut sieben Jahre später zum Austritt der Vereinigten Staaten und Israels. Diese Austritte haben auch finanzielle Konsequenzen für die UNESCO, entfallen damit doch auch die Beiträge der USA, welche immerhin ein Fünftel des Budgets des UN-Sonderorganisation ausmachen.

Ungeachtet dieser Baustellen setzte sich die UNESCO mit ihrer „Agenda 2030“ neue ambitionierte Ziele – die kaum mehr mit ihren eigentlichen Tätigkeitsfeldern zu tun haben. Dazu zählen die globale Armutsbekämpfung, der sogenannte Klimaschutz, die Durchsetzung von Chancengleichheit und der Einsatz für nachhaltige Produktion.

Das Budget der UNESCO für 2020/21 beträgt rund 1,3 Milliarden US-Dollar. Von denen stammt mit 534 Millionen knapp die Hälfte aus Mitgliedsbeiträgen. Die höchsten Mitgliedsbeiträge zahlen Japan, China und Deutschland. Für die Vertretung in der Generalkonferenz hat das keine Bedeutung. Dort gilt das Prinzip: ein Staat, eine Stimme. Insofern sind die Vertreter der vielen Staaten der sogenannten Dritten Welt in der Lage, Entscheidungen zu lasten der westlichen und fernöstlichen großen Nettozahler durchzusetzen. Ein Pendant zum Sicherheitsrat mit Vetorecht für die Großmächte gibt es nicht. Für Letztere bleibt als Ausweg der Austritt nach dem Vorbild der USA.

REFORMATION

Das älteste Lutherdenkmal steht in Wittenberg

Vor 200 Jahren wurde erstmals in Deutschland ein Nichtadeliger mit einem freistehenden Standbild öffentlich geehrt

Mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm III. war ausgerechnet ein Calvinist maßgeblich an der Errichtung des ersten Lutherdenkmals beteiligt. Die Idee zu dem Denkmal für den Reformator in der Lutherstadt Wittenberg geht auf die 1801 gegründete Vaterländisch-literarische Gesellschaft der Grafschaft Mansfeld zurück. Ihrem Wunsch gemäß übernahm der Landesherr, seit dem Wiener Kongress von 1814/15 Friedrich Wilhelm III. von Preußen, die Schirmherrschaft. Später zog er die Verwirklichung des am Reformationstag des Jahres 1821 auf dem Wittenberger Marktplatz feierlich enthüllten Denkmals ganz an sich.

Der von der Berliner Kanongießerei Claude Fr. Lequin hergestellte, fast drei Meter große Bronzekoloss präsentiert sich nach dem Willen seines Gestalters Johann Gottfried Schadow als „Doctor der Gotteslehresamkeit“. Nach dem Entwurf von

Karl Friedrich Schinkel steht er auf einem Granitsockel und wird von einem Baldachin aus der Königlich Preußischen Eisengießerei zu Berlin überdacht. Der als gewichtige Erscheinung dargestellte Luther hält eine zu seinen Betrachtern hin aufgeschlagene Bibel und zeigt auf den Text: „Das Neue Testament verdeutscht von Doktor Martin Luther“.

Zunächst aber kam Schadow über die Schaffung einer überlebensgroßen Büste des Reformators nicht hinaus. Ein auf 1807 datierter Abguss steht im Wittenberger Lutherhaus. In den Lebenserinnerungen des Bildhauers heißt es dazu: „Das Denkmal des Dr. Martin Luther wurde damals plötzlich durch den Einfall der französischen Heere gehemmt.“ Nach den Befreiungskriegen kam Friedrich Wilhelm III. auf das Denkmalprojekt zurück.

Am 31. Oktober 1817, dem 300. Jahrestag der Veröffentlichung von Luthers



Vor dem Alten Rathaus in Wittenberg: Das älteste Lutherdenkmal der Welt

95 Thesen, traf er in Wittenberg ein. Am nächsten Tag nahm der König die von Reden, Gesängen und Gebeten, dem Aufmarsch eines Regiments und Kanonendonner begleitete Grundsteinlegung des Denkmals vor. Dass sie wie ein christlich gefärbter Staatsakt anmutet, ist auf die Doppelrolle des Königs zurückzuführen. Friedrich Wilhelm III., der am 27. September 1817 die Vereinigung der reformierten und lutherischen Gemeinden zur „unierten“ Kirche in Preußen angeordnet hatte, war als Landesherr zugleich Oberhaupt der evangelischen Landeskirche. Der Enthüllung des Denkmals am 31. Oktober 1821 aber blieb er fern.

Im Wittenberger Lutherhaus gibt es eine Ausstellungsabteilung, die anhand von Graphiken und Plastiken die Entwicklungs- und Wirkungsgeschichte des Lutherdenkmals veranschaulicht. Es ist zum Vorbild zahlreicher Lutherdenkmäler in aller Welt geworden. Veit-Mario Thiede

VON MANUEL RUOFF

Nach der letzten der sogenannten drei polnischen Teilungen durch die Nachbarn Preußen, Russland und Österreich war Polen ab 1795 von der Landkarte verschwunden. Der erste Kaiser des traditionell Polen-freundlichen Frankreichs stellte Polen nach dem vierten Koalitionskrieg von 1806/07 als Staat wieder her. Das neue Staatsgebilde hieß zwar aus Rücksicht auf die Teilungsmacht Russland offiziell nicht „Polen“, sondern „Herzogtum Warschau“, kann aber, wenn nicht sogar als polnischer Nationalstaat, doch zumindest als polnischer Rumpfstaat interpretiert werden. Mit dem Kaiserreich Napoleons I. ging auch das von ihm geschaffene und mit ihm verbündete Großherzogtum Warschau unter. Manche sprechen in diesem Zusammenhang von der vierten polnischen Teilung.

Allerdings ist entgegen landläufiger Meinung auf dem Wiener Kongress von 1814/15 nicht das gesamte Territorium des Großherzogtums unter den in den Befreiungskriegen siegreichen Nachbarn Preußen, Russland und Österreich aufgeteilt worden. Vielmehr wurde auf dem Kongress durch die drei Großmächte am 3. Mai 1815 eine polnische Stadtrepublik, die Freie Stadt Krakau, geschaffen.

Zur Republik gehörte außer der namensgebenden einstigen Hauptstadt des Königreichs Polen auch deren Umland einschließlich der drei Städtchen Chrzanów, Trzebinia und Nowa Góra sowie 224 Dörfern. Auf den 1164 Quadratkilometern ihres Territoriums lebten im Jahre ihrer Gründung etwa 95.000 Seelen, wie man damals zu sagen pflegte.

Gründung auf dem Wiener Kongress

Die Verfassung, welche die drei Gründungs- und Protektormächte der Republik bereits bei ihrer Gründung verliehen, war sehr modern. Das aus Westeuropa stammende Ideal der modernen Gewaltenteilung fand Berücksichtigung. Die Legislative bildete die Abgeordnetenversammlung. Die Exekutive bildete der



War mit seinem Umland von 1815 bis 1846 eine eigenständige Republik: Krakau mit dem Schloss Wawel

Foto: Shutterstock

REPUBLIK KRAKAU

Das Ende eines polnischen Kernstaats

Vor 175 Jahren verlor Polens einstige Hauptstadt ihre Selbständigkeit und wurde als Teil eines gleichnamigen Großherzogtums österreichisch

zwölfköpfige Regierende Senat. Und die Spitze der Judikative bildeten ein Gerichtshof erster Instanz und ein Appellationsgerichtshof. Die rechtsetzende Gewalt ging zwar nicht aus demokratischen, wohl aber aus liberalen Wahlen hervor. Für die Abgeordnetenversammlung galt das Zensuswahlrecht. Hinsichtlich des politischen Systems hatte die Republik also den Feudalismus hinter sich gelassen

und war im bürgerlichen Zeitalter, dem Liberalismus, dem Kapitalismus angekommen.

Modern war auch das Rechtssystem, das ebenfalls westlich geprägt war. Es basierte maßgeblich auf dem Code civil. Die Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren war ebenso fortschrittlich wie die Beteiligung von Laien in Form von Geschworenen an der Entscheidungsfindung in Strafverfah-

ren. Und das alles im Zeitalter der Restauration, als anderswo in Europa mit mehr oder weniger Erfolg nach Napoleons Niederlage versucht wurde, die Zeit zurück-zudrehen.

Krakaus Handel profitierte davon, dass auf dem Territorium der Republik Zollfreiheit herrschte. Das ermöglichte rege Handelsbeziehungen zu allen der drei Nachbarn und Protektormächte.

Untertanen und damit Angehörige der späteren Elite aller drei Mächte studierten an Krakaus geschichtsträchtiger Jagiellonen-Universität. Wohlstandsfördernd wirkte sich auch die durch örtliche Steinkohlevorkommen begünstigte Industrialisierung aus. Bis 1843 stieg die Bevölkerungszahl auf etwa 143.000.

Abstieg seit dem Novemberaufstand

Der Niedergang der Republik Krakau begann mit dem gescheiterten polnischen Novemberaufstand von 1830/31. Die Schutzmächte nahmen der Stadt ihre Rolle beim Schmuggel von Waffen nach Kongresspolen übel – und reagierten mit einer Einschränkung der Autonomie. Ab 1833 nahmen die Protektormächte ein Vetorecht bei der Wahl des Senatspräsidenten für sich in Anspruch. Österreich übernahm die Leitung der Polizei in Krakau. 1836 bis 1841 besetzten Truppen der Schutzmächte die Stadt. Auf die Politik des Senats nahmen die drei Mächte nun ebenso Einfluss wie auf die Gerichtsbarkeit in politischen Angelegenheiten.

Nach dem Novemberaufstand kam es 1846 erneut zu einem Aufstand polnischer Nationalisten. Diesmal sollten allerdings nicht nur Kongresspolen, sondern auch die anderen Teile Polens betroffen sein. Preußen und Österreich reagierten jedoch erfolgreich. Im preußischen Posen war die Polizei durch Informanten rechtzeitig informiert und verhaftete die Anführer bereits im Vorfeld. Und in Galizien verbündete sich die österreichische Obrigkeit im galizischen Bauernaufstand 1846 erfolgreich mit den galizischen erbuntertägigen Bauern gegen deren polnische Gutsherren. Über 1000 polnische Gutsbesitzer sowie mehrere Priester und Beamte wurden getötet, etwa 470 Herrenhäuser zerstört.

Erfolgreich war der Aufstand nur in der Republik Krakau. Die dort aufgestellte kleine Armee hatte jedoch keine Chance gegen das Militär der Großmacht Österreich. Die Donaumonarchie besetzte das Territorium der Republik Krakau, annektierte es am 16. November 1846 und integrierte es als Großherzogtum Krakau in das Kronland Galizien.

OBERLAUSITZ

Ein „vollkommen aus der Zeit gefallener, schädlicher Akt“

Ein Bautzener Verein will ein Bismarck-Denkmal wiedererrichten. Nach Kritik stellt die Stadt ihre Zustimmung erneut zur Diskussion

Ab 1904 stand auf dem Gipfel des Czorneboh (Schwarzer Gott) neben dem Aussichtsturm ein aus Sandstein gehauenes Bismarck-Standbild. Geschaffen hatte es der deutsch-böhmische Künstler Anton Schwarz. Der Czorneboh gehört zum Lausitzer Bergland und befindet sich südöstlich von Bautzen. 1950 fühlten sich Angehörige der Freien Deutschen Jugend (FDJ) bemüßigt, das Denkmal zu zerstören. Spätere Überlegungen, eine Rekonstruktion aus geborgenen Bruchstücken zu realisieren, erwiesen sich als nicht umsetzbar.

Nun hat die Bautzener Liedertafel, die als „Verein für Liedgut und Heimatpflege“ ins Leben gerufen wurde, die Initiative ergriffen. Auf Kosten des Vereins soll das Bismarck-Standbild wiedererrichtet werden. Der Hauptausschuss des Bautzener Stadtrats – das infrage stehende Gebiet ist Bestandteil des Stadtwaldes, daher die Zuständigkeit – zeigte sich sehr aufgeschlossen und stimmte Anfang Oktober zu, bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme.

Erwartungsgemäß folgte die Empörung auf dem Fuß. Das in Bautzen ansässige Sorbische Institut nahm die Entscheidung des Hauptausschusses in einem offenen Brief mit „Bestürzung und Unverständnis“ zur Kenntnis. Man distanzieren sich, das Ganze zeuge von „beispielloser Geschichtvergessenheit“. Bismarck taue „nicht im Geringsten als positiver Bezugspunkt der Erinnerungskul-

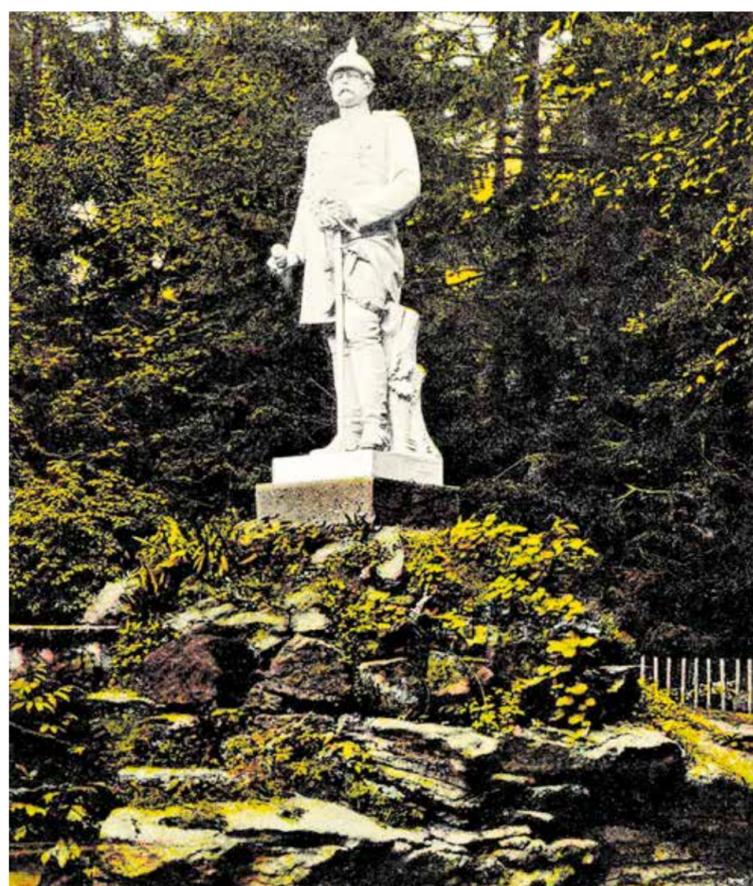
tur einer demokratischen, solidarischen und weltoffenen Gesellschaft“. Der Beschluss sei ein „vollkommen aus der Zeit gefallener, schädlicher Akt“. Der Reichsgründer habe „die Politik eines autoritären, nationalistischen Obrigkeitsstaats“ bestimmt. Diese Politik habe sich abwechselnd „gegen Katholiken, Liberale, Sozialdemokraten sowie nationale Minderheiten“ gerichtet. Wer die Reichsgründung betone, solle auch „vom Großmachtstreben und der Kolonialpolitik Bismarcks reden“. Auf ähnlichem Kenntnis- und Argumentationsniveau heißt es weiter, es handle sich um „ein verstörendes Signal an alle, die sich für ein demokratisches und weltoffenes Bautzen einsetzen“, es „gefährdet das Verhältnis zu unseren Nachbarn erheblich“. Das Sorbische Institut warne „nachdrücklich vor diesem Trojanischen Pferd, das sich rasch als Kult- und Gedenkort für Rechtsextreme, Reichsbürger und sonstige Demokratieverächter erweisen könnte“.

Dawid Statnik, der Vorsitzende der ebenfalls in Bautzen ansässigen Domowina, des Dachverbandes sorbischer Vereine, erklärte, man habe sich „Gott sei Dank vom Denken Bismarcks verabschiedet, dass Krieg ein Teil der Politik ist“. Man wolle „Bismarck nicht einmal geschenkt haben“, er sei ein „Feind der Menschenrechte“. Wenn man schon neue Denkmäler errichte, dann „bitte Persönlichkeiten, die sich für gleichwertigen

Umgang mit Menschen unterschiedlicher Herkunft“ einsetzten.

Auch die Bautzener Liedertafel, die für den Wiederaufbau des Bismarck-Standbildes Sorge tragen will, wird im Zuge der Angriffe in den Blick genommen. Laut dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) sympathisiert der Verein „mit einer Politik am rechtskonservativen Rand“. Als Vorwurf ist es offenbar zu verstehen, wenn es weiter heißt, „Mitglieder“ sangen „auf Kundgebungen der AfD“. Das in Dresden sitzende Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (ISGV), dem Aufrufe der Liedertafel zum „gemeinsamen Singen deutscher Volkslieder“ suspekt sind, unterstützt die Ablehnung und unterstreicht: „Heute haben wir es mit einer klaren nationalkonservativen, geschichtsrevisionistischen Ausdeutung zu tun, für die Bismarck als Symbolfigur herangezogen wird.“

Eine differenziertere Sicht auf die Dinge und mehr Gespür für Historisches hat der Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, Alexander Ahrens. Der Sozialdemokrat, der sich für das Denkmal auf dem Czorneboh ausgesprochen hat, bezeichnete die aufgeheizten Einwände als „Hysterie“. Ahrens sagte, man müsse sich der Geschichte stellen, „Bismarck war kein Verbrecher, und wir müssen ihn auch nicht als solchen behandeln.“ Inzwischen hat der Stadtrat die Entscheidung des Hauptausschusses aufgehoben, die Sache wird erneut diskutiert. Erik Lommatzsch



Existierte von 1904 bis 1950: Das Bismarckdenkmal von Anton Schwarz auf dem Gipfel des Czorneboh bei Bautzen

Foto: pa

VON NORMAN HANERT

Fast 14 Jahre hatten Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos in der Illegalität gelebt, als sie am 4. November 2011 tot in einem Wohnmobil aufgefunden wurden, das in einem Eisenacher Wohngebiet abgestellt war. Beate Zschäpe stellte sich Tage später der Polizei in Jena. Nach dem Auffliegen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) kam es vor dem Münchner Oberlandesgericht zu einem Mammutprozess gegen Beate Zschäpe und Helfer des NSU-Trios. Diesem wurden zehn Morde, 15 Überfälle auf Banken und einen Supermarkt sowie zwei Sprengstoffanschläge zur Last gelegt.

Der Bundestag und auch diverse Landtage setzten NSU-Untersuchungsausschüsse ein. Trotz dieser enormen Aufklärungsbemühungen sind bis heute zum Teil sehr wichtige Fragen noch immer unbeantwortet. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, wies unlängst bei einer Diskussionsveranstaltung in Berlin darauf hin, das beispielsweise das Motiv für den Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter noch immer unklar sei. Die 22-Jährige war am 25. April 2007 auf der Theresienwiese in Heilbronn durch einen Kopfschuss getötet worden. In der Mordserie, die dem NSU zugeschrieben wird, nimmt Kiesewetter als Opfer eine Sonderrolle ein. Die neun Mordopfer vor ihr waren alle Kleinunternehmer mit Immigrationshintergrund. Ausländerhass scheidet als Mordmotiv bei der Polizistin aber aus. Im Zuge der Ermittlungen wurden zudem DNA-Spuren an Kiesewetters Kleidung gefunden, die weder zu Böhnhardt noch zu Mundlos passte. Auch keines der Phantombilder der mutmaßlichen Täter wies eine Ähnlichkeit mit den beiden auf.

Die auffällig fehlenden DNA-Spuren

Aufgrund der vielen Ungereimtheiten im Heilbronner Fall sind auch im Untersuchungsausschuss des Bundestags starke Zweifel laut geworden, ob die NSU-Täter in Heilbronn allein gehandelt haben. Generell auffällig ist, dass die Ermittler an keinem der 27 Tatorte, die mit dem NSU in Verbindung gebracht werden, DNA-Spuren von Mundlos, Böhnhardt oder Zschäpe sicherstellen konnten. Im Bundestagsuntersuchungsausschuss bewertete dies im Jahr 2016 ein Experte des Bundeskriminalamts als nicht „super ungewöhnlich“, andererseits sei es „schon nicht einfach“, einen Tatort DNA-frei zu halten oder wieder zu machen.

Ein völlig gegenteiliges Bild bot sich am 4. November 2011 in dem Wohnmobil, in dem Mundlos und Böhnhardt tot aufgefunden wurden. Laut den Ermittlungsunterlagen muss das angemietete Fahrzeug mit Material, welches das NSU-Trio belasten, regelrecht vollgestopft gewesen sein. Gleiches gilt für die Zwickauer Wohnung, die am Nachmittag des 4. Novem-



Reisten oft im Wohnmobil: Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos (v.l.)

Foto: imago/stock & people

NSU-TRIO

„Dieses sehr, sehr unwohle Gefühl“

Zehn Jahre nach dem Tod von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sind immer noch viele Fragen offen. Etliche Ungereimtheiten lassen die Zweifel an der öffentlichen Darstellung der Mordserie nicht verstummen

ber von Beate Zschäpe in Brand gesteckt wurde. Erst die Funde in Wohnmobil und Wohnung brachten die Ermittler dazu, einen Zusammenhang zwischen dem NSU und dem Polizistenmord von Heilbronn herzustellen.

Haldenwang wies auf der Diskussionsveranstaltung zudem auf die unklare Rolle des V-Mann-Führers Andreas Temme hin. Wie sich im Zuge der Ermittlungen ergab, hielt sich der damalige Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes zur Tatzeit in dem Kasseler Internetcafé auf, in dem am 6. April 2006 dessen Betreiber Halit Yozgat durch zwei Kopfschüsse getötet wurde. Temme, der zeitweise selbst als Verdächtiger ins Visier geriet, bestritt, den Mord bemerkt zu haben. Selbst als er das Café verließ, will er nicht gesehen haben, dass hinter dem Verkaufstresen ein verblutender Mensch lag.

Die Rolle des Andreas Temme

Anwälte der Angehörigen Yozgats erhoben den Vorwurf, Temme habe vorab „konkrete Kenntnisse von der geplanten Tat, der Tatzeit, dem Tatopfer und den Tätern“ gehabt. Die Anwälte stützten sich dabei auf Mitschnitte von Telefonaten Temmes. Wegen seiner Anwesenheit am

Tatort war Temmes Telefon zeitweise von der Polizei abgehört worden. In einem der mitgehörten Gespräche sagte einen Monat nach der Tat der damalige Geheimdienstbeauftragte beim hessischen Landesamt für Verfassungsschutz zu Temme: „Ich sag’ ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, bitte nicht vorbeifahren!“ Der Kasseler Mordfall wirft noch weitere Fragen auf. Yozgat war das neunte und letzte Todesopfer der sogenannten „Döner-Morde“ an Kleinunternehmern mit Immigrationshintergrund. Bis heute ist unklar, warum mit dem Mord in Kassel diese Serie plötzlich abbricht, obwohl das NSU-Trio erst im November 2011 enttarnt wurde.

Nicht geklärt ist auch, warum speziell diese neun Gewerbetreibenden ins Visier des NSU-Trios geraten sind. Ebenso offengeblieben ist, wie die Tatorte ausgekundschaftet wurden. Als sicher kann gelten, dass dies nicht durch das NSU-Trio allein erfolgt sein kann. Als die Ermittler die umfangreiche Adresssammmlung des NSU auswerteten, stand am Ende eine sogenannte „10.000er Liste“ mit Namen und Objekten möglicher Anschlagziele. Wer im einzelnen Mundlos und Böhnhardt vor Ort geholfen hat, die

Tausenden Informationen zusammenzutragen, ist noch immer eine offene Frage.

Gerade in linken Kreisen wurden in diesem Zusammenhang Mutmaßungen über ein riesiges bundesweites Helfernetzwerk angestellt. Erkenntnisse aus den NSU-Untersuchungsausschüssen lassen an solchen Spekulationen über eine riesige Unterstützerszene stark zweifeln. So betrug etwa die Zahl der Aktiven in der NS-Gruppierung „Blood&Honour“ bis zum offiziellen Verbot im Jahr 2000 in ganz Deutschland nur rund 200 Personen.

Die verdächtige Aktenvernichtung

Für den NSU spielte „Blood&Honour“ eine wichtige Rolle, weil einzelne „B&H“-Mitglieder ihn nach seinem Abtauchen in die Illegalität unterstützten. Im Rückblick bemerkenswert ist, dass die Verfassungsschutzämter über diese Unterstützeraktivitäten zumindest in der ersten Zeit nach dem Abtauchen des Trios im Januar 1998 durch Berichte von V-Leuten recht gut im Bilde waren. Im Zuge der Ermittlungen gegen die Rockband „Landsers“ stand die Szene ohnehin unter intensiver Beobachtung.

Gegen wichtige Unterstützer der drei Untertagegänger, etwa Jan Werner, liefen

beispielsweise fortlaufend Abhörmaßnahmen und sogar Observationen durch mehrere Verfassungsschutzämter. Bei der Berliner Diskussionsveranstaltung behauptete Haldenwang mit Blick auf den NSU, dass seinerzeit verschiedene Behörden in Bund und Ländern „zum Teil auf den ihnen vorliegenden Informationen“ gegessen hätten, daher seien Verbindungen damals nicht erkannt worden.

Das trifft nur zum Teil zu. Wie die Befragung eines früheren Verfassungsschutzers durch den Untersuchungsausschuss des Brandenburger Landtags ergab, war es bereits zur damaligen Zeit Routine, dass die Verfassungsschutzbehörden der Länder alle von V-Leuten gelieferten Informationen an das Bundesamt für Verfassungsschutz weiterleiteten. Der Umstand, dass unmittelbar nach dem Auffliegen des NSU beim Bundesamt eine umfangreiche Vernichtung von Akten mit möglichen NSU-Bezügen erfolgte, erhöht das Unbehagen. Tatsächlich räumte Haldenwang in Berlin auch ein, dass während der NSU-Morde und der Aufarbeitung der Mordserie Fehler begangen worden seien. „Am Ende bleibt dieses sehr, sehr unwohle Gefühl“, so das Resümee des Verfassungsschutzchefs.

PANDEMIE

Wurde Corona womöglich viel früher erkannt?

Schon mehrere Monate vor der offiziellen Entdeckung des Virus schoss in Wuhan die Zahl der bestellten PCR-Testgeräte in die Höhe

PCR-Testgeräte werden für den direkten Erreger-Nachweis mittels einer „quantitativen Echtzeit-Reverse-Transkriptase-Polymerase-Kettenreaktion“ benötigt. Sie kommen bei der Suche nach RNA-Viren zum Einsatz, deren Erbmaterial aus Ribonukleinsäure besteht. Dies ist unter anderem bei den Erregern von Tollwut und Ebola sowie Influenza- und Corona-Viren der Fall. Insofern könnte die verstärkte Anschaffung von PCR-Testgeräten auch auf einen erhöhten Bedarf an Nachweisen von SARS-CoV-2-Viren hindeuten.

In diesem Zusammenhang machten die Cybersicherheitsanalysten Robert

Potter und David Robinson des amerikanisch-australischen Unternehmens Internet 2.0 jetzt eine bemerkenswerte Entdeckung, als sie einige von den chinesischen Behörden ins Netz gestellte und dann später wieder gelöschte Datensätze rekonstruierten.

Diese geben Auskunft über die Beschaffung von PCR-Testgeräten in Wuhan, wo das Corona-Virus angeblich Ende 2019 von einem Tier auf den Menschen übersprungen ist, und wo sich aber mindestens auch zwei virologische Hochsicherheitslabors befinden, welche mit SARS-Erregern experimentierten.

Bis 2018 wuchs die Zahl der gekauften Geräte langsam und kontinuierlich an: 2015 waren es rund 30, 2016 53, 2017 72 und 2018 89. Im Jahr 2019 gab es dann einen deutlichen Anstieg: Nun gingen 135 Geräte nach Wuhan. Als Käufer fungierten dabei vor allem das Wuhan Hongshan Distrikt-Zentrum für Krankheitskontrolle, die chinesische Armee und die in Wuhan angesiedelten Forschungseinrichtungen.

Plausible Erklärung steht noch aus

Dabei zog die Nachfrage keineswegs erst Ende 2019 an, als es die ersten COVID-19-Fälle gegeben haben soll, sondern be-

reits Anfang Mai. Auffällig ist weiterhin, dass das Wuhan Hongshan Distrikt-Zentrum im September 2019 zwei Geräte orderte und dabei ausdrücklich auf die VII. Sommer-Militärweltspiele verwies. Die fanden zwischen dem 18. und 27. Oktober in Wuhan statt, wobei etliche der Teilnehmer über Symptome klagten, welche denen bei einer Corona-Infektion glichen.

Theoretisch ist es möglich, dass der gestiegene Bedarf an PCR-Testgeräten etwas mit der chinesischen Beteiligung am Global Virome Project zu tun hatte, in dessen Rahmen eine Datenbank über Erreger mit pandemischem Potenzial ent-

steht. Allerdings kann das Ganze ebenso als weiteres Indiz dafür gelten, dass Peking lügt, was den Ursprung und den zeitlichen Beginn der Corona-Pandemie betrifft. So sieht es unter anderem John Ratcliffe, im Kabinett Trump Direktor der Nationalen Nachrichtendienste. Der meinte im Interview mit der Tageszeitung „The Australian“: „Ich denke, hier gibt es mehr als nur Rauch, ich denke, hier gibt es Feuer.“ Auf jeden Fall sind die chinesischen Behörden der Welt nun auch eine plausible Erklärung dafür schuldig, dass sie die Daten über den Kauf der Testgeräte gelöscht haben. *Wolfgang Kaufmann*



13. DEUTSCH-POLNISCHER KOMMUNALPOLITISCHER KONGRESS

„Nur Zusammenleben schafft Zukunft“

Die Veranstaltung der LO in Allenstein beschäftigte sich mit der Situation der Deutschen Minderheit in der Republik Polen

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Angesichts wachsender politischer Spannungen zwischen der EU und Polen sowie Gerüchten über einen drohenden „Polexit“ ist es umso wichtiger, auf kommunaler Ebene einmal geknüpfte Kontakte zu pflegen und die Zusammenarbeit auszuweiten.

Zu diesem Ziel trägt die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gemeinsam mit ihren polnischen Partnern im südlichen Ostpreußen und in Schlesien bei. Mitte Oktober hatte die LO zu ihrem 13. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress ins Hotel Warminski nach Allenstein eingeladen. Gefördert wurde die Veranstaltung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages durch die Bundesregierung. Etwa 60 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, die unter dem Motto „Die deutsche Minderheit in der Republik Polen – Rahmenbedingungen, Projekte, Perspektiven“ stand.

Zusammenstehen in Europa

Von offizieller polnischer Seite waren neben dem Landrat des Kreises Allenstein, Andrzej Abako, der Parlamentspräsidentin der Woiwodschaft Ermland und Masuren, Bernadeta Hordejuk, dem Minderheitenbeauftragten der Woiwodschaft, Wiktor Marek Leyk, sowie dem Vorsitzenden der Kommission für ethnische und nationale Minderheiten im Woiwodschaftsparlament, Jarosław Słoma, auch der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), Heinrich Hoch, sowie der Vorsitzende des Verbands der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Bernard Gaida, zugegen. Daneben waren Vertreter der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen, Landräte, Bürgermeister und Kreisvertreter aus der Bundesrepublik anwesend.

In seiner Eröffnungsrede lobte LO-Sprecher Stephan Grigat, dass so viele Freunde Ostpreußens zusammengekommen seien, um mit ihrer Teilnahme am Kongress das Zusammenstehen in Europa zu belegen. Bevor die zweitägige Veranstaltung richtig beginnen konnte, hielten die Vertreter der Woiwodschaft Ermland und Masuren eine Überraschung für Grigat bereit. Der Minderheitenbeauftragte Leyk trat ans Rednerpult und ver-



Interessierte Zuhörer, reger Austausch in den Pausen: Ein Blick ins Plenum

Foto: MRK

kündete, dass Grigat das Ehrenabzeichen der Woiwodschaft Ermland und Masuren für seinen über 30-jährigen Einsatz für Heimat und Vaterland verliehen werde. Die Woiwodschaft würdigt damit Grigats Bemühungen um die deutsch-polnische Völkerverständigung. Das Ehrenabzeichen heftete Hordejuk einem sichtlich gerührten Grigat ans Revers.

Nach den Grußworten der polnischen Teilnehmer und dem Verlesen des Grußworts der bayerischen Sozialministerin Carolina Trautner führte Ulf Püstow, Mitglied des Bundesvorstands der LO und neuer Tagungsleiter der Kommunalpolitischen Kongresse, in das Thema der Tagung ein. Er erinnerte daran, dass in der EU viele nationale Minderheiten anzutreffen seien. Immer wieder sei es zu Vertreibungen und Ausgrenzungen der Menschen in ihren neuen Wohnorten gekommen. Umso wichtiger sei es, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Ziel der Veranstaltung sei der Austausch über die Deutsche Minderheit in der Republik Polen, das Sprechen über Freundschaft und Frieden. Denn, so sein Credo: „Nur Zusammenleben schafft Zukunft.“

Roter Faden Nachbarschaftsvertrag

Den ersten Vortrag hielt Professor Marcin Chelminiak vom Politologischen Institut der Universität von Ermland und Masuren zum Thema: „Die Deutsch-Polnischen Beziehungen in Gegenwart und Zukunft“. Er blickte zurück auf den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991, der die Grundlage für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen schaffte. Der Politologe beschrieb die unterschiedlichen Positionen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bezüglich der Vereinigung Deutschlands sowie Polens Sorgen um die Sicherung seiner Grenzen. Erst mit dem Verzicht der Bundesrepublik auf Gebietsansprüche und dem Grenzvertrag von 1990 hätten sich die Beziehungen derart verbessert, dass Deutschland zum Hauptmotor für den Beitritt Polens zu EU und NATO wurde. Perspektivisch betrachtet betonte Chel-

miniak, dass wir heute in Europa in der längsten kriegsfreien Phase leben. Er sprach die Hoffnung aus, dass dies auch möglichst lange so bleiben möge.

Die Rückbesinnung auf den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag zog sich wie ein roter Faden durch alle Vorträge. Doch wo Licht ist, da fällt auch

5000

Mitglieder sind in 18 Mitgliedsverbänden im Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), dem südlichen Ostpreußen, organisiert.

Schatten. Auf Letzteren ging Gaida mit seinem Vortrag „Das Scheitern der europäischen Bürgerinitiative ‚Minority Safe-Pack‘ zum Schutz und zur Förderung von Minderheitenrechten und seine Folgen“ ein. Es handelt sich um eine europäische Bürgerinitiative, die ein Paket von Gesetzesvorschlägen in Brüssel eingereicht hatte, mit denen der Schutz nationaler Minderheiten gewährleistet werden soll. Obwohl eine Million Unterschriften für die Petition eingeholt wurden, tut sich in Sachen Minderheitenpolitik auf EU-Ebene so gut wie nichts. Grund dafür sei, dass die Verantwortung für die Minderheitenpolitik bei den einzelnen Mitgliedsstaaten liege, die – wie im Falle Warschaus – einfach die Bearbeitung von Anträgen hinauszögern können.

Als ein leuchtendes Beispiel für eine erfolgreiche Minderheitenpolitik nannte Bernard Gaida das Land Rumänien. Dort gibt es Schulen, in denen von der ersten bis zur letzten Klasse in der Sprache der Minderheit unterrichtet wird. Das polnische Bildungsministerium schraube seine Bemühungen zurück, statt sie auszuweiten.

Bevor das Programm fortgesetzt wurde, zeichnete der LO-Sprecher Słoma und Gaida mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen aus. Słoma setzte sich zeit seines Lebens für die deutsche Geschichte und für die deutsch-polnische Verständigung ein. Der Schlesier Gaida engagierte sich seit 1990 für die Deutsche Minderheit in der Republik Polen und ist auch Ostpreußen in besonderem Maße verbunden. Dass es gleich zwei Ehrungen an einem Tag gab, ist außergewöhnlich. Die Urkunde für Gaida lag schon lange in der Schublade, doch die Corona-Krise machte eine feierliche Übergabe unmöglich.

Zwei Goldene Ehrenzeichen

Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bildungsgesellschaft, Waldemar Gielzok, trug zur Situation des Deutschunterrichts Erfahrungen aus der Praxis bei. Der rechtliche Rahmen für den Unterricht von Minderheitensprachen sei zwar geschaffen, doch müsse man persönlich aktiv werden. Die Deutsche Bildungsgesellschaft habe in der Vergangenheit gemeinsam mit dem Goethe-Institut zur Ausbildung von qualifizierten Deutschlehrern beigetragen und nehme auch Prüfungen ab. Neben dem Erlernen der Sprache sei jedoch ein entsprechendes Umfeld von großer Bedeutung. Als Beispiel nannte Gielzok Kulturveranstaltungen im Oppelner Land, aber auch einen Biobauern, der Kinder einlädt, um deutsche Erklärungen zur Tier- und Pflanzenwelt praktisch einzubüben.

Zum Erhalt der Sprache sind auch deutsche Publikationen notwendig. Am Beispiel des „Schlesischen Wochenblatts“, jetzt „Wochenblatt.pl“ zeichnete dessen Chefredakteur Rudolf Urban die Geschichte deutschsprachiger Zeitungen im polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs nach. Da in Schlesien überwiegend deutsche Bergarbeiter verblieben waren, erschien in den 1960er Jahren zunächst die „Schlesische Arbeiterstimme“, die allerdings nur dort verkauft werden durfte, wo auch Deutsche lebten. Erst mit dem poli-

tischen Tauwetter 1989/90 erschienen weitere Zeitungen. Die erste Ausgabe des „Wochenblatts“ wurde im April 1990 herausgegeben. Wie im Westen, so gehen auch in Polen die gedruckten Auflagen zurück. Das „Wochenblatt“ sieht einen Ausweg im online-Angebot. Die Redaktion produziert mittlerweile auch Radiosendungen. Einen Überblick kann man sich über das Portal „deutschemedien.pl“ verschaffen.

Den zweiten Tag der Veranstaltung eröffnete Hoch mit einem Überblick über die deutschen Gesellschaften und Vereine im südlichen Ostpreußen. Der VdGEM verfügt über 18 Mitgliedsverbände und zählt insgesamt 5000 Mitglieder. Bei den zahlreichen Veranstaltungen, Kursen und Arbeitsgruppen kann der Verband auf die Unterstützung der Kommunen wie auf die der LO zählen. Stolz ist Hoch vor allem auf die Veranstaltungen für Kinder, bei denen diese spielerisch die deutsche Sprache lernen. Einziger Wermutstropfen ist, dass viele Jugendliche sich nicht mehr engagieren und nach ihrer Ausbildung ins Ausland abwandern.

Einen lebendigen Beitrag lieferte die Oppelner Archivarleiterin Magdalena Lapshin über „das Forschungszentrum der Deutschen Minderheit in Oppeln“. Dieses Zentrum wird vom polnischen Innenministerium gefördert. Ab 2015 entstand ein Wissenschaftsrat, der sich mit der Erforschung der Deutschen Minderheit befasst. Inzwischen gibt es sechs Projekte unter anderem zur Geschichte der Deutschen, deren Ergebnisse in Monographien veröffentlicht werden. Zu Lapshins Aufgaben gehört die Erstellung von Zeitzeugenberichten. Eine wertvolle Sammlung sind Audioaufnahmen, von denen bislang 300 vollständig verschriftet wurden. Von der Bedeutung solcher Tondokumente konnten sich die Kongressteilnehmer selbst überzeugen. Über die Arbeit des Wissenschaftsrats kann man sich unter [FB.COM/FZENTRUM](https://www.facebook.com/FZENTRUM) beziehungsweise über das Archiv unter [OSA.ARCHIWA.ORG](https://www.osa.archiwa.org) informieren.

Die Minderheit in der Wissenschaft

„Nun wird es wissenschaftlich und womöglich werde ich Sie langweilen“, sagte Mariusz Baranowski von der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen, als er über „Situation und Chancen der deutschen Minderheit in der Republik Polen“ sprach. Ganz und gar nicht langweilig stellte er am Beispiel Oppeln die Ergebnisse einer Studie vor, die auf einer Umfrage unter Mitgliedern der Deutschen Minderheit in Schlesien beruht. 88 Prozent der Befragten gaben an, dass der Stolz auf die deutschen Wurzeln am wichtigsten für ihr Bekenntnis zum Deutschtum sei. In der Region sei die Deutsche Minderheit gut angesehen, Diskriminierungen und Beleidigungen gebe es so gut wie nicht. Das Verhältnis zu den Behörden sei gut, obwohl die PiS-Regierung das Sagen hat. Auch wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen gegeben seien, gebe es in der Selbstwahrnehmung viel Nachholbedarf für die Deutsche Minderheit.

Zum Abschluss wies Püstow noch einmal darauf hin, wie wichtig es ist, die deutsche Sprache und Kultur aufrecht zu erhalten angesichts der Tatsache, dass Familien nicht mehr wie früher zusammenleben. Umso wichtiger sei es, das gemeinsame Haus Europa weiter offen zu halten.



Leitete erstmals den Kommunalpolitischen Kongress: Bundesvorstandsmitglied Ulf Püstow Foto: MRK

**ZUM 101. GEBURTSTAG**

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Dinter, Christel, geb. **Joneleit**, aus Lyck, Bismarckstraße 40, am 4. November

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November
Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November
Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Zygan, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Erneke, Liesbeth, geb. **Holz**, aus Uggehn, Kreis Fischhausen, am 4. November

Niebaum, Helga, geb. **Liedtke**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 29. Oktober

Ostermann, Erika, geb. **Matzdorf**, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. November
Porr, Kurt, aus Powayen, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober
Symannzik, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Czarnojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Zimmermann, Erika, geb. **Trzeziak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Behres, Waltraut, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 30. Oktober
Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November

ANZEIGE

Masuren und Danzig

Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Oster, Waltraut, geb. **Jutzas**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. November

Starbatty, Helene, geb. **Danielzik**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Werner, Ilse, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

Wunderlich, Maria, geb. **Heimbuchner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Zech, Emmi, geb. **Patz**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grevsmühl, Ursel, geb. **Nitschkowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 9, am 31. Oktober

Kontakt

Senden Sie Ihre Glückwünsche bitte an:
 Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

**Termine 2021 der Landsmannschaft Ostpreußen**

5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der

Landsmannschaft Ostpreußen,
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 Telefon (040) 41400826,
 E-Mail: info@ostpreussen.de,
 Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Zusendungen für die Ausgabe 45/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 45/2021 (Erstverkaufstag 12. November) **bis spätestens Dienstag, den 2. November**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Wir gratulieren...

Jabs, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober

Ludwig, Renate, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 4. November

Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 1. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Euen, Herta, geb. **Wenzek**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Homuth, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Klein, Erika, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Oktober

Köhler, Hanna, geb. **Tetzlaff**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 4. November

Neumann, Waltraud, geb. **Bendz**, aus Neidenburg, am 4. November

Sommerey, Erhard, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Storm, Lilly, geb. **Kurpat**, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November

Wesolowski, Herta, geb. **Tiburski**, aus Lukacu, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Becker, Inge, geb. **Raethjen**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. November

Geisler, Ruth, geb. **Danielowski**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 1. November

Künzle, Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Littek, Irmgard, geb. **Westphal**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Marzik, Eva, geb. **Bascheck**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Wallrath, Elisabeth-Erna, geb. **Brenneisen**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober

Wengoborski, Margot, geb. **Jahn**, aus Lyck, am 3. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blank, Marie, geb. **Murr**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober

Bormann, Ruth, geb. **Schröter**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober

Borowski, Erich, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

Faaß, Charlotte, geb. **Kammer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 31. Oktober

Geisler, Erika, geb. **Tonk**, aus Kreis Neidenburg, am 4. November

Hellwich, Alfred, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 4. November

Jodeit, Sigrid, geb. **Salomon**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. November

Knaack, Lieselotte, geb. **Milewski**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 29. Oktober

Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. November

Podzus, Helga, geb. **Haedge**, aus Wehlau, am 30. Oktober

Rau, Lieselotte, geb. **Erzberger**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 3. November

Schlendel, Christa, geb. **Ebersbach**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

Wenk, Siegfried, aus Mulden, Kreis Lyck, am 2. November
Witt, Ilse, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buchwald, Waltraud, geb. **Bendisich**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 2. November

Franke, Gertrud, geb. **Gazioch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

Heinrich, Willi, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 4. November

Kilian, Willi, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Lünse, Else, geb. **Schiemann**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Nahrn, Inge, geb. **Borowski**, Kreis Wehlau, am 3. November

Pawlenka, Elfriede, geb. **Denning**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 31. Oktober

Pottberg, Lisbeth, geb. **Stolzenwald**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Schiller, Herta, geb. **Magath**, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 1. November

Wagner, Ursula, geb. **Hennig**, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober

Zagermann, Christel, aus Lischau, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barz, Anneliese, geb. **Dietrich**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 3. November

Berg, Horst, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. Oktober

Bucheli, Bruno, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 1. November

Geigle, Brigitte, geb. **Redetzky**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. November

Haaszio, Lothar, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

Helstern, Waltraud, geb. **Paukstatt**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, am 3. November

Huuck, Fritz, aus Caspershöfen, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober

Kattelat, Herbert, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Kortum, Joachim, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 4. November

Krohn, Dr. Martin, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

Kruck, Ingrid, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 30. Oktober

Kuljurgis, Charlotte, geb. **Mauruschat**, aus Hellbrun, Kreis Ebenrode, am 3. November

Schmielewski, Anne, geb. **Schönknecht**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 1. November

Lühr, Hildegard, geb. **Gerlach**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 29. Oktober

Neumann, Ingeburg, geb. **Voß**, aus Fischhausen, am 30. Oktober

Nilson, Elisabeth, geb. **Kammerer**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 2. November

Pfeffer, Fritz, aus Groß Lindenau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

Rautenberg, Erika, geb. **Ebel**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 29. Oktober

Schuster, Ursula, geb. **Poniewas**, aus Mohrunen, am 4. November

Schwarz, Klemens, beim Schloß Heilsberg, Kreis Heilsberg, am 1. November

Schwock, Wolfgang, aus Bledau, Kreis Fischhausen, am 4. November

Seedorf, Ursula, geb. **Klemens**, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 31. Oktober
Ziaja, Waltraud, geb. **Kullik**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 2. November

ANZEIGE

**Kulturzentrum Ostpreußen – Stellenausschreibung**

Im Kulturzentrum Ostpreußen ist zum 1. April 2022 die Stelle:

Mitarbeiter/in für Archiv, Ausstellungen, internationale Kulturarbeit (m/w/d) zu besetzen.

Ihr Aufgabenfeld umfasst

- Übernahme und Bewertung beziehungsweise Erwerbung, Erschließung und Digitalisierung von Archiv- und Bibliotheksgut
- Unterstützung bei der Erarbeitung von Ausstellungen im In- und im Ausland
- Entwicklung und Steuerung grenzüberschreitender Projektarbeit insbesondere mit Polen, der Russischen Föderation und Litauen
- Mitwirkung an aktiver Medien- und Öffentlichkeitsarbeit (auch Social Media).

Ihre Qualifikation

- ein abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium der Geschichts- oder Kulturwissenschaften, des Archivwesens oder der Museologie oder Berufserfahrungen im Archivwesen oder Museologie
- Erfahrungen in internationalen Projekten im Wissenschaftssektor, kulturellen Erbe/ Kulturaustausch
- unverzichtbar sind polnische und/oder russische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift
- gute Kenntnisse der ostpreußischen Kultur und Geschichte sowie der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten Deutschlands.

Wir erwarten außerdem

- die Bereitschaft zu Auslandsreisen, vor allem bei der Ausstellungslogistik, und daher einen Führerschein (B)
- den versierten Umgang mit den üblichen EDV-Anwendungen sowie die Mitarbeit bei der Anwendung neuer Informationstechnologien.

Von Vorteil sind weiter

- Erfahrungen in der Konzipierung und Umsetzung kultureller Projekte
- Organisationstalent und Teamfähigkeit, flexibles Denken, soziale Kompetenz und ein überdurchschnittliches Engagement mit Belastbarkeit
- Kontaktstärke mit sicherem Auftreten sowie Verhandlungsgeschick mit kompetenter mündlicher und schriftlicher Ausdrucksfähigkeit.

Wir bieten

- interessante Tätigkeitsfelder in einem leistungsfähigen Team am Dienort Ellingen/Bayern
- den vielfältigen Umgang mit nationalen und internationalen Sammlungen von Kulturgut und den vielseitigen Dialog in einem spannenden historisch-politischen Umfeld
- eigenständiges Arbeiten mit der Entwicklung internationaler Projekte und Kontakte auf hohem gesellschaftlichem und politischem Niveau
- Tarif- und Sozialleistungen in Anlehnung an den Öffentlichen Dienst
- Bezahlung gemäß Entgeltgruppe 11 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD Bund).

Ihre Bewerbung mit aussagefähigen Unterlagen (mindestens tabellarischer Lebenslauf, Zeugnisse, lückenlose Tätigkeitsnachweise) senden Sie ausschließlich als zusammenhängendes PDF-Dokument (maximal 6 MB) per E-Mail an info@kulturzentrum-ostpreussen.de. Die Bewerbungsfrist endet am 1. November 2021.

Nähere Auskünfte erteilt der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen unter der Telefonnummer (09141) 86440.

Bestimmungen zum Datenschutz unter: <https://www.kulturzentrum-ostpreussen.de/datenschutz.php>

Szepanek, Renate, geb. **Lischewski**, aus Ortelsburg, Kreis Neidenburg, am 1. November

Zepik, Gustav, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 30. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Griese, Jonny, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. November

Ludwig, Astrid, geb. **Prystuppa**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 1. November

Rapp, Erna, geb. **Oetinger**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. November

Scharkowski, Reinhold, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 1. November

Wiemann, Joachim, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 30. Oktober

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Tag der Heimat

Hof – Unter dem Leitwort „Vertreibungen und Deportationen ächten – Völkerverständigung fördern“ veranstaltete der BdV eine Feierstunde zum Tag der Heimat.

Am Mahnmahl in der Blücherstraße trafen sich aus diesem Anlass viele Politiker aus Stadt und Landkreis Hof, Vertriebene und Einheimische. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die Anwesenden und richtete in seiner Ansprache das Augenmerk auf die Deportation der Russlanddeutschen. Mit dem Kriegsende fand die größte Völkerverschiebung seit Menschengedenken statt. Rund 15 Millionen Deutsche mussten ihre Heimat verlassen. Das Bewusstsein für das Schicksal der Deutschen aus Russland führte zum diesjährigen Leitwort, das sich sowohl als bittere Erkenntnis aus der Geschichte als auch als Forderung für das menschliche Miteinander in der Zukunft versteht. Auch Oberbürgermeisterin Eva Döhla und stellvertretender Landrat Frank Stumpf bezogen sich in ihren Grußworten auf die

ses Leitwort. Sie würdigten jedoch auch die Verdienste der Vertriebenen, die in der neuen Heimat durch ihr Wissen und ihr Engagement viel zum Wiederaufbau nach dem Krieg beitrugen. Durch die Charta der Heimatvertriebenen förderten sie gleichzeitig das friedliche Zusammenleben in Europa.

Das Totengedenken von Jochen Ulshöfer und die anschließende Kranzniederlegung im Gedenken an die Millionen Opfer der Weltkriege rundeten die Veranstaltung ab. Für den passenden Rahmen sorgten die Mitglieder der Volkstanzgruppe im BdV Hof und der Posaunenchor der Lutherkirche. *Jutta Starosta*



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

Führung mit Altenstein

Bremen – Hochinteressant war die Führung, zu der sich unser Mitglied, der 1943 in Schloßberg geborene Bildhauer Bernd Altenstein, für Mitglieder unserer Landsmannschaft bereitgefunden hatte.

Altenstein absolvierte sein Studium in Bildhauerei und Kunstgeschichte bei Professor Rudolf Dau-



Ein Künstler erklärt: Bernd Altenstein in Bremen Foto: Lohmann

bert in Stuttgart und war anschließend Assistent bei Professor Jürgen Weber an der TU Braunschweig. Seit 1975 ist er an der Bremer Hochschule für Künste Professor für den Studiengang Freie Kunst. Er ist aber nicht nur Hochschullehrer, sondern auch ein im In- und Ausland sehr gefragter Bildhauer.

Im Laufe der Jahrzehnte sind im öffentlichen Raum Bremens zahlreiche Werke von ihm entstanden. Eines der ersten war die Arbeit „Das Ende“ an der Bremer Bischofsnadel, das inzwischen in der „Liste Bremer Denkmäler“ inventarisiert wurde und damit zum offiziellen Bremer Kulturgut gehört. Altenstein schilderte unserer Gruppe anschaulich, worauf es ihm in der Ausformung seiner Arbeiten ankommt, und gab Hinweise auf die ihm wichtigen Aussagen hinter der sichtbaren Darstellung. Am Beispiel der weiteren Arbeit „Unser Planet“, einer Auftragsarbeit und ein Geschenk der „Deutschen Bank“ an die Stadt Bremen anlässlich eines Firmenjubiläums, waren auch seine Bemerkungen zur Entstehungsgeschichte seiner Arbeiten höchst aufschlussreich. Heute wären solche direkten Beauftragungen bestimmter Künstler nicht mehr möglich, alles müsse öffentlich ausgeschrieben werden, damit sich Künstler aus der gesamten EU um solche Aufträge bewerben können. Das sei eine gültige Regel, die in Deutschland befolgt,

aber im EU-Ausland nicht immer praktiziert werde, so Altenstein.

Nach der inhaltsreichen Führung nahm sich der Künstler noch die Zeit, im Rahmen eines gemeinsamen Kaffeetrinkens Details seiner Familiengeschichte zu berichten, unter anderem, dass sein Vater, ein Tierarzt in Schloßberg, im Zweiten Weltkrieg bei einem Tieffliegerangriff ums Leben gekommen sei. Daher habe er vaterlos aufwachsen müssen.

Eine Woche später trafen sich 36 Teilnehmer aus unserer Gruppe erneut, um im „Grollander Krug“ ein gemeinsames „Entenessen“ zu genießen. Der Nachmittag verlief mit dem gemeinsamen Gesang von Herbst- und Ernteliedern, begleitet vom „Akkordeon-Duo Cornelia und Klaus“ recht harmonisch. Die Gruppe ist zuversichtlich, nun wieder regelmäßig zusammen zu kommen. *Heinrich Lohmann*



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Erntedank

Darmstadt – Zum Erntedank konnte der Vorsitzende, Gerhard Schröder, seine Gäste und Mitglieder begrüßen. Über das Kommen von Gisela Greiner, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Darmstadt-Dieburg und Jürgen Pantel mit Ehefrau, Vorsitzender der Heimatkreisgruppe Insterburg sowie der Referentin, Rosemarie Gerlach, war Schröder besonders erfreut. Unsere Blumenfee, Waltraud Barth, kam mit einem Korb wunderbarer Herbstblumen. Da das Ehepaar Keller leider verhindert war, übernahm neben Schröder auch Hannelore Neumann die Gestaltung und Unterhaltung des Nachmittags. Sehr bedankt haben sie sich für die fleißige und aktive

Unterstützung der Teilnehmer beim Dekorieren, Servieren, Abräumen und Putzen.

Der Vorsitzende spricht über die Situation der Kreisgruppe und weist auf die Notwendigkeit einer örtlichen Veränderung des Treffpunktes hin. Die Heimatgruppe der Insterburger lädt hierzu zu einem Schnuppertag, am 30. Oktober, 11.30 Uhr in ihr „Vereinslokal“ im Bürgerhaus Wixhausen (Bürgermeister-Pohl-Haus), Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen, ein. Pantel erläutert, wie die Treffen seiner Gruppe und die Veranstaltung mit Unterstützung von Renate und Reiner Buslaps organisiert sind, und sprach ein „herzliches Willkommen zum Schnuppertag“ aus.

Sehr lebhaft und beeindruckend berichtete die in Mühlhausen, Kreis Preußisch Eylau geborene Referentin, Rosemarie Gerlach, ehemalige Berufsschullehrerin für Landwirtschaft, über ihre Tätigkeit ab 1989 als Mitglied des Bezirksvorstands des Landfrauenvereins im Raum Groß-Umstadt, die über das Leben und Wirken von Elisabeth Boehm, Gründerin der Landfrauenorganisation in Deutschland, sprach. Gerlach berichtete, wie es 1994 zum ersten Kontakt mit dem Ermländisch-Masurischen Landfrauen Verband mit Frauen aus 100 Bauernhöfen kam.

Eine Reise zu den Masurischen Landfrauen hat sie 1996 mit 50 Frauen durchgeführt. Die Gruppe wurde nahe Altenstein herzlich empfangen und konnte als Gastgeschenk eine Spende in Höhe von 1.250 DM überreichen. Der weitere Reiseverlauf war sehr beeindruckend. Ihre Gruppe bewunderte die Schönheit Masurens, und Gerlach erinnerte sich an das Versprechen Ihres Vaters „Kinderchens, wenn ihr groß seid, fahren wir nach Masuren“.

In den nächsten Jahren hat sie noch mehrere Reisen mit ihren Landfrauen unternommen, wie 1998 mit zwei Bussen nach Berlin zum 100. Gründungsjubiläum des Landfrauenvereins, das im Olym-

piastadion gefeiert wurde. Unsere 89-jährige Referentin beendete ihren Vortrag mit Spannung erzählten Vortrag mit einem Gedicht zum Erntedank. *H. Neumann und G. Schröder*

Lesung und Diskussion

Kassel – Donnerstag, 4. November, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: „In dänischen Flüchtlingslagern“. Eine damals Zehnjährige erinnert sich. Lesung und Diskussion.

Treffen

Wetzlar – Montag, 8. November, 12 Uhr, Landgasthof Hedderich, Kreisstraße 94, 35583 Wetzlar-Garbenheim, Telefon (06441) 42374: Treffen. Pillau '45 – Hundert Tage im Fluchthafen der Weltgeschichte, Lichtbildvortrag von Christopher Spatz, Bremen. Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Lebensbilder

Oldenburg – Mittwoch, 10. November, 15 Uhr, Stadthotel: Lebensbilder: Ostpreußen als Vertriebene in Oldenburg: Eva Sim-

Fortsetzung auf Seite 16



Zum Tag der Heimat: (v. l.) Frank Stumpf, stellvertretender Landrat, Sigrid Dittmer, Svenja, Oberbürgermeisterin Eva Döhla, 2. Vorsitzender des BdV Hof, Jochen Ulshöfer, 1. Vorsitzender des BdV Hof, Christian Joachim, Isabella, Bürgermeisterin Angela Bier, Jutta Starosta, Alina Foto: OG Hof

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
 - Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

mat – Zeichnerin, Malerin und Grafikerin aus Tilsit; Jürgen Dieckert – Sportwissenschaftler aus Gumbinnen; Adolf Dobrat KG – Textilhaus aus Darkehmen/Angerapp – Darstellungen von Gisela Borchers. Eine telefonische Anmeldung unter (0441) 2047676 ist erforderlich.

Bericht vom 13. Oktober

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg setzte ihre monatlichen Treffen mit einer Lesung des Schriftstellers Erhard Brüchert, aus Pommern, Kreis Belgard stammend, fort. Er ist Autor zahlreicher Dokumentar-, Freilicht- und Bühnenstücke in hoch- und niederdeutscher Sprache. In seinem Buch „Wind-Lopers“ schildert er in vier Kapiteln die Ankunft von Flüchtlingen in Ostfriesland, vom Ankommen übers Einrichten bis zum gemeinsamen Blick in die Zukunft. Nicht immer waren die Neuankömmlinge willkommen und viele der leider nicht zahlreichen Anwesenden wurden aneigene Erfahrungen erinnert. Wir freuen uns, endlich wieder das Ostpreußenlied singen zu dürfen.

Gisela Borchers

PAZ wirkt!



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, Stellv. Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, Schriftführerin: Dr. Bärbel Beutner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Treffen

Düren – Mittwoch, 3. November, 17 Uhr, Haus des Deutschen Osten, Holzstraße 7a, 52349 Düren: Treffen mit einer Lesung über ostpreußische Großmütter, geschrieben von Judith Hages.



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Bücherspende

Landesgruppe – Seit Jahren haben Hannelore und Harald Kedzierski Bücher von Ostpreußen bei ihren Besuchen zum jährlichen Treffen des Heimatkreises Treuburg, Schwentainer Kirchspiel, in der Lüneburger Heide von Alexander und Ursula Gembora aus Nordhorn mitgenommen und gesammelt. So kam ein Bestand von 222 Büchern zu Stande, den wir am Mittwoch, den 6. Oktober, von

Chemnitz nach Knappenrode in die Begegnungs- und Schulungsstätte brachten. Dort übergaben wir diesen Fundus an die Geschäftsführerin Claudia Florian.

Mit diesem Artikel möchten wir sie auffordern, Exponate aus der Heimat an unsere Begegnungsstätte für unsere Nachwelt zu übergeben. Alexander Schulz

Erntedank

Limbach-Oberfrohna – Nach Corona-bedingter Zwangspause konnten wir am 25. September unser Erntedankfest nach ostpreußischer Art im Esche-Museum feiern. Das Wiedersehen nach so langer Zeit war für alle ein schönes Erlebnis. Der Saal war geschmückt mit den bunten Farben des Herbstes und seinen Früchten. Die strengen Regeln wegen Corona wurden eingehalten.

Nach der herzlichen Begrüßung durch Jürgen Scheffler und Reinhard Gerullis kam die Bauernfamilie einmarschiert mit ihren Erntegeräten von früher, mit musikalischer Begleitung. Danach wurde die Erntekrone ganz stolz hereingetragen von Hannelore Kedzierski und Irmgard Gläser. Diese Erntekrone wurde von Horst Braczko aus Getreide aus Ostpreußen hergestellt. Leider mussten wir Abschied nehmen von unserem lieben Horst.

Gläser hatte ihre ostpreußischen Handarbeiten ausgestellt. Der gemischte Chor aus Langenberg hatte viele Volkslieder und Lieder aus der Heimat mitgebracht, und wir durften kräftig mitsingen. Viele Frauen, auch Maja und ihre Mutter sowie Monika

Weihe trugen zur Unterhaltung bei. An diesem schönen Herbsttag erhielten Jürgen Scheffler und Harald Kedzierski die Auszeichnung „Silberne Ehrennadel“ der Ostpreußen für jahrelange gute Arbeit. Das Schlusswort sprach der Vorsitzende Gerullis und bedankte sich für die gute Teilnahme.

Auf ein frohes Wiedersehen am 11. Dezember zur Weihnachtsfeier mit kleinen Überraschungen freuen wir uns alle. H. und H. Kedzierski



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Treffen

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 9. November, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Extremsportler Wolfgang Kulow aus Lensahn berichtet bei der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ über seine spannenden Abenteuer der letzten Jahre. Dieses Treffen findet unter Einhaltung der 2G-Regel statt. Gäste sind herzlich willkommen. Um Anmeldung wird bis zum 5. November gebeten bei Ina Naujok unter Telefon (04371) 2969, oder bei Ingelore Spaeth, unter Telefon (04371) 5780.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg/Ankündigungen – Sonntag, 14. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Veranstal-

tung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zum Volkstrauertag. Die Teilnahme unserer Mitglieder ist gerne gesehen.

Sonntag, 21. November, 14.45 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Gottesdienst mit Pastorin Wiek, dem Organisten Sven Rösch und dem Bläserchor unter Leitung von Jens Wischmeyer zum Totensonntag. Anschließend wird am Ehrenhain ein Kranz niedergelegt. Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange hat ihre Teilnahme angekündigt.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg/Bericht – Zusammenkunft zum Tag der Heimat am 13. Oktober war gut besucht. Leider mussten wir in einer Gedenkminute von unserem pommerischen Landsmann Klaus Gehrman Abschied nehmen, der eine Woche zuvor – nur einen Tag vor seinem 90. Geburtstag – für immer die Augen schloss. Erneut hatte uns ein Mitglied verlassen, der sich viele Jahre in der Landsmannschaft, zunächst der pommerischen, dann der vereinigten, mit Beiträgen und Anekdoten engagiert hatte. Er wird uns fehlen, aber im Gedächtnis bleiben.

Nach einigen administrativen Hinweisen gab es ein reichliches Wrukenessen, welches allen gut mundete und genügend Gelegenheit zum Plachandern gab.

Den Festvortrag hielt unser Vorsitzender Hans Legies, der sich mit Westpreußen einen Landesteil ausgesucht hatte, welcher über die Jahrhunderte eine vielfältige politische und kulturelle Entwicklung aufwies. Er zeigte dabei die frühe

Geschichte auf, als mit dem Kulmer Land der Grundstein des Deutschordensstaates Preußen gelegt und damit die Voraussetzung für die Bildung der späteren Provinz Westpreußen geschaffen wurde. Er spannte den Bogen der Geschichte von den Kämpfen mit dem Königreich Polen über die Entstehung des Königreiches Preußens, den Zusammenbruch des preußischen Staates in den napoleonischen Kriegen bis hin zu den Reformen und Befreiungskriegen sowie der Neuordnung der Staaten nach der Niederlage Napoleons.

Gut verständlich erläuterte er die enormen Anstrengungen der preußischen Könige und der Verwaltung, die Kriegsschäden zu minimieren und so Westpreußen mit den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder im Zusammenspiel der Religionen, der nationalen Besonderheiten und weiterer vielschichtiger Beziehungsgeflechte zu einen. Er beschrieb die Zeit nach dem ersten Weltkrieg mit dem durch die Siegermächte eingerichteten Korridor, Volksabstimmungen und der daraus folgenden Minderheitenpolitik in einem Land, das als Bindeglied zwischen Pommern und Ostpreußen lag.

Am Ende zeigte er einen 30-minütigen Film vom Ende der 30er Jahre über eine Schlepplzugreise auf der Weichsel von Thorn bis Marienwerder. Ein umfangreicher Vortrag, der die volle Aufmerksamkeit der Mitglieder erforderte und auch erhielt.

Die abschließende Kaffeestunde läutete Landsmann Helmut Kunde mit einem Gesangsvortrag ein. Michael Weber

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 9x9 Sudoku puzzle and a 6x6 Diagonal puzzle. Clues include: Luftklappe bei Kfz-Motoren, gemeinsam-schädlich, Holzkohlenbrennerei im Meiler, Zusammenfügen, dünnere, biegsamer Stock, Delikt, Vergehen, ausruhen, ein Balte, Stierkämpfer, anziehend, begehrenswert, wirtschaftlicher Zusammenbruch, Handelsgut, Holzblasinstrument, Falte in der Haut, launig, spaßig, lateinisch: Erde, Land, Klösterfrau, pflegende Flüssigkeit (Kopf), Mit-erfinder des Telefons, kostspielig, Weißfisch, Karpfenfisch, Begeisterung, Schwung, 40. Präsident der USA (Ronald), Ritze, Riss, Hauptstadt von Südkorea, Einheit d. Beleuchtungsstärke, eine der Gezeiten, schweiz. Stadt am Rhein, Zart-, Fein-, gefühl, Ostslawe, Dienstkleidung, Pleite, Oper von Verdi, Strafstöß beim Fußball (ugs.), berufen, nominieren, Bantu-sprache Ostafrikas, ein Marder, Abk.: Informati-onstechnologie, Fluss zum Rhein, auf einem religiösen Brauch beruhend, Feuerkröte, Summe der Lebensjahre, taktlos, grob, Schallumwandler (Kurzform), kleines Schub-, Zugfahrzeug, französischer Philosoph, ölhaltige Frucht, Papier- oder Plastikbeutel, unempfindlich, gefeilt, blutstillendes Mittel, ägyptischer Königsname, privates Ermittlungsbüro, Stauwerk; Schutzanlage, Frage-wort: Auf welche Art?, Schaft der Vogelfeder, Vorfahr, Staat in Südamerika, Freiheitsentzug, Haft, Sinnbild; Kennzeichen, ein Farbton, Heer; Heeresverband, Organ des Harnsystems, Plüschpullover, zustehende Menge, Quantum, Säuge-tier-ordnung, veraltet: Leinen, Vornamen d. Schauspielers Connelly, in kleine Bröckchen zerfallen, Europ. Weltraumorganisation (Abk.), Kfz-Zeichen Kreis Lippe, Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.), ägyptische Göttin, Kfz-Zeichen Celler, kontakt-freudig; unter-halt-sam, Hand-werk-beruf, ein Erdteil, schlang und geschmeidig, Land-streicher (engl.), poetisch: Irland

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. Clues: 2, 9, 4, 7, 8, 1, 3, 1, 6, 9, 3, 7, 5, 2, 8, 3, 9, 5, 4, 6, 6, 7, 6, 3, 5, 1, 9, 8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers 1-6. Clues: 1, 2, 3, 4, 5, 6

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Malerutensilien.

- 1 ungezwungen; nachlässig
2 kristallisches Mineral
3 langer Stock, Stab
4 protestantischer Geistlicher
5 rau und fast tonlos (Stimme)
6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen unverheirateten Mann.

- 1 Sohn; jüngerer Teilhaber, 2 belanglos, wenig, 3 enge Holzterrasse, 4 Ruhe, Schweigen, 5 altrömische Klageschrift

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of circles with numbers 1-5 and arrows indicating direction.

Heimatkreisgemeinschaften



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Betreuungsfahrt

Auch in diesem Jahr führte die Kreisgemeinschaft Johannsburg, auch im Rahmen der Bruderhilfe, eine Betreuungsfahrt in die Heimatgebiete durch.

Start war der 2. Oktober, so konnten bereits am Sonntag, 3. Oktober, erste Gespräche mit dem Deutschen Freundeskreis ROSCH geführt werden. Mehr als 100 hilfebedürftige Menschen der Deutschen Minderheit wurden betreut und mit hilfreichen Beiträgen bedacht.

schaffen. Alles unterstützt von den Freunden ROSCH!

Das Team der Kreisgemeinschaft mit Detlef Liedtke, Gerhard Boesler und Klaus Downar hatte einen vollen Terminplan. Gespräche beim Bürgermeister der Stadt und Landrat des Kreises mit wichtigen Themen konnten absolviert werden.

Ein Termin auf dem ehemaligen evangelischen Friedhof, heute ist an dieser Stelle ein Friedenspark, zu dem die Kreisgemeinschaft Johannsburg eingeladen hatte, konnte mit der evangelischen Kirche, der Denkmalschutzbehörde, dem Verein ROSCH und der Gemeinde wahrgenommen werden. Zum Team der Kreisgemeinschaft gesellten sich Manfred Solenski mit seiner Frau Irena, beide mit großer Sachkunde. Auch Herr Planeta von ROSCH mit seinen 90 Jahren war vor Ort, täglich betreut er die Friedenskapelle. Wichtige Aufgaben, die zur Erledigung anstehen, wurden besprochen und Kapelle, wie auch die

fragt. Ein Wegfall dieses Hilfevereins ist absolut nicht vorstellbar. Spenden sind willkommen.

Alle Gedenksteine in den Dörfern wurden kontrolliert und soweit nötig gesäubert, über eine Lösung wird nachgedacht und vorbereitet, wir werden im Heimatbrief darüber berichten. Bei dieser Rundfahrt gab es eine Begegnung mit zwei Wölfen, das war schon ein Erlebnis.

Pastor Pysz nahm sich wie immer für uns Zeit. In der Verwaltung seiner Behinderteneinrichtung konnten wir viel Neues erfahren. So muss sich Pysz um die ambulante Krankenpflege sorgen, Finanzmittel sind erst gekürzt worden und dann ganz weggefallen. Leiden müssen schwer erkrankte und behinderte Menschen. Was Pysz leistet, ist kaum messbar, jede Hilfe ist willkommen und wichtig.

Anlässlich eines Termines beim Pfarrer der Fachwerkkirche konnten wir den restaurierten Taufengel sehen, ein beeindruckendes Werk. Leider ist der Engel

verbergen. Bemerkenswert war die Tatsache, dass Pfarrer Kalinowski für die geplanten Ehrungen „seinen“ Altar frei gab.

Unter dem Taufengel wurden Bürgermeister, Landrat und beide Geistliche mit Ehrenzeichen und Ehrenspangen verdient geehrt. Die Kirche war zum Ende fast überfüllt. Zum Abschluss gab es bei einem Umtrunk aufschlussreiche und auch freundschaftliche Gespräche. Am Montag, 11. Oktober, wurde die Rückfahrt angetreten.

Klaus Downar



Mohrungen

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Geschäftsstelle: Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Kreisausschuss- und Kreistagsitzung

Vor unserem diesjährigen Mohrungen Kreistreffen tagte am 18. September der Kreisausschuss und der Kreistag. Schriftliche Einladungen erfolgten termingemäß. Die Tagesordnungspunkte wurden ordnungsgemäß behandelt. Der Schatzmeister Frank Panke und der Vorstand wurden für das Geschäftsjahr 2020 entlastet, da die Kassenprüfung vorher ohne Beanstandungen durchgeführt wurde.

Die Vorstands-Mitglieder berichteten über die Vereinsarbeit. Die Kreisvertreterin teilte mit, dass sie die Bruderhilfegelder für dieses Jahr in Mohrungen und der Umgebung an hilfsbedürftige Landsleute ausgezahlt hat. Unterstützt wurde sie von der Betreuerin der Mohrungen Stuben, Irena Ruscin. Über die finanzielle Unterstützung freuten und bedankten sich die Empfänger ganz herzlich. Es gab auch nette und intensive Gespräche. Sie berichteten über ihr Leben in der schwierigen und anstrengenden Coronazeit.

Mohrungen Kreistreffen

Unter Berücksichtigung der vorgegebenen Corona-Auflagen fand unser diesjähriges Kreistreffen am 18. September statt, mit Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin und Eröffnung der Ausstellung „Erinnerungen an unvergessene Orte im Kreis Mohrungen“ durch Josephina Strößner. Die Teilnehmer fanden die Ausstellung sehr interessant, und es gab bereits die ersten guten Kontakte. Danach ging es zum Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumenniederlegung. Am Abend dann ein sehr gemütliches Beisammensein mit Musik und kulturellen Einlagen.

Die Feierstunde am Sonntag wurde mit Glockengeläut aus dem Königsberger Dom eröffnet. Die Teilnehmer sangen „Land der dunklen Wälder“, die musikalisch von Strößner mit ihrer Querflöte begleitet wurden. Die Kreisvertreterin las das übermittelte Grußwort des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, vor sowie weitere Grüße



Nach der Tagung: Mitglieder des Kreistags

Foto: Ingrid Tkacz

zum diesjährigen Treffen. Geistliches Wort und die Totenehrung sprach Pfarrer i.R. G.E. Friede Kolakowski. Ganz hervorragend und sehr bewegend war der Vortrag von Christopher Spatz zu seinem Buch: „Heimatlos – Das Lager Friedland – ein ostpreußischer Schicksalsort in Niedersachsen“.

„Heimatlos“

Mythos Friedland – nirgends lagen Freud und Leid nach dem Krieg so nahe beieinander wie in jenem kleinen Ort bei Göttingen. Bei Friedland querten Millionen Menschen die innerdeutsche Grenze und durchliefen das niedersächsische Grenzdurchgangslager. Unter großer Anteilnahme wurden hier nach Bundeskanzler Adenauers Moskareise 1955 die letzten Kriegsgefangenen empfangen. Bald darauf folgten die Aussiedler, unter ihnen waren viele Familien aus dem südlichen Teil Ostpreußens. Das Lager bedeutete für alle Eintreffenden ein Durchatmen, aber auch Abschied und Endgültigkeit. Was bedeutet es, entwurzelt zu werden? Wie erlebt und empfindet man das Ankommen in einem neuen System? Spatz erzählt in seiner Festrede in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie von dem entscheidenden Moment des Weltenwechsels und den Facetten der Heimatlosigkeit. Zahlreiche Aufnahmen des 1919 in Masuren geborenen Fotoreporters Fritz Paul, viele davon bislang unveröffentlicht, bieten seltene Einblicke auf die Vertriebenen, Zivilverschleppten, Heimkehrer und Aussiedler der 1950er-Jahre.

Zum Autoren: Christopher Spatz wurde 1982 in Bremen geboren, promovierte 2015 an der Berliner Humboldt-Universität zur Identität der ostpreußischen Wolfskinder. Spatz hat für die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung gearbeitet und die erfolgreiche Kampagne der Gesellschaft für bedrohte Völker zur Entschädigung der Wolfskinder wissenschaftlich begleitet. Für sein Wirken wurde ihm 2019 der Ostpreußische Kulturpreis in der Sparte Wissenschaft verliehen. Sein Großvater stammt aus Gubiten, Kreis Mohrungen.

Ehrung

Ingrid Lansdorf wurde für ihre langjährige Arbeit und Betreuung des Archivs in Gießen und in besonderer Würdigung der Verdienste für die Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. das „Ehrenzeichen in Silber“ verliehen. Leider konnte sie aus gesundheitlichen Gründen die Ehrenurkunde und das Ehrenzeichen nicht persönlich entgegennehmen. Nach vorheriger Absprache wurde es ihr zugeschickt mit besten Genesungswünschen!

Nach den Schlussworten der Kreisvertreterin sangen alle gemeinsam die dritte Strophe des Deutschland Liedes. Die Mitgliederversammlung fand nach dem gemeinsamen Mittagessen statt.

Bitte Termin vormerken: Nächstes Heimatkreistreffen findet am 17. und 18. September 2022 wieder in Bad Nenndorf, im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, statt.

Ingrid Tkacz



Ökumene dank Gemeinschaft: Pastor Pysz und Pfarrer Kalinowski gemeinsam am Altar Foto: Detlef Liedtke

Da die Bruderhilfe zeitgemäß schwächelt, wurden die verfügbaren Mittel durch die Kreisgemeinschaft Johannsburg erheblich aufgestockt. Dies war auch möglich, da die Betreuung durch einen großzügigen Spender gestützt wurde. Dankbar zeigten sich die Empfänger der Hilfe, und eine große Freude über die Lebenserleichterungen war deutlich erkennbar. Ein großer Karton mit wichtigen Medikamenten konnte bereitgestellt werden.

Wegen Krankheit und Lebensalter mussten viele der Menschen zur Hilfeübergabe auf den Dörfern besucht werden, so waren drei Tage knapp bemessen, um alles zu

Friedhofsfläche begutachtet und alles dokumentiert. Die evangelische Kirche zeigt Interesse, die Fläche in dauerhafte Nutzung zu übernehmen und als evangelische Begräbnisstätte wieder einzurichten. Die Kreisgemeinschaft unterstützt dieses Vorhaben.

Es stand eine Vorstandssitzung beim Deutschen Freundeskreis ROSCH an, Themen der Zukunftsplanung und Sicherung der Existenzbasis standen auf der Tagesordnung. Gerade waren sechs Tonnen Kleidung angeliefert worden, sozialschwache und hilfsbedürftige Menschen nehmen dafür Wartezeiten in Kauf. Winterkleidung, besonders für Kinder ist sehr ge-

„konvertiert“, hängt aber an alter Stelle und wird wohl manchem Täufling das Wasser des Lebens spenden. So wie Pysz der evangelischen Kirche, ist Pfarrer Kalinowski Hüter der Gemeinsamkeiten aller Menschen in Johannsburg, aktiv und zugänglich.

Unser Besuch am Spirdingsee dehnte sich aus nach Gutten, bei Uwe Schütze, der gerne in seinem Hotel deutsche Gäste beherbergt und viele Unterlagen aus seinem Umkreis über frühere Bewohner hat, gerne in der Ahnenforschung hilft. Ein Besuch der Friedhöfe, Gedanken an der Grabanlage Mira Kreska, Gesteck Niederlegung am Grab von Klaus Knipping, in Arys bei Sigmund Freitag. Dort trafen wir mit Frau Freitag und dem Bruder von Sigmund zusammen. Unser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Abschluss unserer Betreuungsfahrt war am Sonntagabend, der von unserer Kreisgemeinschaft Johannsburg organisierte, ökumenische Gottesdienst in der Fachwerkkirche St. Johannes der Täufer in Johannsburg. Ein Novum in der Geschichte dieser Kirche, eigentlich, so beide Vertreter der Gemeinden, unmöglich. Beide geistliche Herren hatten aber nach eigenen Angaben nur wegen unserer Kreisgemeinschaft zugestimmt. Der Gottesdienst war von Pastor Pysz und Pfarrer Kalinowski im Sinne einer christlichen Gemeinschaft ausgestaltet und eine gewisse Harmonie war nicht zu



Schwebt über dem Geschehen: Taufengel

Foto: Detlef Liedtke

ANZEIGEN

In Liebe und Dankbarkeit nehme ich Abschied von meiner Ehefrau, die nach langer Krankheit nun von ihrem Leiden erlöst ist.

Brigitte Heynemann

geb. Schortz

* 10. 11. 1930 † 15. 10. 2021

In stiller Trauer

Carl Heynemann

im Namen aller Angehörigen

Die Trauerfeier findet im engsten Kreis auf dem Friedhof in Taufkirchen statt.



Als Gott sah, dass der Weg zu lang,
der Hügel zu steil und das Atmen zu schwer wurde,
legte er den Arm um dich und sprach: „Komm Heim“.

Georg Scharfenort

* 7. 8. 1931 † 10. 10. 2021

Salza, Kreis Sensburg Hagen

Wir nehmen Abschied voller Dankbarkeit
Bernhard Scharfenort
Hans Scharfenort
Karin Nawrath geb. Scharfenort
sowie alle Angehörigen

Traueranschrift: Bernhard Scharfenort,
c/o Bestattungen Hoppmann, Hügelstraße 52, 58099 Hagen

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung fand am 22. Oktober 2021 statt.

SEMINAR IN HELMSTEDT

„Stationen der ostpreußischen Geschichte“

Die Traditionsveranstaltung konnte nach einer Corona-Zwangspause wieder in Präsenz stattfinden

VON ANDREAS GALENSKI

Statt der üblichen 40 bis 50 Teilnehmer konnte Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. (LO), bei dem Geschichtsseminar vom 24. bis 26. September in Helmstedt nur 30 Teilnehmer begrüßen. Verantwortlich waren Corona-bedingte Auflagen durch die Politische Bildungsstätte Helmstedt, in der seit 2016 die Seminare der LO stattfinden. Nach zwei Jahren Corona-Pause waren Teilnehmer wie Seminarleitung gleichwohl glücklich, erstmalig wieder in Präsenz tagen zu können.

Das Geschichtsseminar, das eigentlich den Namen „Stationen der ostpreußischen Geschichte“ trägt, ist eine Traditionsveranstaltung. Warum das Seminar ein Erfolgsformat ist und Teilnehmer aus allen Regionen der Bundesrepublik anzieht, soll später erörtert werden.

Nach kurzer Begrüßung und Einführung durch den Seminarleiter sowie der obligatorischen Vorstellungsrunde stand das Abendprogramm unter dem Titel „Der Auspuff spricht mit mir und andere (fast nur) wahre Geschichten – zweimal um die Erde...und immer nur bis Königsberg“. Gerhard Raßner, verheiratet mit einer Königsbergerin, nutzte die Lockdownzeit, um kurze, humorvolle Geschichten aus seinen über 30 Reisen in die Pregelstadt niederzuschreiben. Die Begebenheit mit dem Auspuff findet sich wenig überraschend im Kapitel Pannen und Unfälle. Die Anspielung auf die Erdumrundungen soll einen Eindruck über die per Bahn, PKW und Schiff bewältigte Strecke verdeutlichen, die immer nur ein Ziel hatte, die ehemalige königliche Haupt- und Residenzstadt in Preußen.

Kurzgeschichten dank Lockdowns

Einigen Teilnehmern war der Autor der heiteren Kurzgeschichten auch als Dokumentarfilmer bekannt, denn beim Geschichtsseminar 2018 präsentierte Raßner seinen Film über den Wiederaufbau des Königsberger Domes.

Der erste Referent am Sonnabend stellte sich als exzellenter Reiseleiter heraus. Jörg Petzold, ein ausgewiesener Spezialist für ostpreußische Kleinbahnen, es gab deren 18, mit einem Streckennetz von über 900 Kilometern, hatte die Reiseroute erarbeitet. Die imaginäre Reise erfolgte nach dem Sommerfahrplan von 1938. Damals wurden schon einige Streckenverbindungen eingeschränkt oder durch Omnibusse ersetzt, was die Reiseplanung zu einer Herausforderung machte. Die Reise begann in Kaukehnen und ging über Alt Sköpen, Skaisgirren, Reckeitschen, Insterburg, Schwirbeln, Warnascheln, Skandlack bis Sensburg. Dabei zeigte Petzold von den für mich als Ermländer teilweise exotisch klingenden Orten seltenes Bildmaterial.

Jörg Petzold beschäftigt sich schon 30 Jahre mit den ostpreußischen Kleinbahnen, die eine wichtige Rolle in der Erschließung des ländlichen Raumes in Ostpreußen spielten. Dabei stand in erster Linie nicht die Personenbeförderung, sondern der Güterverkehr, um zum Beispiel den Transport zu und von den Zucker- oder Zellstofffabriken zu gewährleisten, im Mittelpunkt. Petzold ist auch Mitautor des zweibändigen Standardwerkes „Ostpreußen und seine Verkehrswege“. Sein nächstes Buch soll eine Dokumentation über die Kleinbahnen in Westpreußen umfassen.

Der folgende Vortrag von Lars Fernkorn, Student für Geschichte und Osteuropaforschungen an der Universität Hamburg, hieß „Ostpreußen – ein kleiner Ritt



Die Referenten: (v. l.) Margund Hinz, Lars Fernkorn, Gabriela Blank, Gerhard Raßner, Sebastian Husen, Mareike Schönle. Es fehlen Günter H. Hertel und Jörg Petzold

durch die Geschichte“. Es war kein gemütlicher Ritt, denn der jüngste Referent eilte im forschenden Galopp von einem Ereignis zum nächsten. Angefangen von den Prußen und der Hinrichtung des Bischofs Adalbert, zum Deutschen Orden, der Gründung von Königsberg durch König Ottokar II. von Böhmen, die Umstände der Schlacht von Tannenberg, Hochmeister Albrecht, der Errichtung des ersten protestantischen Staates der Welt und weitere Schlaglichter der Geschichte bis zur Flucht und Vertreibung wurden thematisiert. Trotz der Fülle geschichtsträchtiger Ereignisse war der Vortrag gut strukturiert, und die einzelnen historischen Begebenheiten waren aufeinander aufbauend und gekonnt verknüpft.

Den Nachmittag läutete Günter H. Hertel, Professor für Verkehrstechnik und Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit, mit dem Thema „Die Barockkirche Alt Lappienen – ein Kleinod der Architektur- und Kulturlandschaft Elchniederung“ ein. Der achteckige Kirchenbau im byzantinischen Stil aus der Zeit von 1675-1703 ist ein Werk von Philipp de la Chièza, dem Generalbaumeister des Großen Kurfürsten.

Auf Spurensuche zur Barockkirche in Alt Lappienen

Heute ist der architektonisch herausragende Bau eine Ruine und ein Domizil der Weißstörche. Im Jahr 1959 war das schon stark verfallene Gotteshaus noch ein Getreidespeicher der örtlichen Kolchose bis schließlich 1975 der Blitz einschlug und die Kirche bis auf die Grundmauern niederbrannte, die anschließenden Plünderungen und die Witterung gaben dem Gebäude den Rest. Da Archiv- und Bildmaterial zu der Kirche nur spärlich vorhanden ist, glichen die Ausführungen von Professor Hertel einem kriminalistischen Fall.

Beginnend mit der Suche nach dem Vorbild für den ungewöhnlichen Grundriss, über Nachforschungen zum Klangbild der Orgel bis zur Ausführung der Wetterfahne durch einen örtlichen Schmied – alles musste akribisch ermittelt werden. Der Fall Alt Lappienen – um in der kriminalistischen Sprache zu bleiben – ist noch nicht abgeschlossen. Ein Wiederaufbau der Kirche ist unrealistisch, es fehlt an Geld und an einer evangelischen Gemeinde. Jedoch arbeitet Hertel mit Hochdruck an einer digitalen Visualisierung des Gotteshauses. Der Besucher betritt dann die Kirche, schlendert über den bunten Mosaikboden und lässt den Raum mit seiner bunten Verglasung auf sich wirken, während er dem Klang der Mosengel-Orgel lauscht. Die virtuelle Auferstehung der Kirche wird Realität werden, so das Versprechen von Hertel.

Ein Zeitzeugenprojekt

Die Germanistin Gabriela Blank ist nicht nur für die gute Regionalpartnerschaft des Bezirks Mittelfranken mit der Woiwodschaft Pommern zuständig, sondern arbeitet seit Jahren an Forschungsprojekten des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen mit Zeitzeugen. Dabei interviewte sie für das Projekt „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945“ zahlreiche Zeitzeugen. Diese schilderten ihre persönlichen Erlebnisse bei Kriegsende: Verschleppung nach Russland, Zwangsarbeit bei Polen, erzwungene Wohnungswechsel, Druck zur Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit, Verbot der deutschen Sprache.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einer reich illustrierten, zweisprachigen Broschüre vom Kulturzentrum Ostpreußen veröffentlicht worden. In „Neue Nachbarn“ kann man auch hinein-

hören, denn die 15 vorgestellten Personen kommen auf den beiliegenden zweisprachigen CDs zu Wort.

Der Filmabend ist Tradition

Der traditionelle Filmabend begann um 20 Uhr. Gezeigt wurde der Film „Flucht aus Goldap. Das Schicksal einer ostpreußischen Familie“. Der vom Patenschaftsmuseum Goldap in Stade produzierte Film stellt eindrucksvoll die Flucht von Gerda Braumann, geb. Dadrat, von Goldap nach Esteburgen im Alten Land bei Hamburg dar. Gebannt verfolgten alle Zuschauer das beeindruckende Zeitdokument. Der Filmabend endete mit einem gemütlichen Beisammensein und Gesprächen über Eindrücke des vergangenen Tages und über unsere Heimat Ostpreußen, und das alles unter Einhaltung der 3-G-Regeln: gebräut – gekostet – getrunken!

Den Wahlsonntag eröffnete Margund Hinz. Sie ist Ostpreußenkennern durch ihre 2005 erschienene Geschichte des Sprachheilwesens in Ostpreußen bekannt. Sie stellte ihre Doktorarbeit „Das höhere Schulwesen der Stadt Königsberg in Preußen von 1800 bis 1915“ vor. Beginnend mit Wilhelm von Humboldt und seinem Königsberger Schulplan bis zum Reformgymnasium nach dem Frankfurter Lehrplan und der Verbindung der Universität Königsberg zur Universität in Dorpat wurden die Strukturen des Schulwesens beleuchtet. Ausführlich porträtierte die Referentin einzelne Schulgründungen, allen voran das Friedrichs-Kollegium, das jahrzehntelang den Rang einer Musterschule mit Vorbildcharakter für ganz Preußen besaß.

Die Historikerin und Ausstellungskuratorin Mareike Schönle, die über das Thema „Alltagskultur in Königsberg um 1900 promoviert“, beschloss die Vortragsreihe mit einem Beitrag über Wilhelm Voigt aus Til-

sit, besser bekannt als Hauptmann von Köpenick. Aufgewachsen in bescheidenen Verhältnissen, geriet der spätere „Held“ der Köpenickiade auf die schiefe Bahn und verbrachte fast das halbe Leben in Zuchthäusern und Gefängnissen.

Der Köpenicker Streich wurde auch drei Mal verfilmt, das erste Mal 1931 unter der Regie von Richard Oswald und mit Max Adalbert in der Titelrolle. Voigt siedelte nach seiner teils erlassenen Gefängnisstrafe nach Luxemburg über, von wo er seine kommerziellen Auftritte als Hauptmann von Köpenick plante. Er hatte sogar Autogrammkarten, die er mit „Wilhelm Voigt, Hauptmann a.D. von Köpenick“ signierte. Voigt starb 1922 in ärmlichen Verhältnissen und wurde auf dem Liebfrauenfriedhof in Luxemburg bestattet. Drei Filme, ein profunder Vortrag und zahlreiche Bücher lassen keine Frage zur Wilhelm Voigt offen.

Unbeantwortet ist aber noch die Frage, was jeden Herbst die Geschichtsinteressierten nach Helmstedt treibt. Ist es die schöne Lage der Bildungsstätte am Lappwald, das schmackhafte Essen, die interessierten Teilnehmer oder die vielfältigen Vorträge? Vermutlich macht es die Mischung aus allem, gewürzt mit der Begeisterung für Ostpreußen, welche die Teilnehmer und Referenten verbindet und nach drei Tagen zu einer ostpreußischen Gemeinschaft werden lässt.

Das Seminar wurde mit den Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gefördert.

Das nächste Geschichtsseminar der LO wird vom 23. bis zum 25. September 2022 in Helmstedt stattfinden.

• **Andreas Galenski** ist Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V.

80. TODESTAG

Heinersdorff und die Kirche in Behrenhoff

Mittelalterliche Wandmalereien und Glaskunst aus dem 20. Jahrhundert in einer der ältesten Kirchen Pommerns

VON MARTIN STOLZENAU

Behrenhoff in der Nähe der Kleinstadt Gützkow unweit von Greifswald in Vorpommern bekam ab dem 13. Jahrhundert in mehreren Bauschritten eine recht repräsentative Kirche. Sie gehörte damit einst zu den ersten 150 Sakralbauten in ganz Pommern, zählt heute zu den ältesten erhaltenen Kirchen in ganz Mecklenburg-Vorpommern und beeindruckt außer durch ihre äußere Gestalt auch durch ihre Innenausstattung.

Deren Besonderheiten reichen von ungewöhnlichen Chor-Wandgemälden, die für ganz Norddeutschland einmalig sind, über treffliche Glasmalereien von Gottfried Heinersdorff, eine Altartafel, die Kanzel, den Taufstein aus dem 13. Jahrhundert und Schnitzfiguren bis zur Orgel auf der Westempore. Nach langer baulicher Vernachlässigung, die zu einem bedenklichen Zustand führte, kam es ab 2013 mit Unterstützung der Deutschen Stiftung Denkmalschutz in mehreren Schritten zu einer umfassenden Restaurierung der kunsthistorisch besonders wertvollen Dorfkirche von Behrenhoff im Gützkower Kirchsprengel.

Im Inneren: Mittelalter trifft bedeutende Glaskunst

Am 10. Dezember 2017 erfolgte dann die Weihe des sanierten Baus. Er erstrahlt jetzt im neuen Glanz, ist wieder voll nutzbar und zieht mit seinen Besonderheiten auch Touristen an. Als besondere Attraktionen gelten dabei die mittelalterlichen Wandmalereien und die Werke der Glaskunst von Gottfried Heinersdorff, dem einst bekannten Reformator der deutschen Glasmalkunst, der am 24. Oktober seinen 80. Todestag hatte.

Am Anfang der Behrenhoffer Geschichte stand die Adelsfamilie von Behr, die aus dem Herrschaftsgebiet der Welfen um Braunschweig etwa 1230 eingewandert war und von den Pommernherzögen



Die Chor-Nordwand der Kirche Behrenhoff: Glasmalerei im Chor 1907 bis 1909 von Gottfried Heinersdorff aus Berlin. Die Wandmalereien stammen aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis Anfang des 14. Jahrhunderts

gefördert wurde. Sie bekam die Gützkower Grafen als Lehnsherren, konkurrierte bald mit ihnen und zeigte das auch beim Kirchenbau. Ihre Hauskirche in Behrenhoff sollte der fast parallel entstehenden Kirche in Gützkow nicht nachstehen. Zunächst entstand aus einem Granitmauerwerk der Chor.

Es folgte das Langhaus in der Form einer dreischiffigen Basilika. Jüngste dendrologische Untersuchungen des Daches lassen auf dessen Fertigstellung um 1415 schließen. Parallel wurde die Nord- und Südwand des Chores ausgemalt.

Im „Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler für Mecklenburg-Vorpommern“ ist die Wandmalerei auf Anfang des

14. Jahrhunderts datiert. Es gibt aber auch Kunstwissenschaftler, die diese Arbeiten auf die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts und auf die Zeit um 1300 legen. Sie waren aber über Jahrhunderte übermalt, wurden erst 1897 „fragmentarisch freigelegt“ und anschließend bis 1899 restauriert. Sie gelten inzwischen kunsthistorisch neben den vergleichbaren Wandmalereien in Ziesar als Bilderbuch des Glaubens und norddeutsche Einmaligkeit.

An der Nordwand des Chores werden die Höllenqualen dargestellt: „Ein Dämon zerrt eine Schar Verdammter durch ein zinnenbewehrtes Tor. Unter ihnen ein König, ein Bischof und zwei Mönche. Links davon Folterszenen: Ein kniend um

Gnade Flehender wird von einem Teufel traktiert. Daneben muss ein Mann auf einem glühenden Amboss sitzen, auf der Schulter ein heißes Hufeisen. Eine Frau, die Wasser aus einem Fass schöpft, wird durch eine Hängevorrichtung am Trinken gehindert, während ein Teufel ihr siedende Flüssigkeit über den Kopf gießt. Ganz links ist der gewaltige Höllenrachen in Gestalt eines Mauls mit Reißzähnen, in den mehrere Sünder stürzen, raumgreifend in Szene gesetzt.“ So wurden die Gläubigen im Mittelalter auf die Höllenqualen nach Verfehlungen hingewiesen.

Beachtlich für damalige Verhältnisse war, dass auch der Adel und Klerus davon nicht ausgenommen wurden. In den Wandmalereien gibt es auch einen Bereich für die Darstellung der Apostel und einen Fries mit den Familienwappen der Herzöge von Pommern, der Grafen von Gützkow und der Familie von Behr, die das Patronat über Dorf und Kirche besaßen. Zwischen den Wandmalereien, deren Schöpfer unbekannt ist, bricht durch die bunten Glasfenster das Licht in den Raum. Die ebenfalls eindrucksvolle Glasmalkunst stammt von dem bereits erwähnten Heinersdorff.

Wenige seiner Kunstwerke in Deutschland erhalten

Dieser Künstler wurde am 9. März 1883 in Berlin geboren. Sein Vater unterhielt eine Hofbuchhandlung, einen Verlag und eine Glaskunstwerkstatt und war erfolgreich im Kunsthandel tätig. Sohn Gottfried wurde früh mit der Glaskunst vertraut und musste schon mit 17 Jahren nach dem Tod des Vaters dessen Geschäfte übernehmen. Er erschloss sich die Glasmaltechnik der Gotik, gehörte zu den Wegbereitern der Reformbewegung im Deutschen Werkbund und pflegte dabei engen Kontakt zu Gesinnungsfreunden wie Henry van de Velde, Bruno Taut und Karl Ernst Osthaus.

Heinersdorff sorgte nach einem Entwurf Max Pechsteins für die Glaskunst-

fenster im neuen Jugendstil-Rathaus im sächsischen Eibenstock, förderte expressionistische Künstler und galt vor und nach dem Ersten Weltkrieg als „einer der besten und innovativsten Glaskünstler Deutschlands“, dessen „Kunstanstalt für Glasmalerei, Bleiverglasungen und Glasmosaik“ Großaufträge aus allen deutschen Regionen erfüllte. Mittendrin der Auftrag aus Behrenhoff, wo er zwischen 1907 und 1909 seine Glaskunst installierte.

Heinersdorff schuf auch „Münchener Fenster“ für Kansas City

Die Darstellungen reichen vom Wappen der Familie von Behr über den „aus dem Grab steigenden Jesus Christus“ bis zur Geburt Jesu. 1913 folgte das bekannte „Münchener Fenster“ für Kansas City in den USA und 1931 die Darstellung der Taufe Jesu für die Stadtkirche in Neustrelitz. Seine Arbeit boomte, ermöglichte ihm ein umfangreiches Mäzenatentum und erlebte mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ein bitteres Ende.

Er wurde zum „Halbjuden“ erklärt, verlor alle Gewerbe-Zulassungen und konnte sich ins Exil nach Frankreich absetzen, wo er nach Einmarsch der Wehrmacht in die Dordogne flüchtete und dort am 24. Oktober 1941 an Krebs verstarb.

Fast allen Arbeiten der Glasmalkunst und die Glasmosaik von seiner Hand fielen dem Zweiten Weltkrieg zum Opfer. Deshalb gelten heute die wenigen erhaltenen Glaskunstschöpfungen wie die in der Dorfkirche von Behrenhoff für Kunstfreunde als Attraktionen. Zusammen mit den mittelalterlichen Wandmalereien erhöhen sie nach der gründlichen Sanierung die Anziehungskraft der Dorfkirche in Vorpommern.

Heinersdorff wurden in den letzten Jahren zahlreiche Ausstellungen, Dissertationen und kunstwissenschaftliche Schriften gewidmet. Dazu wurde die Dorfkirche von Behrenhoff mit ihren Besonderheiten durch Christiane Schilling in der Zeitschrift „Monumente“ der DSD vorgestellt.

HINTERPOMMERN

Ein preußischer General erbaute einst Moritzfelde

Der Madüsee, beliebtes Ausflugsziel – einst und heute

Still ruht der Madüsee. Der Herbst hat auch am Miedwie, wie Pommerns zweitgrößter See in Polen genannt wird, Einzug gehalten. An einem Anleger in Moritzfelde [Morzyczyn] sind nur noch wenige Segelboote vertäut. Die futuristisch anmutende Freilichttheaterbühne ist verwaist. Dennoch lädt die zwei Kilometer lange Promenade am Nordufer des 16 Kilometer langen und trotz seiner ausgedehnten Flachwasserpartien immerhin 46 Meter tiefen Sees zum Spaziergehen und Verweilen ein.

Ziehende Kraniche und Wildgänse sorgen zusätzlich für eine wunderbare Herbststimmung. Das war auch früher so, wie sich alte Stettiner und Stargarder gern erinnern. Der Madüsee, Moritzfelde zumal, war für die Bewohner beider Städte ein Ausflugsmagnet mit außerordentlicher Anziehungskraft. Das hat sich keineswegs geändert.

Campingplätze, Badestellen, Anlegestege für Segler und Surfer, Gaststätten, Sport- und Kinderspielplätze ermöglichen auch heute eine mannigfaltige Freizeitgestaltung. Naturbeobachter kommen ebenfalls auf ihre Kosten. Der See dient

zudem als Trinkwasserspeicher für die Stadt Stettin.

See und Moritzfelde sind von Stettin und Stargard aus günstig zu erreichen. Ortsunkundige rauschen allerdings häufig auf der neuen Schnellstraße Nummer 10 (Stettin-Stargard und weiter) an dem

Ausflugsort vorbei, weil sie die Abfahrt bei Kublank [Kubylanka] verpassen.

Maränenessen, früher wie heute am Madüsee ein Muss

Namensstifter für Moritzfelde war der preußische Generalmajor Moritz von An-

halt-Dessau, der von 1751 bis 1753 im Auftrag Friedrich des Großen den Aufbau des Dorfes leitete. Angesiedelt wurden zunächst 24 Kolonisten, wie man weiß, hauptsächlich aus dem Posener Land und Schwedisch-Vorpommern stammend.

Zum neuen Dorf gehörte sogleich eine Schule. Die Einwohnerzahl kletterte im Laufe der Zeit auf einige Hundert, vor allem, nachdem gut betuchte Stettiner und Stargarder Bürger den Landstreifen zwischen Nordufer und Straße erwarben, um ihre Anwesen, aber auch Hotels, Cafés und Restaurants zu errichten, was Moritzfeldes Aufstieg zum Ausflugsort begründete. So zahlte wie an stillen Herbsttagen zeigt sich der Madüsee, der nicht nur wegen seiner Größe, sondern Fischessern für seine Maränen ein Begriff ist, nicht immer. Süd- oder Nordstürme können sein Wasser heftig in Bewegung bringen. Der See zeigt seine Zähne, heißt es dann. Das mag auch den Architekten des Freilichttheaters inspiriert haben, das Bauwerk einer Woge gleich zu konzipieren. Es ähnelt allerdings auch einem Schutzschirm vor den anrollenden Wellen.



Der Herbst hat am Madüsee Einzug gehalten: So still und friedlich ist der See – hier mit der Freilichtbühne – aber nicht immer

Foto: Engel

AUSSTELLUNG

Stilleben von Ernst Schroeder

Bis zum 2. Januar 2022 ist im Pommerischen Landesmuseums in Greifswald die Ausstellung „Von der Einfachheit der Dinge“ zu sehen, die mit 30 ausgewählten Zeichnungen, Tuschen und Aquarellen einen kleinen Ausschnitt aus dem grafischen Schaffen Ernst Schroeders (1928–1989) vorstellt. Sie belegen, welchen starken Einfluss die Kindheits- und Jugendjahre in Stettin, Swinemünde und Bansin auf das Schaffen des Künstlers hatten. Zu seinen Lieblingsmotiven gehörten stille menschenleere Fischerorte, der Fensterausblick, Reusen und Netze, Stilleben mit Gläsern, Kannen, Fischereiwerkzeug und zahlreiches Meeresgatter, vor allem der gefangene, an Land gebrachte Fisch. In Schroeders Zeichnungen finden man fern jeder Artistik und Virtuosität in eine konzentrierte und überzeugende Formsprache übersetzt seine Würdigung für die einfachen Dinge des Lebens. „Dieser Künstler hat nach einer Zeit der Barbarei und der Vernichtungskriege anhand klarer und einfacher Motive die Kostbarkeit des Lebens gezeigt und nicht ohne zweifelnde Melancholie gefeiert“ (Matthias Flüge, 2015). PAZ

Karl-Heinz Engel

„Zustände ‚innerer gesellschaftlicher Anarchie‘“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Wie üblich ein zu 100 Prozent zutreffender und wahrer Artikel.

Sehr erfrischend sind Ihre Wochenrückblicke – wie immer“

Chester Dick, Speyer

zum Wochenrückblick: Kein Problem (Nr. 41)



Ausgabe Nr. 41

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

SINNLOSER WAHLZIRKUS ZU: KEIN PROBLEM (NR. 41)

Und wieder einmal: Vielen Dank für Ihren Wochenrückblick! Eigentlich müsste er im „Spiegel“ oder in der „FAZ“ oder, oder, und, und stehen. Aber in diesem Land, in dem nur noch die Massenverblödung im Dienste einer verantwortungslosen Politik als höchste journalistische Leistung anerkannt wird, ist das freilich nicht mehr möglich.

Wer hätte vor Jahren eine solche verhängnisvolle Entwicklung in diesem Land, das doch nach dem Krieg eine so vorbildliche ökonomische und politische Struktur aufgebaut hatte, für möglich gehalten? Wohl keiner! Und doch ist es passiert. In knapp zwei Jahrzehnten sind diese Errungenschaften, unter der maßgeblichen Führung einer früheren FDJ-Sekretärin, auf dem Müllhaufen der Geschichte zugunsten einer grün-roten Gesellschaft gelandet.

Und deshalb brauchen wir auch keinen „Wahlzirkus“ mehr, denn – wie im diesjährigen September getestet – die Ergebnisse stehen ja bereits vorher fest. Das hat doch prima geklappt und wird in Zukunft noch viel besser funktionieren.

Manfred Kristen, Freital

DIFFERENZIERTER DENKER ZU: WENN DAS DIFFERENZIEREN ZUM WAGNIS WIRD (NR. 40)

Der deutsche Historiker Rainer F. Schmidt versucht in seinem Buch „Kaiserdämmerung“ eine differenzierte Analyse unter anderem auch zur Kriegsschuldfrage am Ersten Weltkrieg vorzulegen, wie es auch 2013 der Australier Christopher Clark in „Die Schlafwandler“ versucht hat.

Kein Geringerer als der frühere langjährige Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nachum Goldmann, hat bereits 1915 hierzu zweifelsfrei und eindeutig Stellung genommen. Auf höchstem intellektuellem Niveau zerschmetterte er in seiner 1915 von der Deutschen Verlags-Anstalt veröffentlichten 42-seitigen Stu-

die „Der Geist des Militarismus“ die alliierte These von der alleinigen deutschen Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg.

Er weist die Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges ausschließlich den Alliierten zu: „Die Parole, die in diesem Kriege von den Gegnern Deutschlands – und sie sind es ja gewesen, die ihn verursacht haben – ausgegeben worden ist, heißt: Kampf gegen den Militarismus.“ Die proklamierte alliierte Leitidee habe gelaunet: Die westeuropäische Zivilisation kämpft gegen den preußischen Militarismus, gegen den Potsdamer Geist.

Weiter führt Goldmann aus: „Es wäre absurd, dem deutschen Volke einen besonders kriegerischen Geist zuzusprechen; wenn ein europäisches Volk diese Bezeichnung überhaupt verdient, so ist es gewiss das französische.“ Und weiter: „Wie England der politische Urheber dieses Krieges ist, so steht es auch geistig an der Spitze des Vernichtungskampfes gegen den deutschen Geist.“

Frankreich, so Goldmann, habe sich geistig ebenso ins Schlepptau Englands begeben, wie es dies politisch durch die Entente Cordiale getan hat. „Das Ergebnis – England hat den Krieg gegen Deutschland herbeigeführt, weil es im friedlichen Wettstreit von Tag zu Tag immer mehr der deutschen Konkurrenz weichen musste.“

Ferner schreibt er: „Auch Frankreich hat sich die antimilitaristische Parole zu eigen gemacht; es behauptet, nicht nur um Elsass-Lothringen willen in diesen Krieg gegangen zu sein, vielmehr auch seinerseits in der Vernichtung des Militarismus das letzte und höchste Ziel zu erblicken. Kaum ein Volk in Europa hat so viele Kriege entfesselt, so viele Angriffskriege geführt, wie das französische.“

Bereits 1915 sah Goldmann in seiner Studie die kommende Zerstörung der alten europäischen Ordnung voraus. Die kommende neue Ordnung, so Goldmann, müsse den Krieg beseitigen. Die neue Ordnung müsse auch die soziale Frage besser lösen, sonst drohten Zustände „innerer gesellschaftlicher Anarchie“.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

EIN UNGELIEBTES KIND ZU: OSTPREUSSEN EIN „STIEFKIND“? (NR. 41)

Es ehrt den Verfasser, wenn er Friedrich den Großen vor der immer wieder aufblühenden Kritik in Schutz nehmen möchte, dieser habe sich gegenüber Ostpreußen „durch Ressentiments leiten“ lassen. Dennoch ist gerade diese Kritik an dem großen Preußenkönig leider mehr als berechtigt.

Schon als Kronprinz empfand er Abscheu gegenüber der Provinz, die er im Rahmen des Retablisements durch Großvater und Vater nach der Hunger- und Pestkatastrophe zwischen 1706 und 1708 später häufig bereisen musste. An seinen Freund und Vertrauten Jordan schrieb Friedrich über die Königsberger: „Müßiggang und Langeweile sind ... die Schutzgötter von Königsberg.“ Und über das Land mit seiner glanzvollen Universität urteilte der aufgeklärte Friedrich: „Es kann besser Bären aufziehen, als zu einem Schauplatz der Wissenschaft dienen.“

Auch die jungen Ostpreußinnen bekamen pauschal ihr Fett weg: „... hier zu Lande ist ein Mädchen nur dadurch von einer Stute zu unterscheiden, dass es auf zwei und diese auf vier Füßen geht.“

Die undifferenzierten und herabsetzenden Schmähungen Friedrichs an die Adresse seiner Königsprovinz und deren Bewohner ließen sich noch beliebig fortsetzen und erwecken Erstaunen, denn das Niveau dieser Urteile passt nicht so richtig zum Bild dieses aufgeklärten Kopfes.

Schon vor den beiden russischen Feldzügen gegen Ostpreußen während des Siebenjährigen Krieges hatte Friedrich die Provinz den Russen und damit vor allem den unberechenbaren Hilfsvölkern der Kalmücken, Tartaren und Kosaken preisgegeben. Der König befahl bereits ein halbes Jahr vor dem Feldzugsbeginn der Russen seinem Feldmarschall und Militärgouverneur der Provinz, Lehwaldt, Ostpreußen müsse aufgegeben werden, wenn die Russen in Richtung Neumark marschierten. Aber wie kam es zu dieser ersten Bedrohungslage Ostpreußens?

Friedrich hatte es über ein Jahrzehnt sträflichst versäumt, Ostpreußens Verteidigungsfähigkeit auszubauen, denn eine Gefährdung durch Russland bestand für Ostpreußen seit der Stationierung von gut 30.000 russischen Soldaten an seiner Grenze ab Ende 1744. Friedrich ließ die Festungen Memel, Pillau und Königsberg, deren Gebäudesubstanz noch aus der Zeit des Großen Kurfürsten stammte, weiter verfallen, um stattdessen den Festungsbau in seiner neuerworbenen Provinz Schlesien zu forcieren.

Und ja, sein Sondergesandter hatte 1762 den Auftrag gegenüber dem neuen Zaren Peter III. erhalten, notfalls das alte Ordensland zwischen Weichsel und Memel, dem sein Königreich den klingvollen Namen Preußen zu verdanken hatte, gegen die österreichische Provinz Schlesien einzutauschen.

Es ließen sich noch eine Reihe weiterer Fakten nennen, die das gestörte Verhältnis Friedrichs II. zu Ostpreußen untermauern würden. Bei allen unbestrittenen Fähigkeiten und Leistungen dieses Königs gegenüber seinem Staat und den Provinzen scheint Ostpreußen darin wahrlich sein ungeliebtes Kind gewesen zu sein.

Jörg Ulrich Stange, Holtsee

UNION ALS JUNIORPARTNER! ZU: ES WIRD GRÜN – EGAL, WIE (NR. 39)

Liebe Genossen von der SPD, wollt ihr das wirklich, dass uns Frau Merkel auch kommendes Jahr nochmals mit ihrer Neujahrsansprache langweilen soll?

Schickt bitte Kanzlerin Angela Merkel und Kanzlerkandidat Armin Laschet aufs Altenteil und lasst euch nicht weiter von Grün(lingen) und der FDP auf eurer roten Nase herumtanzen. Zeigt ein Herz für die geschundene Union und macht sie daher zu eurem Juniorpartner!

Wetten, dass die Union dazu sofort bereit wäre? Hugh! Ich habe gesprochen, ein Wähler, der trotz aktiver Stimmabgabe immer noch nicht (ganz) sprachlos ist.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Erich von Däniken gibt Antworten auf die wichtigsten Fragen, spektakulärsten Entdeckungen und verstörendsten Erlebnisse seiner Leser

■ Erich von Däniken erhält Tag für Tag rund 200 Schreiben von seinen Lesern. In 300 Arbeitstagen sind das 60 000 Zuschriften im Jahr. Oder in 10 Jahren 600 000. Was möchten die Menschen von Erich von Däniken? Was berichten sie ihm?

Wahrscheinlich bekommt niemand auf der Welt mehr Augenzeugenberichte von UFO-Sichtungen und Hinweise auf neueste archäologische Funde als Erich von Däniken.

In diesem Buch veröffentlicht der erfolgreichste Sachbuchautor der Welt erstmals die spannendsten und beeindruckendsten dieser Schreiben: Dutzende von E-Mails und Briefen, in denen seine Leser von rätselhaften Erlebnissen und archäologischen Funden berichten, die sich allen rationalen Erklärungen entziehen, aber auch Fragen stellen und Zweifel an der Theorie des Bestsellerautors äußern. Däniken beantwortet alle Fragen und beweist, dass seine Thesen nach wie vor absolut schlüssig sind. Er greift dabei auf Erkenntnisse zurück, die er in vielen Jahren seiner Arbeit gesammelt hat. Er präsentiert aber auch völlig

neue Belege: beispielsweise Informationen von US-Streitkräften und Whistleblowern.

Die unglaublichsten aus Tausenden von Zuschriften

Doch es sind nicht zuletzt die vielen Zuschriften, die Dänikens Theorie stützen. Denn die Leser schildern, wie sie riesige lautlose Flugobjekte am Himmel beobachtet haben. Andere beschreiben, was sie in solchen Raumschiffen erlebt haben. Wieder andere berichten von archäologischen Funden, die es eigentlich gar nicht geben dürfte.

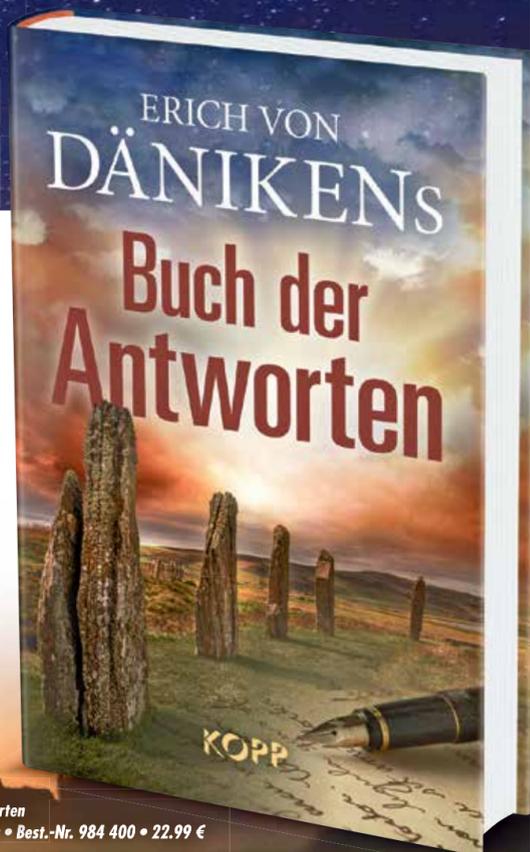
Dieses Buch ist eine wahre Fundgrube für all jene, die das Staunen wieder lernen wollen.

Erich von Däniken: Erich von Dänikens Buch der Antworten gebunden • 255 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 984 400 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas



SÜDTIROL

Verzauberte Zwerge

Zu Besuch im Pustertal bei Bruneck – Erst sattgegessen mit Kuchen, dann sattgesehen an irdenen Pyramiden

VON USCHI VON GRUDZINSKI

Das Dorf Oberwielenbach (Vila di Sopra) sucht man auf gängigen Südtirol-Landkarten vergebens. Aber es soll in der Nähe von Bruneck liegen und zur Gemeinde Percha gehören, in einem Seitental des Pustertals. Und da finden wir immerhin eine Oberwielenbacher Straße. Das kann ja nicht so verkehrt sein, denken wir, und folgen dem Straßenverlauf, schlängeln uns durch satt-grüne Wiesen immer höher und höher, durch Percha hindurch und darüber hinaus. Ob wir wohl noch richtig sind?

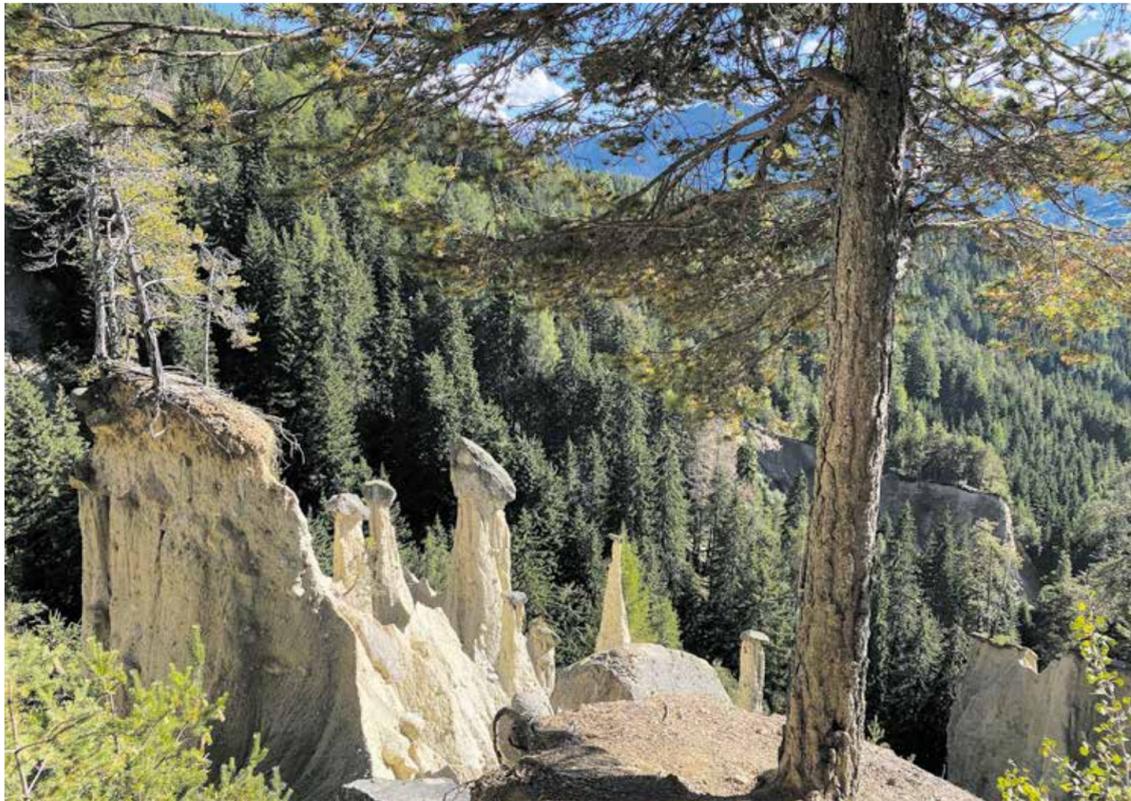
Gut, dass Theresia bei uns ist! Die Osttirolerin hatte die Idee zu diesem Ausflug zum Pyramiden-Café in Oberwielenbach, denn sie war schon mal da. „Das ist zwar sehr lange her, aber ich erinnere noch, dass es irgendwo da oben ist“, sagt sie und zeigt rechts, auf die andere Seite eines Taleinschnitts, in unbestimmte Entfernung. „Auf jeden Fall können wir den Schildern zu den Erdpyramiden folgen. Dann sind wir auf der richtigen Spur.“

Denn in der Nähe dieses Naturdenkmals soll es sein, unser heutiges Ziel: Waltraud Tschurtschenthalers einzigartiges Kuchen-Paradies.

Ein paar Kilometer weiter, etliche Meter höher und diverse Kurven später stehen wir tatsächlich davor. Blitzsauberes Häuschen, große Sonnenterrasse mit Blick übers Tal und im Gastraum ein riesiges Kuchenbuffet mit sage und schreibe 20 verschiedenen Torten, von denen eine wie die andere einen Schönheitspreis der Konditoren-Innung verdient hätte.

Waltraud, ihr Pyramiden-Café und ihre Torten sind über die Landesgrenzen hinaus berühmt. Die Südtirolerin hat sich nicht nur in ihrer Heimat in die Herzen der Menschen gebacken. Auch aus Deutschland und Österreich kommen Gäste zum Kuchen-Schlemmen ins Café im 300-Seelen-Dorf.

Wally, wie sie liebevoll genannt wird, ist der Prototyp einer energiegeladenen Frau. Immer aktiv, immer unter Strom, praktisch, tatkräftig, unermüdet und mit einem großartigen Humor gesegnet.



Von Regen und Schneeschmelze modelliert: Die lehmhaltigen Erdpyramiden im Südtiroler Pustertal

Foto: v. Grudzinski (2)

Der Spruch „Geht nicht, gibt's nicht“ könnte von ihr sein.

Als sie 1989 beschloss, mit ihrem Mann Norbert im Haus der Schwiegereltern ein Café zu eröffnen und alle Kuchen selbst zu backen, wunderte sich sogar die Mutter. Ihre Tochter hatte die Handelsschule abgeschlossen und als Sekretärin im Sport- und Kurhotel Bad Moos in Sexten gearbeitet. Aber Backen?

Auf ihre Frage: „Wie willst du das denn machen? Du hast doch noch nie einen Kuchen gebacken!“, antwortete Wally zuversichtlich: „Das wird man ja wohl lernen können.“ Und sie lernte, trug Rezepte zusammen, entwickelte eigene Kreationen, achtete auf leichte Zutaten. Die wichtigsten: Fantasie und Liebe.

Auch den Freunden, die davor warnen, am „Arsch der Welt“ (O-Ton Wally),

könnte so ein Café doch gar keinen Erfolg haben, entgegnete sie optimistisch: „Ihr werdet sehen: Auch am Arsch ist ordentlich was los.“

Zumindest, wenn Wally in der Nähe ist. Denn der Tagesablauf der Mutter zweier Töchter lässt keine Lücken. „Ich stehe jeden Morgen um 5 Uhr auf und backe 20 bis 23 Torten. Wenn ich damit durch bin, führe ich mit Norbert das Café. Oft ist auch eine meiner beiden Töchter dabei. Wir haben gut zu tun.“ Längst haben die Tschurtschenthalers nicht nur Kuchen im Angebot. Auch ihre warme Küche ist gefragt. Gerichte mit Pfifferlingen und Steinpilzen sind der Renner.

Doch zurück zu den Torten-Kreationen, deren Rezepte Wally inzwischen in drei Büchern zusammengefasst hat. Auch das auf ihre ganz eigene Art. Mit kleinen,

amüsanten Geschichten aus ihrem Leben. Und die sind liebevoll, persönlich und einzigartig erzählt. Jedes einzelne Rezept trägt den typischen Wally-Stempel, von der Maulwurfart über die Gewittertorte bis zur Schoko-Minze-Torte. Originell, erstaunlich unkompliziert zu backen, wunderschön anzusehen. Ihre Bücher machen tatsächlich Lust aufs Backen. Und das Kuchenbuffet im Pyramiden-Café Lust auf süße Sünden.

Damit jeder Gast möglichst viele der Kreationen probieren kann, bietet Wally ein Torten-Tris an. Dafür kann man sich aus dem Kuchenangebot drei verschiedene Sorten aussuchen, die dann in etwas schmalen Stücken auf den Teller wandern. Und weil hier alles mit leichter Hand gemacht wird, können es auch gern mal fünf verschiedene Kuchenstücke sein.

Wer nach dem Kuchenschmaus (oder wahlweise auch davor) klugerweise ein paar Schritte tun will, ist mit einer Wanderung zu den Erdpyramiden bestens bedient. Der liebevoll angelegte Pyramidenpfad führt rund zwei Kilometer durch Wald und Wiesen. Gut 180 Höhenmeter sind zu überwinden. An der Strecke immer wieder Informationen, Fragen und Antworten, teils in Fels geritzt, Steinmännchen, Infos zu verschiedenen Gesteinsarten und spielerische Aufgaben für Kinder.

Am Ziel bietet ein kleiner, privat angelegter Park mit mehreren Aussichtsplattformen den Blick auf die bis zu 30 Meter hohen Erdpyramiden. Eindrucksvolle Wunder der Natur, die im wechselnden Licht des Tages unterschiedliche Farben annehmen.

Auf Informationstafeln wird erklärt, wie die Säulengebilde mit dem Stein obendrauf entstanden sind: im Laufe mehrerer Jahrhunderte durch Erdbeben und Erosionen.

Manche neigen aber eher dazu, der Legende Glauben zu schenken, die man sich in Percha erzählt: dass es sich bei den steinernen Pyramiden um von einer Hexe wegen ihrer unstillbaren Gier verzauberte Zwerge handelt.

● **Wallys Backbücher** Nach „Back Dich glücklich“ und „Wallys Kuchenzauber“ erschien 2020 „Wallys Kuchenparadies“ (Athesia Verlag, 176 Seiten, 19,90 Euro)



Kostproben von Wallys Kuchen

PORTUGAL

Lizenz zum Wohlfühlen

Westlich von Lissabon in Estoril und Cascais – An der portugiesischen Riviera schöpfte Ian Fleming Inspiration für seine Bond-Romane

Durch die hohe Impfbereitschaft der Bevölkerung ist Portugal bislang glimpflich durch die Pandemie gekommen. Das gilt weniger für James Bond, der wegen des Lockdown über ein Jahr warten musste, ehe er jetzt in „Keine Zeit zu sterben“ im Kino wieder die Welt rettet. Das gibt den Anlass, sich an der portugiesischen Riviera umzuschauen, wo 007-Erfinder Ian Fleming viele Spuren hinterlassen hat.

In den Jahren des Zweiten Weltkriegs tummelten sich in Estoril und Cascais neben exilierten Adeligen und Künstlern auch Spione aus aller Welt, um das milde Klima im politisch neutralen Portugal zu genießen. Schlapphüte aus England, Japan und Deutschland belauerten sich gegenseitig, tauschten aber auch Informationen aus und nahmen am gesellschaftlichen Leben teil.

Das einstige Fischerdorf Cascais veränderte damals seinen Charakter. Da die letzten portugiesischen Könige hier ihren Wohnsitz wählten, entstanden luxuriöse Restaurants mit großartigem Meerblick.

Die meisten von damals und etliche neue kann man heute am langen Strand von Guincho besuchen.

Unter den Geheimagenten war auch ein junger Brite namens Ian Fleming, der

unter anderem die Aufgabe hatte, Gibraltar und Südspanien vor der Radarüberwachung durch die deutsche Wehrmacht abzuschirmen. Der Name seiner Operation lautete „Goldeneye“.



War einst der Tummelplatz der Schlapphüte: Die Bucht von Estoril

Fleming liebte das gute Leben, ging wie seine Agentenkollegen im legendären Hotel Palácio in Estoril, das bis heute zu den besten Häusern der Region gehört, ein und aus. Und er liebte die langen Abende im Spielcasino, das damals das größte in ganz Europa war.

Dort soll ihm die Idee zu seinem ersten 007-Roman gekommen sein. Der Titel: „Casino Royale“. Der Name der Hauptfigur: Bond, James Bond. Vorbild für die Figur des Agenten mit der Lizenz zum Töten war vermutlich der britische Marineoffizier Patrick Dalzel-Job, der im Zweiten Weltkrieg erfolgreich hinter den feindlichen Linien spionierte.

In seinem ersten, 1953 veröffentlichten Bond-Krimi hatte Fleming die Handlung an die Côte d'Azur verlegt. Und doch kehrte Bond noch einmal an die portugiesische Riviera zurück: 1969 wurden Teile des Films „Im Geheimdienst Ihrer Majestät“ (übrigens die einzige Folge, in der George Lazenby den Agenten spielte) genau dort gedreht, wo alles begonnen hat-

te: im Hotel Palácio in Estoril. Unter der Sonne an der portugiesischen Riviera gibt es ebenso viel Glamour wie Natur und ein mildes Klima, aus dem man weder geschüttelt noch gerührt, sondern wunderbar erholt wieder nach Hause fliegt.

Das ehemalige Fischerdorf Cascais liegt nur 25 Kilometer vor den Toren Lisabons direkt am Atlantik. Längst hat es sich zu einem modernen Ferienort entwickelt – mit erstklassiger Hotellerie, hochklassigem Kulturangebot, abwechslungsreicher Gastronomie und einem riesigen Freizeitangebot. Wassersportler genießen die moderne Marina oder den bei Surfern beliebten Strand von Guincho, und Golfer können rund um Cascais zwischen zahlreichen Anlagen wählen.

Auch die Umgebung von Cascais, das als Zentrum der „portugiesischen Riviera“ gilt, hat viel zu bieten – etwa den mondänen Nachbarort Estoril und die Stadt Sintra mit ihren prunkvollen ehemaligen Königspalästen und üppigen botanischen Gärten.

Andreas Guballa

● FÜR SIE GELESEN

Eilig verfasstes Sammelsurium

Nach dem Vorbild des populären Kolumnisten Harald Martenstein hat der ebenfalls erfolgreiche Berliner Autor und mehrfach ausgezeichnete Kabarettist Horst Evers ein Buch mit kurzen Texten und anekdotischen Szenen aus dem Alltag von der Art geschrieben, die bei vielen Lesern gut ankommt, da sie zum Schmunzeln, Nachdenken oder Kopfschütteln Anlass gibt.

Das ist natürlich gewollt, nur in diesem Fall manchmal leider ein bisschen zu sehr. „Wer alles weiß, hat keine Ahnung“ lautet der Titel des Bandes von gediegener Ausführung als gebundenes Buch mit Einlegeband. Auch durch den Umschlagaufruck „SPIEGEL-Bestsellerautor“ ist die Erwartung potentieller Leser groß. Inhaltlich enttäuscht das Buch aber. Zwar sind die kurzen Geschichten oft treffsicher auf heutige oder frühere Gegebenheiten gemünzt und manchmal auch ein bisschen witzig, dennoch ist das harte Urteil „langweilig“ unvermeidbar.

So finden sich keine Hinweise darauf, welche Themen den Autor wirklich umtreiben. Und auch kurze Texte, die den Anspruch auf Aufmerksamkeit erheben, sollten schon den Eindruck erwecken, in Ruhe gereift zu sein. Im vorliegenden Fall ist man geneigt, den Mix aus Erinnerungen (13 Geschichten zum Motto „Mein Leben in dreizehn Berufen“) und Beobachtungen mit aktuellen Bezügen („Veganfreie Wurst“) inklusive 100 Tage Corona-Zeit eher als ein eilig zusammengestelltes Sammelsurium wahrzunehmen denn als vernünftige Unterhaltungsliteratur.

Dagmar Jestrzemska



Horst Evers: „Wer alles weiß, hat keine Ahnung“, Rowohlt Verlag, Berlin 2021, gebunden, 235 Seiten, 20 Euro

Von Träumen und Sehnsucht

Julia Phillips ist eine US-amerikanische Schriftstellerin, die bisher Erzählungen und Artikel in diversen Zeitschriften und Magazinen herausgegeben hat.

„Das Verschwinden der Erde“ ist ihr erster Roman. Er führt in eine kleine Stadt von Kamtschatka und handelt von deren meist indigenen Bevölkerung, die aus den umliegenden Dörfern kommen, und die in der Stadt mit der dort ansässigen russischen Bevölkerung zusammenleben.

Der Roman setzt sich aus vielen Geschichten von Menschen zusammen, ihren teils schwierigen Lebensbedingungen, ihren Wünschen und Sehnsüchten. Alle diese Geschichten verbindet das Wissen um zwei verschwundene Kinder, die vom Spielen am Strand nicht mehr nach Hause zurückgekehrt sind. Obwohl flüssig erzählt, fehlt dem Buch ein roter Faden, der dem Roman vielleicht einen Spannungsbogen gegeben hätte. MRK



Julia Phillips: „Das Verschwinden der Erde“, dtv Verlag, München 2021, gebunden, 374 Seiten, 22 Euro

AUFGETISCHT



So schmeckt das Burgenland!

Kulinarischer Streifzug durch Österreichs östlichstes Bundesland unter Beteiligung des Kochs des Jahres 2021, Max Stiegl

FOTO: TWS

Bildband Mit rund 200 Fotos von Land und Leuten sowie 30 Rezepten von Köchen aus dem ganzen Burgenland haben Autor Tobias Müller, Fotografin Inge Prader und Haubenkoch Max Stiegl vom Sterne-Lokal Gut Purbach am Neusiedler See ein schergewichtiges Werk herausgebracht. Der Zwei-Kilo-Wälzer „Wie schmeckt das Burgenland?“ beantwortet die eigene Frage: Es schmeckt so gut, dass man sofort hin möchte. H. Tews

Tobias Müller/Inge Prader/Max Stiegl: „Wie schmeckt das Burgenland?“, Purbach 2021, gebunden, 304 Seiten, 39 Euro, Bestellung unter: www.maxathome.at

AUTOBIOGRAPHIE

Grabenkriege und Kabinettstücke

Der 44. Präsident der USA, Barack Obama, erzählt von seiner ersten Amtszeit im Weißen Haus zwischen Erfolg und Intrigen

VON DIRK KLOSE

Die Popularität des früheren US-Präsidenten Barack Obama scheint ungebrochen. Weltweit wurden von seinen Erinnerungen an seine erste Amtszeit bis jetzt mehr als sieben Millionen Exemplare verkauft.

Der 1961 auf Hawaii geborene Obama war der 44. Präsident der USA. Heute ist die Faszination, die sich mit ihm verband, schon verblasst. Gleichwohl verbindet sich mit seinem Namen noch immer der selbstbewusste Anspruch, ein besseres Land aufzubauen, seine innere Spaltung zu überwinden und zur Linderung der Not in der Welt beizutragen.

Die hier vorliegenden Erinnerungen „Ein verheißenes Land“ spiegeln die erste Amtszeit von 2009 bis 2013. Der impulsive, oft mitreißende Ton seiner Reden schwingt auch hier nach. Obama ist ein hinreißender Erzähler. Dem Leser werden die rund 1000 Seiten nie zur Anstrengung: Immer wieder wird er mitgerissen von den dynamischen innen- und außenpolitischen Ereignissen dieser ersten Amtszeit.

Chronologisch wird eins nach dem anderen erzählt: die politischen Lehrjahre als Senator in Illinois und Washington, der bis zu physischer und psychischer Erschöpfung treibende Wahlkampf, die kräftezehrende Arbeit im Weißen Haus, die zermürbende Auseinandersetzung mit den Republikanern im Repräsentantenhaus („ein brutaler, erbarmungsloser parteipolitischer Grabenkrieg“), dann

aber auch das Glück mit Ehefrau Michelle und zwei kleinen Töchtern. Mit extrem knappen Mehrheiten brachte Obama ein Konjunkturprogramm, die berühmte Gesundheitsreform („Obamacare“), eine Finanzmarkt- und Steuerreform durch.

Die Begegnungen mit ausländischen Staatsmännern sind teilweise wahre Kabinettstücke: Putin (arglistig und verschlagen), Sarkozy (selbstverliebt), Angela Merkel („große strahlendblaue Augen“), der indische Premier Singh (die Sanftmut in Person), ein hartes Gespräch mit Ägyptens Mubarak, als die Rebellion begann. Das vielleicht spannendste Kapitel beschreibt die Tötung Osama bin Ladens durch ein Spezialkommando der Navy.

Obama verschweigt auch Niederlagen nicht, und doch durchzieht ein ansteckender Idealismus den Band. Immer wieder spornt er sich selbst und seine oft geradezu liebevoll geschilderten Mitarbeiter an, trotz aller Hürden im Kongress, in der internationalen Politik oder im Gestrüpp von Lobbyisten nicht aufzugeben, sondern „die besseren menschlichen Instinkte mit Vernunft und einer tragfähigen Politik zu festigen, etwas zu bewegen, ohne auf die Wahrheit zu verzichten“.



Barack Obama: „Ein verheißenes Land“, Penguin Verlag, München 2020, gebunden, 1016 Seiten, 42 Euro

DDR

Die ganze Wahrheit über die Stasi

Das auf Akteneinsicht in Archivunterlagen basierende MfS-Lexikon deckt Strukturen und Handlungen der DDR-Organe schonungslos auf

VON F.-W. SCHLOMANN

Als „Schwert und Schild der Partei“ war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überlebensnotwendig für die SED. Mit seiner faktischen, aber unsichtbaren Präsenz war es die unbekannteste Einrichtung der DDR und formte zum Großteil das politische Klima, das durch Furcht und Misstrauen geprägt war. Nach der Vereinigung und dem Zugriff auf MfS-Akten veröffentlichten Experten bald „Das MfS-Lexikon“. Inzwischen erreichte sein Wissensstand ein beachtliches Niveau und erschien jetzt in seiner vierten Auflage.

Erste Aufgabe des MfS mit seinen 91.015 hauptamtlichen Mitarbeitern war die Abwehr jeglicher Gefahren für die SED-Herrschaft. Andersdenkende wurden als Staatsfeinde diffamiert. Durch seine rund 62.000 Spitzel war es über die Stimmungslage stets gut informiert. Erst an zweiter Stelle stand die Spionage (zirka 6000 Westdeutsche verrieten die Bundesrepublik an das MfS).

Notwendig für das Verständnis

Der Inhalt besteht aus längeren Artikeln, die grundlegend für das Verständnis des MfS in Form des wechselnden Verhältnisses zur SED-Führung und zum KGB sind oder für den Zerfall des MfS angesichts des Niedergangs des Regimes. Der zweite Teil gewährt eine knappe Darlegung der MfS-Organisationsstrukturen und erklärt deren Fachterminologie: Dass harmlose

Begriffe wie „Abt. 16“ oder „Abt. M“ die Post- und Telefonüberwachung sowie die „Abt. PZF“ die Kontrolle der Postsendungen aus dem Westen beinhalten, werden Außenstehende kaum vermuten.

Der dritte Teil stellt die führenden Funktionäre des MfS mit ihren Lebensgeschichten vor. Manche waren schon am Matrosenaufstand 1918 in Kiel beteiligt, viele bekämpften die Weimarer Republik und gingen in der Hitlerzeit in den Untergrund. Nicht wenige kamen in Konzentrationslager, während andere in die Sowjetunion emigrierten. Während des Krieges stellten sie sich nicht selten in den Dienst der russischen Partisanen oder waren im Fronteinsatz Lautsprecher-Agitatoren gegen die Wehrmachtsoldaten. Die noch heute zu hörenden Behauptungen, kein einziges MfS-Mitglied sei in der NSDAP gewesen, widerlegen die Autoren.

Das „MfS-Lexikon“ ist ein Nachschlagewerk, das für jeden unentbehrlich ist, der über das Thema DDR arbeitet. Es verschweigt indes nicht, dass die strafrechtliche Aufarbeitung der MfS-Verbrechen bis heute, also nach über 30 Jahren, „weitgehend erfolglos“ blieb.



Roger Engelmann u.a.: „Das MfS-Lexikon“, Ch.Links-Verlag, Berlin 2021, 440 Seiten, 20 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

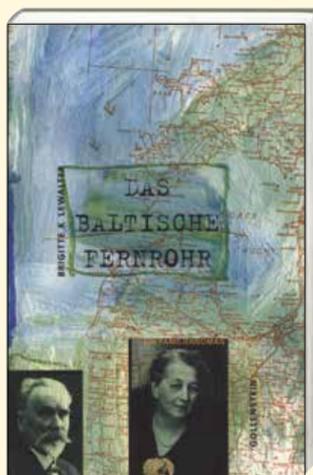
Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 5035
 Telefax 09 31 / 45 26 5036

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Brigitte Lewalter
Das baltische Fernrohr
 Ein Familienroman
 Dem Zaren Vasallentreue geschworen, dem Ostseeraum zugehörig, versuchen die Deutschbalten ihre Lebensart gegenüber den Russen zu verteidigen und in das neue Jahrhundert hinüberzuretten. Romanhaft verdichtete Biografien ranken sich um das Leben der 1868 in Südrussland geborenen Helene Neumann. Sie ist die Tochter eines baltendeutschen Arztes und Großmutter der Autorin. Helene verwitwete Mutter kehrt 1878 mit ihren Kindern nach Nordlivland zurück. Helene heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm nach Riga und verbringt dort an seiner Seite mehr als vier Jahrzehnte. Mit wachen Sinnen erlebt sie den Zerfall des Zarenreiches und die Schrecken der lettischen Revolution 1905. Sie erleidet im Zuge des Ersten Weltkrieges die bolschewistische Besetzung Rigos, erlebt die Befreiung der Stadt und die Gründung des lettischen Staates. Das baltische Fernrohr ist zugleich eine beeindruckende Schilderung des Endes einer Epoche und des Kampfes der Letten um ihre Unabhängigkeit. Zerfall und Auflösung einer Gesellschaft spiegeln sich in einem facettenreichen Familienporträt. 389 Seiten
 Nr. P A1623 Gebunden mit farbigem Schutzumschlag 16,95 €



Beate Szillis-Kappelhoff
Preußen - die ersten Preußen
 Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes
 395 Seiten/Kartiert
 Nr. P A0544 19,80 €

Über viele Jahrhunderte verteidigten die Preußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Preußen stetig zunehmender Übergiffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten. Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Preußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren.

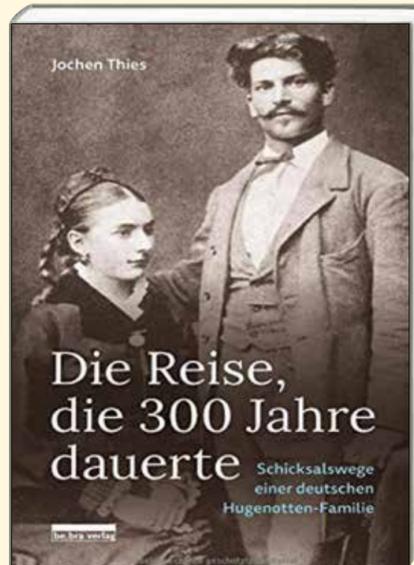


Dr. Wolfgang Höhne
Von Preussen und Preußen
 Zur Sprache und Geschichte der Ureinwohner des Prussenlandes
 1701 krönte sich Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg selbst zum König und nannte sich fortan König Friedrich I. in Preußen. Preußen wurde zu einem der mächtigsten Königreiche des europäischen Kontinents. Durch dieses brandenburgische Preußen gerieten allerdings dessen Namensgeber und die eigentlichen, ursprünglichen Preußen aus der Region zwischen Weichsel und Memel – die Prussen – zunehmend in Vergessenheit. Die Studie von Dr. Wolfgang Höhne widmet sich daher der Geschichte dieses fast vergessenen prussischen Urvolks und insbesondere seiner Sprache, die zu den ältesten Nordeuropas gehört. Anhand von Quellen aus der Antike bis zum Spätmittelalter gibt uns der Autor einen vielseitigen Einblick in das damalige Prussenland. Mit zahlreichen Abbildungen. 64 Seiten
 Nr. P A1531 Kartiert 9,95 €

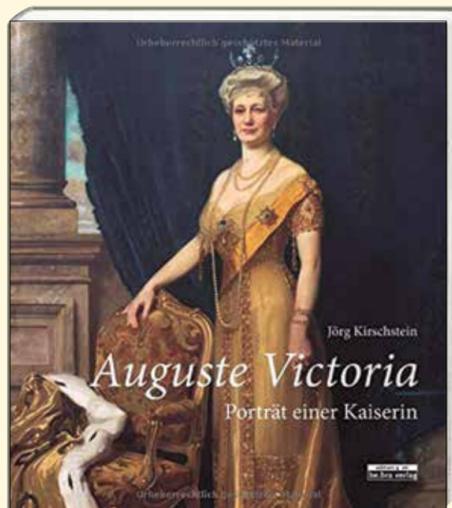


Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
 Kindheit in Königsberg
 20 S/W-Abbildungen. 192 Seiten
 Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 533162 14,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlhabenden Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



Jochen Thies
Die Reise, die 300 Jahre dauerte
 Schicksalswege einer deutschen Hugenotten-Familie
 Mit der Vertreibung der Hugenotten aus dem nordfranzösischen Pas de Calais beginnt Ende 1685 die abenteuerliche Flucht der Familie Tisse quer durch Europa. Ihre Reise führt sie über die Uckermark bis nach Ostpreußen und endet erst 300 Jahre später in Berlin. Jochen Thies begibt sich in diesem Buch auf eine bewegende Spurensuche, die zu den Schauplätzen des Geschehens führt und die enge Verflechtung von Vergangenheit und Gegenwart deutlich macht. Wer den Spuren der Hugenotten folgt, sieht Orte und Landschaften mit anderen Augen und begreift, dass Migration schon immer ein Teil der europäischen Geschichte war. Ankommen ist ein langer Prozess.
 192 Seiten
 Nr. P A1656 Gebunden 22,00 €



Jörg Kirschstein
Auguste Victoria
 Porträt einer Kaiserin
 Auguste Victoria (1858–1921) war als Gemahlin Kaiser Wilhelms II. für drei Jahrzehnte die höchste Repräsentantin des Deutschen Kaiserreichs. Sie erlebte den Glanz der Monarchie sowie deren Untergang 1918. Die Kaiserin kam ihren Aufgaben mit Pflichtbewusstsein, Disziplin und Sanftmut nach. Was sie aber im Besonderen auszeichnete, war ihr großes Engagement für sozial benachteiligte Personen und die Förderung kirchlicher Einrichtungen. Mit ihrer konservativen Haltung galt sie als Hüterin der gesellschaftlichen Moral. Jörg Kirschstein konnte für diese erste umfassende Biografie private Briefe und Tagebücher auswerten, die ungewöhnlich intime Einblicke in das kaiserliche Familienleben geben. Mit über 150 zum Teil bislang unveröffentlichten Abbildungen.
 192 Seiten
 PA1657 Gebunden 28,00 €



Meschkinnes
 Der Ur-Bärenfang
 50 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5692 26,45 €



Kurfürstlicher Magenbitter
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5687 23,45 €



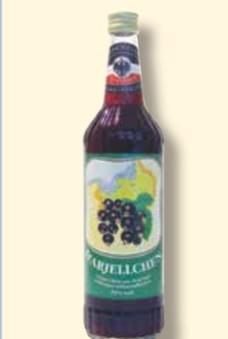
Pikkaller
 Edel-Machandel
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5696 21,95 €



Trakehner Blut
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5697 1 Flasche 24,45 €



Postkartenblock mit ca. 35 Postkarten mit den Stadtwappen ost- u. westpreußischer, pommerscher und schlesischer Städte uvm.
 Nr. P A1606 Postkarten 12,95 €



Marjellen
 Schwarzer Johannisbeerlikör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5693 21,95 €



Schit-Lot-Em
 Pommerscher Magenlikör
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5689 23,45 €

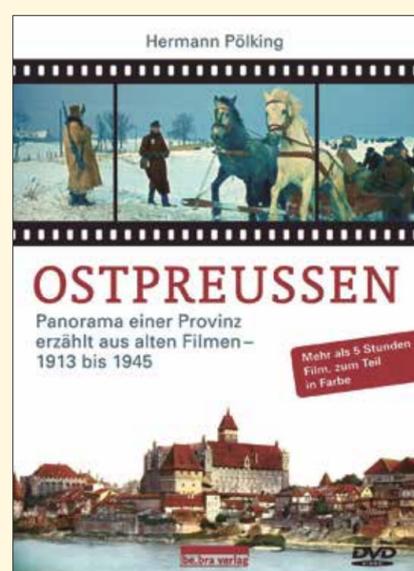


Arnhard Graf Klenau / Peter Sauerwald
Die Orden und Ehrenzeichen des Königreichs Preußen
 Katalog mit Preisen
 Erstmals wird hier die Typologie der tatsächlich verliehenen preußischen Dekorationen ausgearbeitet, in über 600 Nummern detailliert dargestellt und mit über 300 qualitätsvollen Farbabbildungen in Originalgröße illustriert, mit aktuellen Preisbewertungen in Euro.
 335 Seiten
 189 weitgehend farbigen Abbildungen
 Nr. P A1631 Kartiert 14,95 €

Wir verschicken Flaschen in absolut bruchstarker Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,95 € erheben müssen.



Gumbinner Marillchen
 Aprikosen-Likör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5686 21,95 €



Hermann Pöking
Ostpreußen
 Panorama einer Provinz erzählt aus alten Filmen – 1913 bis 1948
 Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Hermann Pöking, Filmproduzent und Autor des erfolgreichen Buches „Ostpreußen – Biographie einer Provinz“ macht die Geschichte dieses Landstrichs jetzt in einer umfassenden DVD-Edition erlebbar und verständlich. Grundlage ist ein großer Fundus an bislang völlig unbekanntem Filmaufnahmen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, darunter zahlreiche Farbfilme von Amateurfilmern. Die Edition legt den Fokus auf das historische Bewegtbild, das in eine anschauliche Erzählung eingebettet ist. Die DVD-Box enthält 5 DVDs mit jeweils 60 Minuten Länge und zusätzlich den Bonus-Film „Memelland“.
 Nr. P A0769 DVD-Box mit 5 DVDs 39,95 €



Gregorio Torres Gallego
Die Hitlerjugend
 Geschichte, Organisation, Sammlerobjekte
 68 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1731 16,98 €

Die erste Hälfte des Buches wendet sich vor allem an den Historiker. Gestützt von ausgewählten historischen Originalfotos, schildert und analysiert es die immerhin rund zwanzigjährige Geschichte der Hitlerjugend, erläutert ihre Ziele, ihre Organisationsstruktur und die Ereignisse, bei denen diese Parteiorganisation eine Rolle spielte. Die zweite Hälfte wendet sich besonders an den Sammler: Hier erfährt er alles Wissenswerte über die Collectabilia der HJ, von Uniformen, Fahnen und Standarten bis zu ihren Metall- und Stoffabzeichen, unterstützt durch etliche Farbfotos originaler Belegstücke aus der Sammlung des Verfassers.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email flechsigmedien@web.de
 Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,90*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Der englische Fußballklub Newcastle United hat einen neuen Besitzer. Es handelt sich um ein Konsortium, das der saudi-arabische Public Investment Fund (PIF) dominiert. Zum ersten Spiel nach der Übernahme hüllte sich eine große Anzahl von Fans in arabische Gewänder und feuerte so die Mannschaft an. Der Klub bemühte sich umgehend, das Tragen von „Scheich-Kostümen“ künftig zu unterbinden. Man befürchtete, dies sei „kulturell unangemessen“ und könnte andere „beleidigen“. Zu dienstefrig hatte sich Newcastle United um einen Kotau vor den neuen Herren bemüht. Denn bereits wenig später erfolgte die Mitteilung, diese hätten sich „überwältigt von dem Empfang“ gezeigt. Die Fans sollten „sich frei fühlen“, in „kulturell inspirierter Kleidung“ zu erscheinen. Bemerkenswert ist, dass das „Scheich-Problem“ dem Klub offenbar mehr Sorge bereitet als die Frage, wie es um die Menschenrechte im saudischen Staat bestellt ist, der zumindest indirekt hinter dem Eigentümer-Konsortium stehen soll. *E.L.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

In der Züricher „Weltwoche“ (20. Oktober) berichtet Roger Köppel über seine Eindrücke, die er bei einem Besuch von Schweizer Parlamentariern in Großbritannien gewonnen hat:

„Die Katastrophenberichte über den Brexit-bedingten Zusammenbruch Großbritanniens können Sie vergessen. Sie stimmen nicht, sind Ausdruck des unzerstörbaren Vorurteils unserer Journalisten ... Ich bin zuversichtlich, sehr sogar, viel zuversichtlicher für Großbritannien als für die überhebliche EU, die in den Medien viel zu gut wegkommt, was die Überheblichkeit noch fördert.“

Zur Lage in der CDU zitiert die „Welt“ (25. Oktober) den Geschichtswissenschaftler Andreas Rödder, der Anfang des Jahres gewarnt hatte:

„Angela Merkel hat der Union über mehr als 15 Jahre hinweg die Macht gesichert, nicht zuletzt, indem sie der SPD und den Grünen Themen weggenommen hat. Wer aber nur abräumt, was andere aufzischen, wird zum Tellerwäscher des Zeitgeistes.“

Auf Twitter (25. Oktober) warnt der Integrationspolitische Sprecher der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Ismail Tipi, vor einer neuen Generation islamischer „Gotteskrieger“, die in deutschen Schulen heranwachsen:

„Es ist fünf vor zwölf, wenn Kinder in der Grundschule Lehrern drohen, im Kunstunterricht Dschihadisten zeichnen, als Berufswunsch ‚Gotteskrieger‘ angeben. Wenn wir nicht rechtzeitig handeln, werden wir mit einer neuen Generation von Dschihadisten in Zukunft mehr Probleme haben als heute.“

Oskar Lafontaine zieht eine düstere Bilanz aus der Empörungswelle gegen den bekannten Fußballspieler Joshua Kimmich. Auf Facebook (25. Oktober) schreibt der Linkspartei- und frühere SPD-Politiker:

„Dass das polemische Wort ‚Covidioten‘ auf eine Reihe von Leuten zurückfällt, die in Deutschland als Experten gehandelt werden und glauben, andere belehren zu können, kann man schon seit Längerem beobachten. Die Reaktionen auf die Erklärung des Bayern-Stars Joshua Kimmich, dass er nicht geimpft ist, und weil er die Langzeitfolgen der Impfstoffe nicht kennt, auf einen klassischen Impfstoff (Tot-Impfstoff) wartet, zeigen einmal mehr, in welchem Zustand sich das deutsche Expertentum befindet.“

● WORT DER WOCHE

„Prominente wie Kimmich sollen Ideologien Geltung verschaffen und die Massen zur Folgsamkeit bewegen. Totalitäre Herrschaften funktionieren nur so. Wir Deutsche sollten dies am besten wissen.“

Ramin Peymani auf seinem Blog „Liberale Werte“ (25. Oktober) zu den Attacken auf den Fußballer Joshua Kimmich, weil dieser sich (noch) nicht impfen lassen will

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein Luxus-Problem

Warum die Inflation gar nicht so schlimm ist, und wenn doch, warum wir Bürger selber dran schuld sind

VON HANS HECKEL

Im Turmbau zu Frankfurt am Main, wo die „Währungshüter“ der Europäischen Zentralbank (EZB) ihr Werk verrichten, breitet sich laut Insider-Berichten eine unguete Stimmung aus. Man bekommt kalte Füße. Wieso? Jahrelang hatten die Euro-Verwalter gepredigt, ihre uferlose Geldmengenvermehrung werde keinesfalls zu einer zerstörerischen Inflation führen.

Doch das war wohl nichts. Die Inflation schlägt auf allen Seiten zu, vom Rohstoff- und Energiemarkt bis zu Produktions- und Verkaufspreisen. Jeder Supermarktbesucher reibt sich mittlerweile die Augen.

Um die Menschen zu beruhigen, hatte man zunächst die Parole ausgegeben: Das dauert nicht lange, im nächsten Jahr geht die Teuerung wieder aufs alte Niveau zurück. Mittlerweile aber dämmert die düstere Erkenntnis herauf, dass es ganz anders kommen könnte, dass die Teuerungswelle kam, um zu bleiben oder gar noch anzusteigen.

Das kann peinlich werden für die Währungsmanager. In so einer heiklen Lage benötigt man treue Verbündete, die einem beim Vernebeln unterstützen. Gesucht, gefunden: Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) unter dem unnachahmlichen Marcel Fratzscher ist herbeigeeilt.

Die Internetseite des DIW klebt zunächst noch an der alten Behauptung, die Inflation werde im kommenden Jahr „eher zu niedrig als zu hoch ausfallen“. Da man aber weiß, dass es wohl anders kommen wird, baut das DIW vor: Wenn die Inflation doch höher steigt, sei das ein „Luxus-Problem“, denn dies würde eine „dauerhaft boomende Wirtschaft erfordern“. Wer das anders sieht, dem wird „populistische Angstmache“ vorgehalten. Das übliche Todesurteil für lästige Gegenmeinungen. Erbärmlich billig, aber immer noch wirksam.

Ein „Luxus-Problem“ also. Wie gut, dass die meisten Deutschen die 1970er Jahre längst vergessen haben. Damals vermählten sich Wirtschaftskrisen mit gleichzeitig hoher Inflation, die keineswegs mehr als „Luxus“ empfunden wurde, Wissenschaftler taufte die Mischung aus wirtschaftlicher Stagnation und Preisinflation „Stagflation“.

Und wenn sich das jetzt wiederholt? Dafür haben Fratzscher und Kollegen schon die nächste Legende gestrickt: Wenn es trotzdem zu einem längeren, stärkeren Geldwertverfall

ohne „Luxus“ kommen sollte, dann sind die blöden Leute eben selber schuld und nicht etwa Politiker und „Währungshüter“. Der Trick geht so: Wenn die Deutschen ihre Kaufkraft schwinden sehen, könnten sie Käufe (die später wohl teurer würden) vorziehen und höhere Löhne verlangen, was dann die Inflation antreibt. So gesehen hat die Dummheit des Volkes die Geldentwertung zu verantworten nicht die Fehler seiner Führer.

Der Schönheitsfehler in dieser Erklärung ist indes dieser: Die Erwartung steigender Preise und höhere Lohnforderungen („Lohn-Preis-Spirale“) werden seit jeher als zentrale Elemente einer Inflationswelle gesehen, nicht als deren eigentliche Ursache. Deshalb spricht man ja auch davon, dass die Inflation sich „aufschaukelt“. Nur, wer nachguckt, was diese Erwartungen und Forderungen denn ursprünglich angestoßen hat, findet die echte Inflationsursache.

Zu kompliziert? Gut, dann eben auf den Punkt gebracht: Letztlich erklärt das DIW, die Ursache für eine anhaltende Inflation sei – tadaa! – die Inflation! In dem Sinne könnte man auch sagen, Ursache für Regen ist, dass Wasser vom Himmel fällt. Aus dem Munde eines Wetterkundlers klänge das ziemlich dämlich. Wirtschaftsexperten dürfen so sagen, wenn der Quatsch einer Politik dient, der sie sich verpflichtet fühlen.

Ob die Ablenkung gelingt?

Was also sind die echten Ursachen des steilen Preisanstiegs? Erst hat die Währungspolitik seit Finanz-, Griechenland-, Euro- und Sonstwas-Krise die Geldschleusen immer weiter geöffnet, um mit den Corona-Fonds endgültig alle Zügel schießen zu lassen. Zudem hat man per grüner Energiewende das Angebot an verfügbarer Energie immer weiter verschlechtert und per Lockdown das globale Warenangebot und die Lieferketten geschreddert. Jetzt kommt beides zusammen: Viel umherschweifendes Geld trifft auf ein dramatisch verknapptes und politisch zusätzlich verteuertes Angebot. Rumm!s!

Da soll es nicht erstaunen, dass den Machern von Geldflut und Energiefiasko die Muffe geht. Es müssen Sündenböcke her. Beim Energiedesaster schreien sie „Putin!“, und an der Inflation sind die Normalverdiener schuld, die angesichts schwindender Kaufkraft nach einem Lohnausgleich rufen.

Aber ob die Ablenkung gelingt? Schon fürchtet man Aufstände wegen rapide stei-

So wie das DIW argumentiert, könnte man auch sagen: Ursache für Regen ist, dass Wasser vom Himmel fällt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

gender Preise. Vielleicht nicht gleich bei uns, aber die Franzosen? Von dort könnte der Tumult auf ganz Europa übergreifen.

Solche Unruhen träfen auf eine tonangebende Schicht in Politik, Medien und bei Regierungsfremden „Aktivisten“, die sowieso schon arg nervös ist. Selbst die geringste Meinungsabweichung bei irgendeiner Frage löst bei diesen „Eliten“ heftige Wallungen aus, obwohl das herrschende grünlinke Milieu eigentlich nichts mehr zu fürchten hat, wo diese Leute das Land und seine Institutionen doch mittlerweile so fest im Griff haben wie noch nie ein ideologisches Milieu zu demokratischen Zeiten.

Aber vielleicht sind sie deshalb so nervös. Man erkennt Züge eines kollektiven Cäsarenwahns. Damals, im alten Rom, befahl dieser Wahn etliche Kaiser. Sie hatten alle Macht, und doch gerade aus diesem Grunde reagierten sie auf den kleinsten Anflug von Opposition regelrecht hysterisch. Es reichte manchmal, dass ihnen nicht schleimig genug gehuldigt wurde, sofort witterten sie Gefahr. Echte, klare Widerworte konnten sie sich gar nicht mehr vorstellen.

Wie so etwas bei der heutigen „Elite“ aussieht, konnten wir am Rande der Frankfurter Buchmesse studieren. Eine schwarze, im Mainstream treibende Autorin war der Messe ferngeblieben, weil sie „Angst“ hatte, dort auch nur einem Verlag zu begegnen, der eine andere Meinung haben dürfte als sie. Als dann eine farbige grüne Lokalpolitikerin das Podium bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels stürmte, um zu erklären, dass sie sich durch die schlichte Anwesenheit von Verlagen mit mutmaßlich rechten Meinungen „bedroht“ fühle, war Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann von der SPD ganz auf ihrer Seite.

Nun malen wir uns kurz aus, eine herrschende Kaste, die alles kontrolliert und schon beim bloßen Gedanken an abweichende Positionen in Cäsaren-wahnsinnige Panik verfällt, sieht sich mit einer wirklichen Unmutswelle aus dem Volk konfrontiert. Mit Menschenmassen, die von der grünen Energiewende, der ebenso grünen „Transformation der Gesellschaft“ und vom Euro sowieso die Schnauze voll haben – und das nicht bloß denken, sondern laut sagen! Hoffen wir, dass es nie dazu kommt und die Leute sich selbst (und Putin) die Schuld für die Misere geben. Selbstbetrug zu eigenen Lasten – darin sind wir Deutsche schließlich Weltmeister!